

# Rosenland



## Zeitschrift für lippische Geschichte

Nr. 17

Dezember 2015

### Inhaltsverzeichnis

<b>Editorial</b>	1
<b>Beiträge</b>	
Frank Meier: Der Mordfall Felix Rosen in der Lippischen Landeszeitung von 1925 bis 1930	2
Jürgen Hartmann: Die ausgebliebene Revolution. Die lippische KPD und der Deutsche Oktober 1923	18
Thomas Dann: Wohnkultur und Wohnstandards unterschiedlicher Sozialgruppen unter einem Dach: Raumausstattung als höfisches Distinktionsmerkmal am Beispiel des Detmolder Neuen Palais	43
<b>Diskussion</b>	
Andreas Ruppert: Holocaust, Shoah, Reichspogromnacht. Zum Gebrauch der Begriffe	53
<b>Miszellen</b>	
Andreas Ruppert: Habent sua fata libelli	63
<b>Nachruf</b>	
Dr. Klaus Pohlmann (1938-2015)	64
<b>Rezensionen</b>	
H.-G. Schmidt: Die 68er-Bewegung in der Provinz. (A. Ruppert)	65
W. Benz: Hans-Joachim Riecke, NS-Staatsekretär. (A. Ruppert)	66
B. Meurer: Max und Marianne Weber und ihre Beziehung zu Oerlinghausen (J. Hartmann)	69
<b>Impressum</b>	69

### Editorial

Seit 10 Jahren gibt es nun das „Rosenland“, 17 Ausgaben sind erschienen, und die Arbeit daran hat ebenso Freude bereitet wie die Reaktionen auf einzelne Beiträge. Sie haben bei uns den Verdacht aufkommen lassen, dass wir, angesichts des statistisch nachweisbaren *einen* Lesers oder der *einen* Leserin, die Beiträge in lokal- und regionalgeschichtlichen Zeitschriften im Durchschnitt erreichen, doch vielleicht über diesem Schnitt liegen könnten.

Frank Meier beleuchtet einen dramatischen Mordfall, dem ein Mitglied der Detmolder Gelehrten- und Diplomatenfamilie Rosen zum Opfer gefallen ist. Thomas Dann macht deutlich, wie sich die soziale Schichtung bei Hofe auch im zugeteilten Mobiliar spiegelt, ein Ansatz, den es in sozialgeschichtlich orientierten Ausstellungen schon gibt, aber nicht in der eher engen Welt der Höfe regierender Monarchen. Jürgen Hartmann zeigt für das „Krisenjahr 1923“, wie sich bei den kommunistischen Umsturzplänen „große“ Deutschlandpolitik und „kleine“ Politik in Lippe verzahnen. Andreas Ruppert stellt die oft unbedenkliche Verwendung dreier Begriffe im zeitgeschichtlichen Zusammenhang in Frage und hofft auf eine Diskussion darüber.

### Der Mordfall Felix Rosen in der Lippischen Landeszeitung von 1925 bis 1930

von Frank Meier

Am 11. August 1925 meldete die *Lippische Landeszeitung* einen Doppelmord in Breslau. Eines der beiden Opfer, Felix Rosen, ein Professor für Botanik, stammte aus einer Familie, die zu diesem Zeitpunkt seit mehr als einem Jahrhundert in Detmold ansässig war.<sup>1</sup> Die Familie Rosen genoss Ansehen im Detmolder Bürger-tum. Der Großvater des Mordopfers stand in guten Beziehungen zu Fürstregentin Pauline und wurde von dieser in die Stadt geholt, um führend an der lippischen Justizreform mitzuwirken.<sup>2</sup> Felix Rosens Vater, Georg Rosen, in Detmold geboren und gestorben, war ein von Alexander von Humboldt geförderter



Felix Rosen (2. v.l.), sein Bruder Friedrich (sitzend) und weitere Mitglieder der nach Friedrich benannten „Rosengesandtschaft“ auf dem Weg zum Herrscher von Abessinien im Jahre 1905. (aus: Felix Rosen, Eine deutsche Gesandtschaft in Abessinien, Leipzig 1907, 5).

Orientalist und Sprachwissenschaftler, ein Forschungsreisender und Diplomat.<sup>3</sup> Die Mutter, Serena Rosen, war die Tochter des im 19. Jahrhundert europaweit gefeierten Klaviervirtuosen und Komponisten Ignaz Moscheles.<sup>4</sup> Der Bruder des Mordopfers, Friedrich Rosen, trat in die Fußstapfen des Vaters. Auch er studierte, erforschte und übersetzte orientalische Sprachen und ging in den diplomatischen Dienst. Im Jahr 1921 amtierte Friedrich Rosen einige Monate als Reichsaußenminister.<sup>5</sup>

Die Familie Rosen war eine Familie von Welt. Die Arbeit als Forscher und Diplomaten führte ihre Mitglieder in vieler Herren Länder, doch immer blieb die Familie Rosen dabei auch eine Detmolder Familie. Ihr Ansehen in der Stadt fußte auf umfassender Bildung, Weltläufigkeit, diskretem Aufstiegswillen, einer traditionsbewussten, konservativen

Grundhaltung mit individualistischen, liberalen Tendenzen. Diese Eigenschaften wurden über mehrere Generationen als ideelles und kulturelles Erbe weitergegeben. Nur selten wird ein einzelner Rosen ohne Verweis auf die Familiengeschichte oder auf das Prestige seiner nächsten Angehörigen dargestellt.

<sup>1</sup> In der Monatszeitschrift Heimatland Lippe erscheint seit der Ausgabe Oktober 2015 eine Artikelserie zur Familiengeschichte der Detmolder Rosens.

<sup>2</sup> Zur Zusammenarbeit zwischen Fürstregentin Pauline und Friedrich Ernst Ballhorn-Rosen, dem Begründer der Detmolder Familie Rosen, s. JOHANNES TÜTKEN, Magister und Dr. jur. F. Ballhorn-Rosen - Kanzleidirektor in Detmold, in: DERS., Privatdozenten im Schatten der Georgia Augusta. Zur älteren Privatdozentur (1734-1831). Teil II, Göttingen 2005, 535-548, 543-546.

<sup>3</sup> FRIEDRICH ROSEN, Georg Rosen (1820-1891). Orientalist und kaiserlicher Generalkonsul, in: MAX STAERCKE (Hg.), Menschen vom lippischen Boden. Lebensbilder, Detmold 1936, 218-221.

<sup>4</sup> MARK KROLL, Ignaz Moscheles and the changing world of musical Europe, Woodbridge 2014, 155.

<sup>5</sup> HENRY ROCHE, Reminiscences of Moscheles' family, in: MARK KROLL, Ignaz Moscheles and the changing world of musical Europe, Woodbridge 2014, 336-340, 338. Band IV der Lebenserinnerungen Friedrich Rosens beschäftigt sich sehr ausführlich mit der Zeit als Reichsaußenminister; s. HERBERT MÜLLER-WERTH (Hg.), Aus einem diplomatischen Wanderleben. Bde. III und IV (in einem Band), Wiesbaden 1959, 270-407.

Felix Rosen trug zum Ansehen der Familie bei, als Universitätsprofessor und als Autor des Berichts über eine Gesandtschaftsreise nach Abessinien, auf der er seinen Bruder Friedrich, den Leiter der kaiserlichen Gesandtschaft, im Jahr 1905 begleitet hatte.<sup>6</sup> Weiteres zu den Leistungen seines Lebens wurde in den Nachrufen in der *Lippischen Landeszeitung* vom 20. August 1925 ausgeführt.<sup>7</sup> Nach seiner Ermordung kursierten in den Zeitungen des In- und Auslandes Meldungen über Felix Rosens Intimleben. Es fielen die Reizworte Orgie und Fetischismus; Details über sein Privatleben wurden ruchbar, die nicht mit der damaligen Vorstellung von einem Wissenschaftler aus einer angesehenen Familie im Einklang standen.

Die Rufschädigung war immens. Ein Professor namens Felix Ehrlich, ein Freund und Kollege Felix Rosens, sagte in der Grabrede, die die *Lippische Landeszeitung* am 20. August 1925 abdruckte:

„Das herbe Geschick für diesen stillen, selbstlosen Mann war nicht die tückische Kugel, die ihn aus dem Hinterhalt traf und ihm einen jähen, aber gnädigen Tod bereitete, sondern das Gekläff einer sensationslüsternen Reportermeute, die seinen Ruf und Namen durch die Gossen schleift, was er wahrlich nicht verdient hat.“<sup>8</sup>

Diese Worte zeugen zum einen von Loyalität gegenüber Felix Rosen. Zum anderen zeugen sie von dem sittengeschichtlichen Kontext, in dem sie geäußert wurden. Der Verlust des öffentlichen Ansehens – im Zusammenhang mit der Übertretung sexueller Tabus – erschien dem Freund Rosens schlimmer als ein rascher, vermeintlich schmerzloser, doch gewaltsamer Tod. Die Heftigkeit dieser Aussage ist sowohl der Empörung über die Presse als auch dem Pathos einer Grabrede geschuldet. Dennoch verdeutlicht sie: Das öffentliche Ansehen war im Bürgertum von existentieller Bedeutung. Daher ging mit einer sexuellen Neigung, die außerhalb des damals engen Spielraums bürgerlicher Sittlichkeit lag, die existentielle Bedrohung der Bloßstellung einher.

Über einen Zeitraum von fünf Jahren – so lange zogen sich die Ermittlungen hin – wurde der Mordfall Felix Rosen in breiter Öffentlichkeit thematisiert. Sogar amerikanische Zeitungen berichteten darüber. Am 12. August 1925, bereits wenige Tage nach der Tat, charakterisierte eine Tageszeitung aus Florida, *The Miami News*, den Mordfall, unter Erwähnung des berühmten Vaters des Opfers, als „one of the most fascinating murder mysteries Europe has produced“.<sup>9</sup> Was der Zeitung so faszinierend erschien, dass sie es gar in europäischen Dimensionen verortete, war die Meldung, dass ein Botanikprofessor in einem intimen Verhältnis zu seiner Hausdame, die mehr als 20 Jahre zuvor bei der Sittenpolizei als Prostituierte verzeichnet gewesen sei, gestanden habe. Zumindest eine Fehlmeldung in dem Artikel ist offensichtlich: Es wurde behauptet, der zeitlebens ledige<sup>10</sup> Felix Rosen sei mit der Hausdame verheiratet gewesen.

Zehn Monate später, am 2. Juni 1926, berichtete *The Milwaukee Sentinel* weitere Details über das Intimleben des Mordopfers, diesmal mit dem Hinweis, dass sein Bruder einst deutscher Außenminister gewesen sei.<sup>11</sup> Felix Rosen wird in diesem Artikel als „Dr. Jekyll-Mr. Hyde existence“ bezeichnet, die sich tagsüber der

---

<sup>6</sup> FELIX ROSEN, Eine deutsche Gesandtschaft in Abessinien, Leipzig 1907.

<sup>7</sup> Siehe zu den Artikeln aus der Lippischen Landeszeitung, auf die hier Bezug genommen wird, die anliegende Zusammenstellung der Berichterstattung.

<sup>8</sup> Ebd.

<sup>9</sup> SAMUEL SPEWACK, Savant's wife, double murder suspect, held, in: *The Miami News*, 12. August 1925, 36. Einsehbar unter: <https://news.google.com/newspapers?nid=2206&dat=19250812&id=2mpVAAAAIIBAJ&sjid=1T4NAAAAIIBAJ&pg=6514,719,658&hl=de>

<sup>10</sup> ROCHE 2014, 336-340, 339.

<sup>11</sup> o.A., Berlin Police fail to solve Rosen murder; in: *The Milwaukee Sentinel*, 12. August 1925, 15. Einsehbar unter: <https://news.google.com/newspapers?nid=1368&dat=19260602&id=JF1QAAAAIIBAJ&sjid=WQ8EAAAAIIBAJ&pg=2822,470,151&hl=de>

ehrenwerten Wissenschaft gewidmet und nachts an Orgien, die die Dekadenz des alten Rom und des alten Griechenland aufleben ließen, teilgenommen habe. Der oder die Täter seien, laut *The Milwaukee Sentinel*, unter jenen „shady characters“, unter jenen schattenhaften Charakteren, zu vermuten, die er in diesem Rahmen kennengelernt habe.

*The Milwaukee Sentinel* benutze Begriffe der Schauerliteratur, die zwar der Erregung der Leserschaft dienten, aber sachlich nicht zutrafen. Der Artikel enthält keine Information, die auf eine „Dr. Jekyll-Mr. Hyde existence“ schließen lässt. Felix Rosen führte ein öffentliches Leben als Wissenschaftler; er führte ein intimes Leben, das offenbar von der Norm abwich, aber kein Verbrechen darstellte. Es lag bei Felix Rosen lediglich die traditionelle bürgerliche Trennung der Sphäre der Öffentlichkeit und der Sphären der Privatheit und der Intimität vor, keine Spaltung in ehrenwert und verbrecherisch, in Gut und Böse. Dass Felix Rosen durch seine exklusiven sexuellen Neigungen in Kontakt zu Personen außerhalb der bürgerlichen Ordnung, in Kontakt zu „shady characters“ – auch dies eine Formulierung aus dem Bereich der Schauerliteratur – getreten ist, ergab sich aus dem oben skizzierten sittengeschichtlichen Kontext und nicht aus etwaigen Mr.-Hyde-Anteilen seiner Persönlichkeit.

Die damalige Öffentlichkeit kannte eine Alternative zum Sprachgebrauch der Schauerliteratur, um das exklusive Geschlechtsleben eines Professors zu beschreiben, und zwar den Sprachgebrauch der Psychiatrie. So verkündete die Berliner Ausgabe des *Vorwärts* am 1. Februar 1927 über den Mordfall Rosen, der dort als „einer der schwierigsten Fälle, die die Annalen der Kriminalistik verzeichneten“ bezeichnet wurde, Folgendes: „Von dem Professor selbst wurde festgestellt, dass er in sexueller Hinsicht in schwerster Weise pathologisch belastet gewesen ist und seine fetischistische Neigung auch anderen Frauen gegenüber zum Ausdruck gebracht hat.“<sup>12</sup> Auch in diesem Artikel wurde auf Felix Rosens Bruder Friedrich, den ehemaligen Reichsaußenminister, verwiesen. Dieser sei wegen eines Familienzerwürfnisses zeitweilig von Felix Rosen enterbt worden.

Die Sprache der Psychiatrie klingt sachlicher als die der Schauerliteratur; ihre Wirkung war gleich: Das Ansehen des Mordopfers wurde beschädigt. Das offenbar exklusive Intimleben wurde damals nicht als erstaunliche, aber vollkommen legitime Facette Felix Rosens betrachtet. Die Redakteure stellten es als illegitim, als schauer- oder krankhaft dar.

Auch der loyale Freund und Kollege Felix Ehrlich setzte die von der Norm abweichende Sexualität Felix Rosens in Beziehung zum Krankhaften. In seiner am 20. August 1925 in der *Lippischen Landeszeitung* veröffentlichten Grabrede sagte er: „Wir wissen heute, dass schwere seelische Leiden, die ihn bedrückten und die er niemand erzählte, manche Sonderlichkeiten seines Charakters erklärlich machten.“<sup>13</sup> Das ist so diskret und verständnisvoll formuliert, dass offen bleibt, worunter Felix Rosen aus Ehrlichs Sicht seelisch gelitten habe: Stellte die sexuelle Neigung an sich das Leiden dar? Oder litt Felix Rosen seelisch unter der schwierigen sozialen Konstellation, in die er sich gezwungen sah? Erstere Ansicht war für einen damaligen Zeitgenossen naheliegender, aber Ehrlichs Formulierung ist zweideutig. Einige Jahre später ging sie in den biographischen Artikel zu Felix Rosen in Max Staerckes „Menschen vom lippischen Boden“<sup>14</sup> ein und stellt somit so etwas wie die offizielle Sprachregelung der Angelegenheit dar.

---

<sup>12</sup> o.A., Die Verhaftungen im Falle Rosen. Gedungene Mörder, in: *Vorwärts* (Berlin), Nr. 53, Jg. 44, Abendausgabe, 1. Februar 1926, 3.

<sup>13</sup> Siehe in der anliegenden Zusammenstellung der Artikel.

<sup>14</sup> MAX STAERCKE, Felix Rosen (1863-1925). Professor der Botanik an der Universität Breslau, in: STAERCKE 1936, 331-332, 332. Der biographische Artikel wurde im Wesentlichen aus Passagen der Nachrufe in der *Lippischen Landeszeitung* zusammengestellt.

Die Grabredner und die Verfasser der Nachrufe in der *Lippischen Landeszeitung* vom 20. August 1925 waren loyal und diskret. Dies gilt gleichfalls für die gesamte Berichterstattung dieser Zeitung über den Mordfall. Das Intimleben des Opfers wurde außer Acht gelassen, das Privatleben wurde so weit beachtet, wie es für die Darstellung der Ermittlungen notwendig gewesen ist.

Die folgende Zusammenstellung der Berichterstattung der *Lippischen Landeszeitung* wirft ein schwaches Licht auf den Mordfall Felix Rosen, einen Nebenpfad einer spannenden Detmolder Familiengeschichte. Nur schwach ist dieses Licht, weil die Berichterstattung wichtige Fragen unbeleuchtet gelassen hat. Die Schlussfolgerungen und Konsequenzen mancher Verdächtigung verlieren sich im Dunkeln.

In den Berichten über eine Spur der Ermittlungen änderten sich die Namen der Verdächtigen, die die Zeitung mitteilte: Aus Handtke, Ramminger und Fleischer in der Ausgabe vom 25. September 1925 wurden am 29. September 1925 Handtke, Ramminger und Ptaschik. Am 4. April 1926 werden zwei der drei Verdächtigen erwähnt; da heißen sie Hauke und Fleischer; dann erweist sich die Spur ohnehin als falsche Fährte. Außerdem kam es im Lauf der Jahre mehrmals zu Fehlmeldungen, wie den Ausgaben vom 10. Oktober 1925, vom 24. Februar 1926 und vom 8. Januar 1928 zu entnehmen ist.

Die Tagespresse erscheint in dieser Angelegenheit nicht als Medium der Aufklärung. Vielmehr funktionierte sie wie ein etwas verwirrender kriminalistischer Fortsetzungsroman. Artikel für Artikel wurden die Ermittlungen beschrieben, Verdächtige vorgestellt, Wendungen angekündigt, aber die endgültige Auflösung zögerte sich hinaus. Ob es letztendlich zu einer die Leserschaft befriedigenden Klärung der Angelegenheit gekommen ist, wird an dieser Stelle nicht vorweggenommen. Es zeigt sich in den folgenden Artikeln der Jahre 1925 bis 1930.

### **Die Artikel zum Mordfall Rosen aus der Lippischen Landeszeitung der Jahre 1925 bis 1930<sup>15</sup>**

Lippische Landeszeitung, Dienstag, 11. August 1925, Nr. 187, 159. Jg.:

#### **Ein Doppelmord in Breslau**

Breslau, 9. August. Ein Kapitalverbrechen, wie es die schlesische Hauptstadt seit Jahren nicht zu verzeichnen hatte, ist heute, Sonntag, wenige Stunden nach der Ausführung bekannt geworden und beschäftigt den unter persönlicher Leitung des Polizeipräsidenten Kleinbömer stehenden Mordbereitschaftsdienst der schlesischen Landeskriminalpolizei. In seiner im Villenort Bischofswalde gelegenen Villa wurde der Bruder des ehemaligen Ministers Rosen, der Breslauer Universitätsprofessor Rosen, ermordet aufgefunden. Er wies einen Kopfschuss auf. Neben ihm lag unberührt die Brieftasche mit vollem Inhalt. Auch nach den sonstigen Ermittlungen gewinnt man den Eindruck, dass ein Raubmord nicht vorliegt, sondern dass die furchtbare Tat andere Beweggründe haben muss. Gleichzeitig wurde nämlich der Untermieter des Professors, der Schuhmachermeister Stock, der in der ersten Etage des Hauses wohnte, ermordet in seinem Bette aufgefunden.

Das Dienstmädchen von Prof. Rosen war, während sich das furchtbare Verbrechen ereignete, in ihrer im zweiten Stock gelegenen Kammer. Die Wirtschafterin, ein 54-jähriges Fräulein Neumann, die seit Jahrzehnten bei Prof. Rosen tätig war, und deren Tochter ebenfalls im Hause wohnte, kam bei Eintreffen der Mordkommission den Kriminalbeamten aus einem kleinen Kaninchenstall entgegen. Wie sie angibt, hat sie sich dort von ca. 12 Uhr nachts bis 5 Uhr morgens vor Verbrechern, die eingedrungen waren, versteckt gehalten. Über ihre Wahrnehmungen in der Mordnacht macht sie im Einzelnen folgende Bekundungen: Prof. Rosen sei am Sonnabendabend um  $\frac{3}{4}$  10 Uhr schlafengegangen. Auch sie habe sich um diese Zeit in ihre, im ersten Stock gelegenen Räume zurückgezogen. Die vier im Hause befindlichen Hunde habe sie mit in ihr Schlaf-

---

<sup>15</sup> Die Rechtschreibung wurde den heutigen Regeln angepasst. Abkürzungen wurden beibehalten.

zimmer genommen. Als sie bereits im Bett gelegen hätte, hätten die Hunde plötzlich angeschlagen. Schon halb im Schlafe hätte sie gehört, dass man an die Außentür ihrer abgeschlossenen Wohnung klopfte und dass Männerstimmen riefen: „Öffnen Sie, wir sind die Polizei, Sie haben die Steuern nicht bezahlt!“ Daraufhin habe sie erwidert: „Gehen Sie zum Herrn Professor!“ Nach den weiteren Bekundungen der Wirtschaftlerin seien die Fremden aber trotzdem in ihre Wohnung gewaltsam eingedrungen. Sie habe sich in ihrem Zimmer eingeschlossen und sich ein Seil aus Bettlaken, Gardinen und Blusen angefertigt. An diesem Seil habe sie sich dann aus ihrem Fenster in den Garten herabgelassen und sich in ihrer Angst im Kaninchenstall versteckt.

Diese Aussagen der alten Wirtschaftlerin erschienen der Kriminalpolizei so eigenartig, dass man Fräulein Neumann vorläufig ins Breslauer Polizeigefängnis überführte. Die mit einem städtischen Bautechniker namens Standke verheiratete Tochter der Verhafteten ist am Sonnabendabend, kurz vor der Tat, mit ihrem Mann nach Ostpreußen gereist. Das junge Paar teilte den Haushalt mit Professor Rosen und seiner Wirtschaftlerin. Frau Standke – also die Tochter der Wirtschaftlerin – ist von Prof. Rosen seinerzeit kurz vor ihrer Verheiratung adoptiert worden. Ihr ist der Name Rosen gerichtlich zugesprochen worden.

Der Korrespondent des Berliner Lok.-Anz. hatte Gelegenheit, gemeinsam mit dem Gerichtsarzt, Geheimrat Puppe, am Sonntagvormittag den Tatort, der während des ganzen Sonntags von Hunderten von Menschen umlagert war, zu besichtigen. Professor Rosen lag, lediglich mit dem Hemd bekleidet, in halb aufgerichteter Stellung im Bett. Er muss das Nahen des Mörders gehört, muss sich dann aufgerichtet haben und unmittelbar darauf erschossen worden sein. Sämtliche Wohnräume waren in bester Ordnung. – Der Untermieter, Schuhmachermeister Stock, lag in seinem Schlafgemach tot im Bett. Sein Ableben ist nach Aussage des Gerichtsarztes durch Schläge mit einem Hammer auf den Kopf herbeigeführt worden. Das furchtbare Verbrechen, das in der schlesischen Hauptstadt im Hinblick auf den wissenschaftlichen Ruf, den Professor Rosen genoss, ungeheures Aufsehen erregt hat, ist zuerst von dem gleichfalls in der Villa wohnenden Sohn entdeckt worden. Der junge Stock, ein Postschaffner, kam mit seiner Frau gegen 2 Uhr in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag nach Hause. Er fand die erste Etage der Villa zu seiner Überraschung hell erleuchtet. Die Haustür war offen. Beim Betreten des Zimmers seines Vaters sah er dann, was vorgefallen. Er benachrichtigte sofort das Breslauer Polizeipräsidium, dessen Mordkommission mit zahlreichen Beamten des Erkennungsdienstes nach kurzer Zeit am Tatort erschien. Die Beweggründe des Verbrechens sind noch in völliges Dunkel gehüllt, ebenso die Frage der Täterschaft.

Berlin, 10. Aug. (Drahtb.) Der Reichskanzler sandte an den früheren Reichsaußenminister Rosen aus Anlass des tragischen Todes seines Bruders, des Professor Rosen, ein in herzlichen Worten gehaltenes Beileidstelegramm.

Ebenfalls in der Ausgabe vom 11. August 1925 findet sich unter der Rubrik „Lipperland“ folgender Artikel:

### **Der Bruder des früheren Reichsministers Rosen ermordet**

Wie wir an anderer Stelle der vorliegenden Ausgabe ausführlich berichten, ist der Bruder des früheren Reichsministers des Äußeren Dr. Rosen, Prof. Dr. Felix Rosen, in der Nacht zum Sonntag in seiner Wohnung im Villenvorort Bischofswalde einem furchtbaren Verbrechen zum Opfer gefallen. Die Schreckensnachricht wird in Lippe und zumal in Detmold, wo sie am Montagmorgen bekannt wurde, besonderes Mitgefühl mit der schwergeprüften Familie wachrufen. Verbunden doch nahe persönlichen Beziehungen den auf so grausame Weise ums Leben gekommenen Gelehrten mit dem Lipperlande. Felix Rosen war am 15. März 1863 in Leipzig geboren. Er besuchte das Gymnasium Leopoldinum in Detmold und bestand an dieser Anstalt auch das Abiturientenexamen. Auf der Universität widmete er sich dem Studium der Botanik und war darauf mehrere Jahre Assistent bei dem berühmten Botaniker Hermann Vöchting, der es vom einfachen Gärtnerburschen an der Nelkenschule in Blomberg zu einem der berühmtesten Botaniker gebracht hat. Prof. Rosen rückte innerhalb seiner Wissenschaft gleichfalls zu einer Autorität ersten Ranges auf und war zuletzt ord. Universitätsprofessor in Breslau und als solcher Direktor des dortigen Pflanzenphysiologischen Instituts. Er veröffentlichte mehrere fachwissenschaftliche Werke und ist außerdem durch sein Buch

„Eine deutsche Gesandtschaft in Abessinien“, in dem er die von seinem in Detmold ansässigen Bruder, dem kaiserlichen damaligen Gesandten, geleitete Sondergesandtschaft zum Negus Menelik von Abessinien in höchst anziehender Form beschrieben hat. Vor einiger Zeit hat der Ermordete auch in Detmold einen Vortrag über Abessinien gehalten.

Mit dem Abscheu über das scheußliche Verbrechen verbindet sich die herzliche Teilnahme an dem schweren Geschick, das die Familie Rosen jetzt wieder betroffen hat. Erst vor wenigen Jahren ist ein Sohn von Exz. Rosen bei einem Unglücksfall in Bad Salzuflen ums Leben gekommen.

Der Bruder des Ermordeten, Exz. Rosen, der sich am Sonntagvormittag noch völlig ahnungslos von der Katastrophe unter den Ehrengästen beim Vorbeimarsch des Festzuges der vaterländischen Verbände befand, erhielt am Montagmorgen die Nachricht, dass sein Bruder verunglückt sei. Exz. Rosen hat sich darauf sofort nach Breslau begeben.

Ihm und seiner Familie drücken wir unsere innigste Teilnahme an dem großen Schmerz aus und sind gewiss, dass wir damit auch im Sinne unserer Leser wie des ganzen lippischen Landes sprechen.

Lippische Landeszeitung, Mittwoch, 12. August 1925, Nr. 188, 159. Jg.:

### **Der Mord von Bischofswalde**

Breslau, 11. Aug. Noch immer ist der Doppelmord in Bischofswalde bei Breslau, dem der Universitätsprofessor Dr. Rosen und dessen Hausmeister Stock zum Opfer fielen, völlig unaufgeklärt. Die Kriminalpolizei setzt ihre Bemühungen, Licht in die Angelegenheit zu bringen, unausgesetzt fort. Das Ehepaar Standke, das am Sonnabendabend nach Riesenburg in Ostpreußen gefahren ist und von der Polizeibehörde telegraphisch zurückgerufen wurde, ist noch nicht zurückgekehrt. Auch liegt eine Antwort auf das Telegramm bis jetzt noch nicht vor. Die der Tat dringend verdächtige Hausdame des Professors, Neumann, soll am Dienstag dem Untersuchungsrichter vorgeführt werden. Auch soll durch diesen am gleichen Tage der Tatort besichtigt werden.

Nach den neuesten Nachrichten werden die Ermittlungen der Kriminalpolizei in der Doppelmordsache Rosen-Stock mit aller Energie fortgesetzt. Die von der Polizei noch in Haft gehaltene Hausdame Neumann bestreitet, in irgendwelchem Zusammenhang mit der Mordsache zu stehen. Das nunmehr nach Breslau zurückgekehrte Ehepaar Standke ist heute vernommen worden. Der 55 Jahre alten Magdalene Neumann wird von ihrem Schwiegersohn Standke das beste Zeugnis ausgestellt. Er schildert das Zusammenleben zwischen ihr und dem Professor als sehr harmonisch. Heute Mittag bat die Verhaftete noch einmal um ihre Vernehmung. Sie blieb aber dann bei ihrer ersten Aussage. Die Polizei hatte bei dieser Gelegenheit ein Geständnis erwartet, da die Neumann aller Voraussicht nach allein als die Täterin infrage kommt. Verschärfend für diesen Verdacht wirkt noch der Umstand, dass der Mordhammer aus der Wirtschaft des Professors stammt und nicht zu den Werkzeugen des Schuhmachers gehört. Auch der Zustand in dem Raum, wo der Professor aufgefunden wurde, schließt die Mittäterschaft Fremder aus. Das Grundstück, in dem der Mord geschah, wurde gerichtlich geschlossen.

Lippische Landeszeitung, Donnerstag, 13. August 1925, Nr. 189, 159. Jg.:

Breslau, 12. Aug. (Drahtb.) Die Wirtschafterin des ermordeten Professor Rosen ist heute vom Polizeigefängnis in das Untersuchungsgefängnis überführt worden. Sie leugnet weiterhin, mit der Tat in irgendeiner Verbindung gestanden zu haben.

Lippische Landeszeitung, Sonntag, 16. August 1925, Nr. 192, 159. Jg.:

### **Zum Breslauer Doppelmord**

Zum Doppelmord in der Villa Rosen ist noch zu melden: Durch die Vernehmung des Dienstmädchens des Professors, Marie Grabsch, bekommt die Angelegenheit nunmehr ein etwas anderes Ansehen. Die Grabsch gibt zu, Rufe von fremden Männerstimmen gehört zu haben: „Öffnen oder ich schieße!“. In ihrer Angst versteckte sie sich dann in ihrem Zimmer. Es hat sich herausgestellt, dass die Grabsch eine Vertrauens-

person von Professor Rosen war. Deshalb war sie auch der Neumann im Wege. Anscheinend lag Eifersucht vor. Zwischen der Neumann und Professor Rosen haben Zerwürfnisse bestanden, welche diesen veranlassen, seine Mahlzeiten außer dem Hause einzunehmen und erst nachts in die Wohnung zurückzukehren.

Lippische Landeszeitung, Mittwoch, 19. August 1925, Nr. 194, 159. Jg.:

### **Die Mordaffäre Rosen vor der Aufklärung?**

Der Berl. Lok.-Anz. meldet aus Breslau: Nach mehrstündigem Verhör sind die Adoptivtochter des ermordeten Professor Rosen und ihr Mann, der Architekt Standke, von der Mordkommission verhaftet worden. Sie stehen beide im dringenden Verdacht der Mittäterschaft oder zum Mindesten an der Vorbereitung dazu beteiligt zu sein.

Lippische Landeszeitung, Donnerstag, 20. August 1925, Nr. 195, 159. Jg.:

### **Professor Felix Rosen †**

Felix Rosen, der in Breslau ein so tragisches Ende gefunden hat, war unser lippischer Landsmann. Dass er in Leipzig geboren wurde und in Jerusalem die ersten Jahre seiner Kindheit verlebte, war auf den diplomatischen Beruf seines Vaters zurückzuführen. Seine eigentliche geistige Entwicklung lag in Detmold, die Knabenjahre verlebte er im Teutoburger Walde, im väterlichen Hause an der Neustadt. Bis zum 20. Lebensjahre, wo er am Leopoldinum das Abitur machte, atmete er Heimatluft. Detmold war ja die Stadt seines Vaters, die Wirkungsstätte seines Großvaters, den die Fürstin Pauline am Anfang des vorigen Jahrhunderts als Kanzler nach Lippe berief. In Detmold, in Lippe, lebten seine Jugendgefährten, seine Freunde. Solche, an die ihn die Spiele der Knabenzeit erinnerten, andere, mit denen er geistig verbunden wurde und verbunden blieb. Der hochgeistige kosmopolitische Zug, der durch alle Rosens ging, beherrschte auch Felix Rosen.

Wissenschaftliches Weltbürgertum führte ihn in die Weite. Und doch beseelte ihn in nicht geringerem Maße die Liebe zur alten Heimat. In der Nähe des Alters wurde die Sehnsucht nach den Bergen des Cheruskerlandes lebendiger, die Besuche häufiger. Gerade auf den heutigen Tag, auf den 20. August, hatte er sich so sehr gefreut. Gerade heute wollte er an der Wiege des jüngsten Sprösslings der Familie, ein von ihm am Vorabend des Todestages persönlich angekauftes Angebinde niederlegen. Das alte Detmold und die lachenden Äuglein eines Kindleins waren die Magnete des für heute geplanten Besuches. Felix Rosen war unser! Mit dem alten Leopoldinum konnten wir als Detmolder, als Lipper, stolz sein auf ihn, auf seinen wissenschaftlichen Ruhm. Und mit Stolz und Genugtuung lassen wir heute einem seiner wissenschaftlichen Verehrer, Herrn Dr. Reinhold Schaede aus Breslau, das Wort zu einem dem Toten gewidmeten Nachruf:

Seine Jugend verlebte Felix Rosen in Jerusalem und in Belgrad, und welchen Eindruck die Vegetation jener Gegenden auf den empfänglichen Sinn des Knaben machte, hat uns der Verewigte sinnreich geschildert in der Skizze „Bruder Dornbusch“ im Ostdeutschen Naturwart, dem letzten, was seiner schriftgewandten Feder entflohen ist. Nachdem er das Gymnasium in Detmold absolviert hatte, studierte er in Basel und in Straßburg, und dort ist wohl durch Anton de Bary, seinerzeit den bedeutendsten Vertreter exakter Forschung auf dem Gebiete der Biologie und Anatomie der Pflanzen, seiner ganzen wissenschaftlichen Laufbahn der Weg vorgezeichnet worden. In Straßburg promovierte er auch 1886 und wurde 1889 Assistent bei Vöchting in Tübingen. Diese Stellung vertauschte er 1891 mit der Assistenz am Pflanzenphysiologischen Institut in Breslau bei Ferdinand Cohn, der unter die bedeutendsten Botaniker aller Zeiten zählt. Cohns großer Geist regte auch den Rosens mächtig an, zumal sich zwischen beiden wie stets zwischen edlen Menschen, von vornherein ein herzliches Verhältnis entwickelte. 1892 habilitierte sich Rosen und wurde 1900 zum a.o. Professor und Direktor des Pflanzenphysiologischen Instituts berufen, 1920 erfolgte seine Ernennung zum Ordinarius.

Seine Schriften rein botanischen Inhalts befassen sich vorwiegend mit Biologie, aber auch andere Gebiete kommen bei seinem großen, jeder Einseitigkeit abgeneigten Geiste zu voller Geltung. Da sind Arbeiten über

die Zellenlehre, die Gewebelehre, das natürliche Pflanzensystem, seine Tafeln nebst Text über die vegetabilischen Nahrungs- und Genussmittel. Ferner arbeitete er jahrelang über vererbungswissenschaftliche Fragen, und seine Anschauung der Natur fand Ausdruck in seinem letzten wissenschaftlichen Werke „Das komplikatorische Prinzip“, worin er uns zeigt, dass alles Lebende so ist, wie es ist, nicht aus blindem Zufall, sondern weil es nicht anders werden konnte in innigstem Zusammenhang mit der Entwicklung unseres Erdplaneten und mit dem physikalischen und chemischen Geschehen der unbelebten und belebten Materie. Seiner zahlreichen Veröffentlichungen populärwissenschaftlichen Inhalts kann hier nur kurz Erwähnung getan werden.

Neben der wissenschaftlichen Arbeit stand eine ausgedehnte Lehrtätigkeit, der sich Rosen mit aller Liebe und Gewissenhaftigkeit widmete. Seine Vorlesungen und Kurse waren mustergültig in jeder Hinsicht. Begabt mit einer schlichten und eindringlichen Art der Rede wusste er, ausgehend von den einfachsten Dingen, auch das Komplizierteste leicht fasslich zu machen, und er verwandte mit seltenem Geschick ein reiches Anschauungsmaterial, das das Vorgetragene in Bild, Objekt und Experiment erläuterte. Hier erschloss er jedem seinen Geist und spendete mit voller Hand aus reicher Quelle. Hochbegabt war Rosen, ihm wohnte ein feines künstlerisches Gefühl inne und ließ ihn die Darstellung der Natur in der Kunst studieren. Was er geschaut und gedacht, hat er uns in seinem Buche niedergelegt, doch so recht spürte man den Künstler in ihm erst in seiner Vorlesung über dieses Thema.

Nicht unerwähnt darf Rosens ausgezeichnete Beobachtungsgabe und Urteilsfähigkeit auf den verschiedensten Gebieten bleiben. Dies zeigt sein Werk über die Gesandtschaft nach Abessinien, der er als Botaniker angehörte. Botanisches, Ethnographisches, Geschichtliches, Politisches findet sich dort klar erfasst und dargestellt. Ein Genuss war es, mit ihm reisen zu dürfen, denn über alles wusste er, dank seiner umfassenden Bildung, Interessantes aus Wissenschaft, Praxis, Kunst, Geschichte, Sage, Märchen, Volksbrauch zu berichten. Unsere Stadt Breslau besitzt ein bleibendes Andenken an den Toten: die historischen Gärten in Scheitning. Auch in ihrer jetzigen, unserer traurigen wirtschaftlichen Lage entsprechenden Verfassung sind sie vielen ein Anziehungspunkt. Könnten sie so erhalten werden, wie sie angelegt und wie es geplant war, sie würden zu den ersten Sehenswürdigkeiten unserer Stadt gehören. Als Mensch wird Felix Rosen allen, die ihn kennen, unvergesslich sein durch seine große Güte und edle Hilfsbereitschaft, die seine eigene Person ganz in den Hintergrund stellte. Uns, die wir einen Blick in sein gutes, edles Herz haben tun dürfen, wird sein Bild nie getrübt werden. Sein Andenken ist uns heilig. Dr. Reinhold Schaede

Den Ausführungen Dr. Schaedes über die wissenschaftliche Bedeutung Felix Rosens mögen noch die persönlichen Schlussworte folgen, die Prof. Felix Ehrlich am Sarge des Entschlafenen gesprochen hat:

Der Rahmen dieser Rede ist zu eng gefasst, um neben dem Forscher und Lehrer auch dem Menschen, der Persönlichkeit Felix Rosens voll gerecht werden zu können. Und er war eine ganze, eine seltene Persönlichkeit, deren Zauber sich niemand entziehen konnte, der ihn näher kennenlernte. Seine rührend zu nennende Bescheidenheit, die Rückstellung seiner Person hinter die Sache haben manche, die ihm fern standen, zu Unrecht für Scheu oder Verschlossenheit gehalten. Wir wissen heute, dass schwere seelische Leiden, die ihn bedrückten und die er niemand erzählte, manche Sonderlichkeiten seines Charakters erklärlich machten. Wer aber seine nähere Bekanntschaft suchte oder wer sich gar sein Freund nennen durfte, dem offenbarte sich Felix Rosen als ein prächtiger, offener, feinsinniger und warmempfindender Mensch, der sich in Freundes- und Kollegenkreisen als ein liebenswürdiger Gesellschafter, als ein geistreicher Plauderer und als witziger und humorvoller Erzähler, aber auch als sachlicher und scharfer Kritik allgemeiner Sympathie erfreute. Er war selbstlos bis zur Selbstentäußerung, er gab sein Letztes hin und litt Not, um nicht andere darben zu lassen. Seinen Schülern und Untergebenen gegenüber war er nicht der gestrenge Herr und Meister, sondern der väterlich sorgende Freund, der mit ihnen wie ein Bruder Freud und Leid teilte. Es steht uns nicht an, mit ihm darüber zu rechten, dass er in seiner grenzenlosen Gutmütigkeit und in seinem unbegrenzten Vertrauen auch Unwürdigen seine Neigung und Unterstützung zuteilwerden ließ, dass er in den

letzten Jahren ein einsiedlerisches und zurückgezogenes Leben führte und dass ihm dies schließlich zum Verhängnis geworden ist. So anspruchslos und so bescheiden, wie er im Leben war, so lautlos wäre er sicher von uns gegangen! Das herbe Geschick für diesen stillen, selbstlosen Mann war nicht die tückische Kugel, die ihn aus dem Hinterhalt traf und ihm einen jähen, aber gnädigen Tod bereitete, sondern das Geklaff einer sensationslüsternen Reportermeute, die seinen Ruf und Namen durch die Gossen schleift, was er wahrlich nicht verdient hat. Felix Rosen starb als ein Opfer, als ein Märtyrer seiner beispiellosen Herzensgüte und Menschenfreundlichkeit. Was auch in jener schrecklichen Todesnacht sich ereignet haben mag, der Name und die Persönlichkeit Felix Rosen steht in hehrer Reinheit unbefleckt vor unseren Augen! Die Universität ist stolz darauf, diesen wundervollen, treuen Mann zu den Ihrigen gezählt zu haben!

Nun ist sie gefällt, die herrliche deutsche Eiche, von einem bösen Sturm jählings entwurzelt! – Zu früh wurde er uns entrissen, der liebe Freund und Kollege, der in voller Tatkraft noch viel Großes und Schönes hätte schaffen können!

Doch: Vor der Zeit rufen die Götter ihre Lieblinge zu sich! Uns, die wir ihn jetzt hinaustragen und betten wollen zu seinen Lieblingen, den Blumen, bleibt ein Trost in den Worten Jean Pauls: „Die Erinnerung ist das einzige Paradies auf Erden, aus dem wir nicht vertrieben werden können!“

Was Felix Rosen in einem Leben voll köstlicher Arbeit und Daseinsfreude gewirkt hat, wird unvergessen bleiben, das Andenken an seine prächtige Persönlichkeit und an seine Werke wird für immer fortbestehen! Ave et vale, pia anima!

Und nun noch als Letztes der Abschiedsgruß eines Schulfreundes, der mit Felix Rosen 1882 am Leopoldinum das Abitur machte. Geheimrat Dr. Wessel ist's, der uns unter dem erschütternden Eindruck des jähen Todes die folgenden Erinnerungszeilen zur Verfügung stellte:

Die erschütternde Nachricht von der Ermordung meines Mitschülers, des Prof. Felix Rosen, hat mich tief ergriffen. Ein strahlender Forschungsgeist ist der deutschen Wissenschaft viel zu früh verloren gegangen. Was er als solcher geleistet, hat sie schon lange anerkannt und ist unbestritten. Wir Mitschüler ahnten schon auf der Schulbank, dass ihm eine glänzende Laufbahn bevorstand. Seine außergewöhnliche Klugheit, sein staunenerregender Einblick in die Naturwissenschaften, sein großes Verständnis für alle wissenschaftlichen Fragen, seine Belesenheit und Kenntnisse auf jedem Gebiete waren innig verknüpft mit Vornehmheit, lautem Charakter und dem Gefühl für echte Freundschaft. So steht er mir lebendig vor Augen. Nun hat ein tragisches Geschick viel zu früh seinem Wissensdurst und Schaffensdrange ein Ende gesetzt. – Wir werden ihn nie vergessen.

Lippische Landeszeitung, Sonnabend, 22. August 1925, Nr. 197, 159. Jg.:

### **Zum Breslauer Doppelmord**

Breslau, 20. Aug. Wie zur Mordsache Rosen mitgeteilt wird, erfolgte die Verhaftung der Standkeschen Eheleute, weil ihr Alibibeweis lückenhaft war und sie sich in Widersprüche verwickelten. Die Polizei ermittelte, dass das Ehepaar in Ostpreußen erheblich später eingetroffen ist, als man vermutete. Man nimmt daher an, dass es von Breslau möglicherweise später abgereist ist, als es angegeben hat. Das Ehepaar erklärt weiterhin, von der Tat nichts gewusst zu haben. Die Polizei nimmt an, dass der Frau Standke der Mitwisserschaft mehr verdächtig ist als ihr Mann. Die Angehörigen Standkes haben sich übrigens, wie verlautet, seinerzeit der Ehe mit der Adoptivtochter Rosens widersetzt.

Lippische Landeszeitung, , 6. September 1925, Nr. 210, 159. Jg.:

### **Die Breslauer Mordaffäre**

Breslau, 5. Sept. (Radio.) Der Untersuchungsrichter hat sowohl die Wirtschafterin des ermordeten Professors Rosen, Frau Neumann, als auch das der Mitwisserschaft verdächtige Ehepaar Standke in den letzten Tagen wiederum eingehend verhört. Sowohl die Neumann als auch der Architekt Standke und seine Ehefrau be-

streiten nach wie vor, sich des Mordes schuldig gemacht bzw. etwas von der Tat gewusst zu haben. Die Wirtschafterin Neumann beharrt übrigens auch ihrem Rechtsbeistand gegenüber darauf, dass sie völlig unschuldig sei.

Lippische Landeszeitung, Sonnabend, 12. September 1925, Nr. 215, 159. Jg.:

### **Vor einer Wendung in der Mordsache Rosen?**

Breslau, 12. Sept. (Radio.) Nach einer Meldung des Berl. Lok.-Anz. aus Breslau ist vor einigen Tagen dort ein Schwerverbrecher wegen eines Einbruchs in der Provinz verhaftet worden. Nach seiner Festnahme wurde der Polizei von ehemaligen Freunden des Verbrechers mitgeteilt, er habe mit der Wirtschafterin Neumann vor einigen Jahren ein Grundstücksgeschäft abgeschlossen. Bei dieser Gelegenheit habe ihm die Neumann gesagt, er könne sich in nächster Zeit 2000 Mark verdienen, es würden dabei aber zwei Menschen zu beseitigen sein. Nach eingehendem Kreuzverhör erklärte der Verhaftete, dass er viel über die Mordsache Rosen wisse, seine Aussagen jedoch nur vor einem besonderen Untersuchungsrichter machen wolle. Er wird heute erneut verhört werden.

Lippische Landeszeitung, Sonntag, 20. September 1925, Nr. 222, 159. Jg.:

### **Die Breslauer Mordaffäre noch ungeklärt**

Breslau, 19. Sept. (Radio.) Zu einer Berliner Abendblätter-Meldung, wonach insofern in der Mordangelegenheit Rosen eine sensationelle Wendung eingetreten sein soll, als die Untersuchung nunmehr die Ermordung Rosens und des Schuhmachermeisters Stock durch den Einbrecher Fleischer und einen Komplizen erwiesen haben soll, erfahren wir, dass an amtlicher Stelle über ein derartiges Untersuchungsergebnis nichts bekannt ist.

Lippische Landeszeitung, Freitag, 25. September 1925, Nr. 226, 159. Jg.:

### **Eine neue Wendung in der Mordsache Rosen**

Breslau, 24. Sept. Wie wir authentisch erfahren, hat nunmehr soeben der Untersuchungsrichter gegen drei hiesige Untersuchungsgefangene, nämlich die Arbeiter Paul Handtke, Erich Ramminger und Alois Fleischer unter dem Verdacht, an der Ermordung des Professors Rosen und des Schuhmachers Stock beteiligt zu sein, die Voruntersuchung eröffnet. Alle drei sitzen wegen einer anderen Sache im hiesigen Untersuchungsgefängnis.

Lippische Landeszeitung, Dienstag, 29. September 1925, Nr. 229, 159. Jg.:

### **Vernehmung in der Mordsache Rosen**

Breslau, 28. Sept. Die Neumann erklärte, dass die Anschuldigungen der Untersuchungsgefangenen Handtke, Ptaschik und Ramminger unwahr seien. Man könne ja nichts gegen sie aussagen. Die Neumann blieb dann völlig ruhig und gleichgültig den Aussagen des Ptaschik gegenüber. Ein belastendes Moment wird gegen die Neumann darin gefunden, dass sie sich nicht nach dem Schicksal des Professors Rosen nach dem angeblichen Überfall in der Wohnung erkundigte. Sie versuchte die Sache so darzustellen, dass es sich zunächst um einen vorbereiteten Raub gehandelt habe, bei dem die Täter gestört worden seien. Das folgerte sie auch daraus, dass die Betten, die sie auf der Flucht aus dem Fenster geworfen habe, beim Eintreffen der Polizei an anderer Stelle lagen. Frau Standke, die Tochter der Neumann, beteuert nach wie vor ihre Unschuld. Sie habe mit kindlicher Liebe an Professor Rosen gehangen, der für sie sehr viel getan habe. Wenn sie bemerkt hätte, dass ihre Mutter irgendetwas Schlechtes gegen Professor Rosen im Schilde führte, so hätte sie Rosen sofort benachrichtigt oder sie hätte ihre Mutter auf ihren Geisteszustand untersuchen lassen.

Lippische Landeszeitung, Freitag, 9. Oktober 1925, Nr. 238, 159. Jg.:

### **Die Aufklärung in der Mordaffäre Rosen**

Berlin, 9. Okt. (Radio.) Der Berl. Lok.-Anz. meldet aus Breslau, dass das Ermittlungsverfahren in der Mordsache Rosen Folgendes ergeben habe: Die Wirtschaftlerin Neumann hat in Gegenwart ihrer Tochter, der Frau Standke, zwei Männer zur Beseitigung des Professors Rosens und des Schuhmachers Stock gedungen. Den Tätern wurden für die Ausführung der Tat 200 Mark im Voraus bezahlt, mit dem Versprechen, sie sollten nach Erledigung ihrer Aufgabe weitere 1000 Mark erhalten. Nicht geklärt ist noch die Frage, ob der Ehemann der Frau Standke etwas von diesen Plänen gewusst hat.

Lippische Landeszeitung, Sonnabend, 10. Oktober 1925, Nr. 239, 159. Jg.:

### **Von A bis Z erfunden. Zur Mordaffäre Rosen**

Breslau, 9. Okt. Zu der sensationellen Meldung des Berl. Lok.-Anz. über die Mordangelegenheit Rosen, wonach das Ermittlungsverfahren positiv ergeben haben soll, dass die Wirtschaftlerin Neumann in Gegenwart ihrer Tochter, Frau Standke, zwei Männer zur Ermordung des Professors Rosen gegen Vorausbezahlung von 200 M. und das Versprechen einer weiteren Zahlung von 1000 M. gedungen hat, wird von amtlicher Seite bemerkt, dass diese Nachricht von Anfang bis zu Ende erfunden ist.

Lippische Landeszeitung, Sonntag, 1. November 1925, Nr. 258, 159. Jg.:

### **Sensationelle Wendung in der Mordsache Rosen**

Breslau. 31. Okt. (Radio.) In der Untersuchung über die Ermordung des Breslauer Universitätsprofessors Dr. Rosen und des Schuhmachers August Stock ist heute eine sensationelle Wendung eingetreten. Der Untersuchungsrichter hat den Sohn des ermordeten Schuhmachers, den Postbeamten Erich Stock, sowie dessen Ehefrau im Verdacht der Täterschaft in Haft genommen. Es wird vermutet, dass der junge Stock auf Anstiften der Hausdame Neumann seinen eigenen Vater, sowie den Professor ermordet hat. Stock gab bisher bei seinen verschiedenen Verhören an, ein Tanzvergnügen eines Turnvereins in einem Lokal unweit der Mordvilla erst nach 1 Uhr in der Mordnacht verlassen zu haben. Die Wirtin des Restaurants sowie zwei Bedienungsfrauen behaupten jedoch, gesehen zu haben, dass der Postbeamte kurz nach 12 Uhr das Haus mit Hut und Mantel verließ und kurz nach 1 Uhr zurückkam.

Lippische Landeszeitung, Sonnabend, 14. November 1925, Nr. 269, 159. Jg.:

### **Zum Mord an Professor Rosen**

In der Angelegenheit des Breslauer Doppelmordes an den Universitätsprofessor Dr. Rosen und seinen Hausmeister Stock wurde festgestellt, dass der unter Mordverdacht verhaftete Sohn des Hausmeisters, der Briefträger Stock, zur Zeit des Mordes eine Schusswaffe vom Kaliber der Mordwaffe besaß. Diese Waffe hat Stock später einem Freund zur Aufbewahrung übergeben, bei dem sie gefunden wurde.

Lippische Landeszeitung, Donnerstag, 10. Dezember 1925, Nr. 290, 159. Jg.:

### **Zur Mordaffäre Rosen**

Der Bruder des ermordeten Universitätsprofessors Rosen, der Reichsminister a.D. Rosen, hat dem Breslauer Polizeipräsidium mitgeteilt, dass er im Nachlass seines Bruders dessen Uhr und Kette mit Anhängsel vermisst, das als Andenken einen sehr großen Wert besitzt. Das Anhängsel hat der Ermordete von seiner Mutter geschenkt bekommen und stets als Amulett betrachtet. Die Namenszüge des Beschenkten wurden in Palästina, wo der Bruder seinerzeit Konsul war, in arabischer Schrift eingraviert. Dieses Amulett mitsamt der Uhr und Kette, die nur von geringem Wert sind, sind merkwürdigerweise die einzigen fehlenden Gegenstände. Daher ist die Kombination nicht von der Hand zu weisen, dass ihr Verschwinden mit der Mordtat in irgendeinem Zusammenhang steht.

Lippische Landeszeitung, Sonntag, 13. Dezember 1925, Nr. 293, 159. Jg.:

### **Haftentlassung in der Mordsache Rosen**

Der Untersuchungsrichter hat heute die Adoptivtochter Rosens, Frau Hildegard Standke, aus der Untersuchungshaft entlassen, weil eine Verdunkelungsgefahr zurzeit als nicht mehr vorliegend erachtet wurde. Der Verdacht der Teilnahme besteht jedoch weiter.

Lippische Landeszeitung, Sonntag, 17. Januar 1926, Nr. 14, 160. Jg.:

### **Der Stand der Voruntersuchung im Fall Rosen**

Nach einer Mitteilung des Untersuchungsrichters nimmt die Untersuchung gegen die neun verdächtigen Personen in der Angelegenheit Rosen ihren weiteren Fortgang. Es stehen noch die Gutachten einer Anzahl von Sachverständigen aus, nach deren Erstattung die Schlussvernehmungen der Hauptbeschuldigten stattfinden werden. Nach Schluss dieser Vernehmungen werden die Akten der Staatsanwaltschaft zugehen, worauf diese den Antrag auf Eröffnung des Hauptverfahrens stellen wird.

Lippische Landeszeitung, Dienstag, 16. Februar 1926, Nr. 39, 160. Jg.:

### **Eine gänzlich verfahrene Untersuchung**

Im November vorigen Jahres wurde bekanntlich der Briefträger Erich Stock, der Sohn des gemeinsam mit Professor Rosen im vorigen Jahr ermordeten Schuhmachermeisters August Stock, im Verdacht der Mittäterschaft verhaftet. Bald nach seiner Verhaftung wurde ein Revolver Stocks beschlagnahmt, den er am Tag nach der Mordtat einem Freunde zur Aufbewahrung übergeben hatte. Diesen Revolver bezeichnete der Untersuchungsrichter seinerzeit als die Mordwaffe, mit der Professor Rosen erschossen worden ist, und ließ deswegen unberechtigterweise die Handakten des Verteidigers beschlagnahmen. Später wurde der Untersuchungsrichter aufgrund neuer Momente in seiner ersten Annahme jedoch wankend. Nachdem mit der Waffe im Sterbezimmer des Professors Rosen Schießversuche unternommen worden waren und nachdem Breslauer Waffensachverständige ihre Meinung geäußert hatten, schickte der Untersuchungsrichter den Revolver nebst einer Kugel und Hülse, die in dem Mordzimmer gefunden wurden, zur genaueren wissenschaftlichen Nachprüfung der Identität nach Berlin. Die Berliner Untersuchung hat, wie nun bekannt wird, mit aller Bestimmtheit ergeben, dass jene Waffe mit dem Mordrevolver auf keinen Fall identisch ist. Die bisher gegen den Untersuchungsgefangenen verhängte verschärfte Kontrolle ist jetzt ganz wesentlich gemildert worden. Befremdend ist, dass länger als zwei Monate verstreichen konnten, bis der Irrtum der Untersuchungsbehörde aufgeklärt wurde. (Befremdend ist das Allermeiste in diesem Untersuchungsverfahren.)

Lippische Landeszeitung, Mittwoch, 24. Februar 1926, Nr. 46, 160. Jg.:

### **Neues zur Mordsache Rosen**

In der Mordsache Rosen wird halbamtlich mitgeteilt: Es entspricht nicht der Wahrheit, dass die Hauptbeschuldigten, nämlich die Hausdame Neumann und der Briefträger Stock, aus der Haft entlassen worden sind oder dass ihre Haftentlassung nahe bevorsteht. Ebenso sind die Gerüchte unwahr, dass das Verfahren gegen alle in diese Angelegenheit verwickelten Personen demnächst beendet sein wird. In den letzten Tagen ist eine größere Anzahl von Zeugen vernommen worden, und die Untersuchung ist noch lange nicht beendet.

Lippische Landeszeitung, Freitag, 2. April 1926, Nr. 78, 160. Jg.:

### **Weitere Haftentlassungen in der Mordaffäre Rosen**

Wie das W. T.-B. aus zuverlässiger Quelle berichtet, ist die seit August v. Js. in Untersuchungshaft befindliche Wirtschaftlerin des ermordeten Prof. Rosen, Frl. Neumann, aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Weiter sind der Sohn des gemeinsam mit Prof. Rosen ermordeten Schuhmachers, der Briefträger Erich Stock und dessen Frau, freigelassen worden.

Lippische Landeszeitung, Sonntag , 4. April 1926, Nr. 79, 160. Jg.:

### **Das Untersuchungsverfahren in der Mordsache Rosen eingestellt**

Das Untersuchungsverfahren in der Mordaffäre Rosen ist, wie W. T.-B. meldet, eingestellt worden. Die Einstellung erfolgt wegen Mangels an Beweisen und nicht etwa, weil sich die Unschuld der Beschuldigten ergeben hat. Nunmehr befinden sich sämtliche neun Beschuldigte außer Haft, bis auf Fleischer und Hauke, diese beiden aber wegen einer anderen Strafsache.

Lippische Landeszeitung, Dienstag , 1. Februar 1927, Nr. 26, 161. Jg.:

### **Aufklärung in der Mordsache Rosen?**

Wie der Berl. Lok.-Anz. über die Ermittlungen hinsichtlich des Mordes an Prof. Rosen in Breslau erfährt, legte ein Zuchthäusler Jahn, der sich im Staatsgefängnis Wohlau befindet, der Kriminalpolizei in Breslau ein Teilgeständnis ab. Er gibt zu, gemeinsam mit einem gewissen Strauß, der ebenfalls bereits verhaftet ist, seinerzeit den Breslauer Universitätsprofessor Rosen sowie dessen Hausmeister Stock ermordet zu haben. Die Untat soll angeblich auf Anstiften der Hausdame Neuman erfolgt sein, deren Verhaftung bevorsteht. Da die Braut des einen Festgenommenen gleichfalls verdächtig ist, wurde sie verhaftet. Die Anstifterin wollte verhindern, dass der Professor ein zu ihren Gunsten niedergeschriebenes Testament änderte.

Lippische Landeszeitung, Donnerstag , 17. Februar 1927, Nr. 40, 161. Jg.:

### **Neue Voruntersuchung im Fall Rosen**

Die Beschlusskammer des Breslauer Landgerichts hat nunmehr die Voruntersuchung gegen die Untersuchungsgefangenen Jahn, Strauß und die Wirtschafterin Neumann, die des Mordes an Professor Rosen und des Schuhmachers Stock bezichtigt werden, angeordnet. Die Voruntersuchung gegen Jahn und Strauß ist nunmehr vom Untersuchungsrichter neu und gegen die Wirtschafterin Neumann wieder eröffnet worden.

Lippische Landeszeitung, Donnerstag , 3. März 1927, Nr. 52, 161. Jg.:

### **Frau Neumann bleibt in Haft**

In mündlicher Verhandlung wurde in Breslau über die Haftbeschwerde der Wirtschafterin Neumann und des Schlossers Strauß, die des Mordes an Professor Rosen verdächtig sind, entschieden. Der Antrag auf Haftentlassung wurde abgelehnt, da die Verdachtsgründe, die zur Verhaftung geführt hatten, nach wie vor fortbeständen.

Lippische Landeszeitung, Mittwoch , 27. April 1927, Nr. 97, 161. Jg.:

### **Der Fall Rosen**

Der des Mordes an Professor Rosen und an den Schuhmachermeister Stock verdächtige Zuchthäusler Jahn ist seit einigen Tagen aus der Krankenabteilung des Breslauer Untersuchungsgefängnisses wieder ins Breslauer Polizeigefängnis überführt worden. Inzwischen hat der Untersuchungsrichter eine Anzahl Zeugen in der Mordsache Rosen vernommen. Nach wie vor bleibt Jahn bei seiner Selbstbeschuldigung und der Angabe, dass Strauss, sowie die Wirtschafterin Neumann der Mittäterschaft bzw. Mitwisserschaft schuldig seien. Dass Jahn die Tat auch zuzutrauen ist, beweise sein nächtlicher Überfall in der Wohnung des Geheimrates Bresgen vor 2 Jahren in Reiß. Jahn hatte den Geheimrat mit großer Rohheit mit seinem Messer bearbeitet und ihm 21 Stichwunden beigebracht.

Lippische Landeszeitung, Mittwoch , 14. Mai 1927, Nr. 112, 161. Jg.:

### **Haftentlassungen im Fall Rosen**

Die Breslauer Doppelmordaffäre Rosen hat eine sensationelle Wendung genommen. Das Breslauer Landgericht hat die seit 11 Monaten in Untersuchungshaft befindliche Hausdame Neumann aus der Haft entlassen, gleichfalls den seit Februar d. Js. wegen Mordverdachts in Untersuchungshaft befindlichen Schlosser Strauß und den Hauptbeschuldigten, den Zuchthäusler Jahn. Die Haftentlassung erfolgte auf Antrag des

Verteidigers. Das Gericht begründet diese Entlassungen damit, dass dringende Tatverdachtsmomente gegenwärtig nicht mehr vorliegen und weder Fluchtversuch noch Verdunkelungsgefahr bestehe. Das Verfahren ist jedoch nicht eingestellt. Ob die Entlassenen außer Verfolgung gesetzt wurden oder ob die Hauptverhandlung eröffnet wird, hat die Beschlusskammer des Landgerichts zu beschließen. Wahrscheinlich wird eine öffentliche Hauptverhandlung stattfinden.

Lippische Landeszeitung, Sonnabend, 17. September 1927, Nr. 218, 161. Jg.:

### **Das Hypnoseexperiment an der Wirtschafterin Neumann gelungen**

Berlin, 17. Sept. (Radio.) Freitagnachmittag fand das geplante hypnotische Experiment an der Wirtschafterin Neumann statt, die sich in Trance über den Mordfall Rosen äußern sollte. Sanitätsrat Dr. Flatau nahm in seiner Klinik das Experiment vor. Es dauerte ungefähr eine halbe Stunde. Als die Wirtschafterin in das Bewusstsein zurückgerufen wurde, war sie sehr erschöpft. Der Sitzung wohnte der Rechtsanwalt Dr. Sulz bei. Er registrierte die Aussagen der Wirtschafterin. Der Raum war im Halbdunkel. Dr. Flatau versetzte die Neumann nach seiner Suggestivmethode zuerst in hypnotischen Zustand. Dann suggerierte er ihr eine Kräftigung des Gedächtnisses, damit die Wirtschafterin aus sich heraus noch einmal vergangene Geschehnisse erlebte. Im ungehemmten Ablauf der Vorstellungen erzählte das Medium schleppend sich erinnernd. Im Anschluss daran wurden Fragen gestellt, deren Beantwortung durch die Hypnotisierte wertvolle Aufschlüsse gaben.

Lippische Landeszeitung, Donnerstag, 22. September 1927, Nr. 222, 161. Jg.:

### **Das Hypnose-Experiment an Frau Neumann**

Zu dem Hypnoseexperiment an der Frau Neumann wird noch berichtet, dass bei dem Experiment in der Wohnung Dr. Flatau's auch der Chef der Berliner Kriminalpolizei zugegen war. Sonnabendnachmittags fand dann das eigentliche Experiment statt, bei dem der Arzt die Hypnotisierte die Vorgänge am Mordtage erzählen ließ. Frau Neumann blieb auch im hypnotischen Schlafe bei den Angaben, die sie immer wieder bei ihren Vernehmungen gemacht hat, dass sie an dem Mord keinen Anteil habe. Interessant ist, dass sie in der Hypnose nie danach gefragt wurde, ob sie die Tat begangen hat. Der Arzt beschränkte sich auf Fragen nach den Hergängen, die er stets einwarf, wenn die Hypnotisierte in ihrer Erzählung aufhörte. Eine ihrer Aussagen stand jedoch im Gegensatz zu den Behauptungen, die sie im wachen Zustand aufgestellt. – Regierungsdirektor Hagemann, der dem Experiment als unbeteiligter Zuschauer in nichtamtlicher Eigenschaft beiwohnte, stellt der Vossischen Zeitung zufolge, fest, dass die Hypnose zu keinerlei Ergebnis geführt hat. Nach seiner Ansicht sind derartige Experimente weder zu Gunsten noch zu Ungunsten der Hypnotisierten zu verwerten. Er habe von jeher dieses letzte kriminalistische Hilfsmittel für unbedeutend gehalten und sich bei dem gestrigen Experiment wiederum von dessen Wertlosigkeit überzeugt.

Lippische Landeszeitung, Sonnabend, 7. Januar 1928, Nr. 6, 162. Jg.:

### **Neue Untersuchung gegen die Wirtschafterin Neumann**

Rechtsanwalt Dr. Sulz, der Verteidiger der Wirtschafterin Neumann des ermordeten Universitätsprofessors Rosen, die bekanntlich schon zweimal unter dem Verdacht des Doppelmordes lange Zeit in Untersuchungshaft war und dann wieder entlassen werden musste, hat von der Breslauer Staatsanwaltschaft die Mitteilung erhalten, dass die Voruntersuchung gegen die Wirtschafterin Neumann wieder aufgenommen worden sei.

Lippische Landeszeitung, Sonntag, 8. Januar 1928, Nr. 7, 162. Jg.:

### **Die Untersuchung gegen die Wirtschafterin Neumann**

Wie von amtlicher Seite mitgeteilt wird, ist die Breslauer Staatsanwaltschaft gegenüber den Zeitungsmeldungen, dass gegen die frühere Wirtschafterin Neumann des ermordeten Professors Rosen die Voruntersuchung erneut eingeleitet worden sei, der Ansicht, dass die Voruntersuchung bisher überhaupt noch nicht

eingestellt worden war. Tatsächlich sollen sich neuerdings wesentliche Momente ergeben haben, die für die Aufklärung des Mordes von größter Wichtigkeit erscheinen und die Neumann auch belasten. Da für den versetzten bisherigen Untersuchungsrichter noch kein neuer Richter ernannt wurde, ist damit zu rechnen, dass die Voruntersuchung erst in den nächsten Tagen wieder in das aktive Stadium gelenkt wird.

Lippische Landeszeitung, Mittwoch , 15. August 1928, Nr. 191, 162. Jg.:

#### **Ermittlungen der Berliner Kriminalpolizei im Mordprozess Rosen?**

Die langwierige Untersuchung wegen des Mordes an den Breslauer Universitätsprofessor Rosen ist in letzter Zeit durch das Eingreifen der Berliner Kriminalpolizei neu belebt worden. Die Berliner Polizeikommissare Trettin und v. Liebermann haben in Fühlungnahme mit der Breslauer Oberstaatsanwaltschaft Sonderermittlungen angestellt und in der Mordvilla nochmals Schallversuche vorgenommen. Die Akten über den Fall Rosen befinden sich gegenwärtig in Berlin beim preußischen Justizministerium.

Lippische Landeszeitung, Sonnabend , 1. Juni 1929, Nr. 123, 163. Jg.:

#### **Wiederverhaftung der Wirtschaftlerin Neumann**

Aus Breslau wird gemeldet: Aufgrund des gesamten Ermittlungsergebnisses in der Angelegenheit des Mordes an Professor Rosen, das zum größten Teil neue, den Verdacht gegen die Wirtschaftlerin des Ermordeten, Frau Neumann, erheblich verstärkte Tatsachen enthält, ist Frau Neumann erneut verhaftet worden. Ihre Verhaftung erfolgte in Berlin. Der Breslauer Untersuchungsrichter hat sich unverzüglich zur Vernehmung zu ihr begeben. Die Überführung der Angeschuldigten wird alsbald erfolgen.

Lippische Landeszeitung, Mittwoch, 5. Juni 1929, Nr. 127, 163. Jg.:

#### **Die verhaftete Neumann bleibt in Haft**

Zur Mordsache Rosen berichtet die Justizpressestelle in Breslau: Frau Neumann ist am Sonntag und Montag erneut vernommen worden. Sie befindet sich in Berlin und muss zunächst noch einige Zeit dort bleiben, da sie einigen auswärtigen Zeugen gegenübergestellt werden soll. Der Untersuchungsrichter Landgerichtsrat Dr. Otto ist zunächst aus Berlin wegen anderer dringend zu erledigender Geschäfte nach Breslau zurückgekehrt.

Lippische Landeszeitung, Freitag , 21. Juni 1929, Nr. 143, 163. Jg.:

#### **Lokaltermin in der Mordaffäre Rosen**

In der Mordsache Rosen fand gestern am Tatort in Bischofswalde bei Breslau ein Lokaltermin statt, zu dem auch die beiden Berliner Polizeikommissare Trettin und von Liebermann zugezogen waren. Es wurde nochmals eine eingehende örtliche Besichtigung vorgenommen, wobei mit der Angeschuldigten und den Zeugen die Vorgänge in der Mordnacht ausführlich besprochen wurden. Die Ermittlungen dauerten zwei Stunden.

Lippische Landeszeitung, Donnerstag , 19. September 1929, Nr. 220, 163. Jg.:

#### **Psychiatrisches Gutachten über Frau Neumann**

In der Strafsache Neumann (Ermordung des Professors Rosen) liegt das Gutachten des gerichtlichen Sachverständigen Prof. Reuter über den Geisteszustand der angeschuldigten Neumann vor, enthält aber noch keine endgültige Stellungnahme, sondern den Antrag, die Angeschuldigte zur Beobachtung in einer Irrenanstalt unterzubringen. Hierüber hat nunmehr nach Anhörung des Verteidigers die Strafkammer des Landgerichts zu beschließen. Die Beobachtungszeit kann bis zu 6 Wochen erstreckt werden.

Lippische Landeszeitung, Freitag , 11. Oktober 1929, Nr. 239, 163. Jg.:

### **Psychiatrische Untersuchung der Frau Neumann**

In der Strafsache gegen Frau Neumann hat die mit der Prüfung der Mordsache Rosen betraute Erste Strafkammer des Landgerichts die Unterbringung von Frau Neumann in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Bunzlau für die Dauer von sechs Monaten angeordnet, und zwar zum Zwecke der Untersuchung, ob die Voraussetzungen des § 51 des Strafgesetzbuches vorliegen. Die Untersuchung wird sich auf die gesamte geistige und körperliche Beschaffenheit der Beschuldigten zu erstrecken haben.

Lippische Landeszeitung, Dienstag , 15. Oktober 1929, Nr. 242, 163. Jg.:

### **Schuldbeweis gegen Frau Neumann**

#### **Erneute Verhaftung der Wirtschafterin des in Breslau ermordeten Prof. Rosen**

In der Mordaffäre Rosen ist durch die Aufklärungsarbeit zweier Berliner Kommissare die ehemalige Wirtschafterin des Professors Rosen, Frau Neumann, die in einer Irrenanstalt auf ihren Geisteszustand untersucht werden sollte, so schwer belastet worden, dass sie erneut verhaftet wurde.

Die Beamten hatten die Öffentlichkeit um Unterstützung appelliert und u.a. besonderes Gewicht auf Ermittlungen bezüglich eines Dietrichs gelegt, der nach dem Mordtage an der Kellertür der Villa des Professors Rosen aufgefunden wurde, und zwar zerbrochen. Anscheinend sollte durch diesen Dietrich der Versuch eines Einbruchs vorgetäuscht werden.

Daraufhin hat sich ein Waffenhändler gemeldet und angegeben, dass vor einigen Jahren eine ältere Frau in seiner Werkstatt erschienen sei und sich die Handhabung einer Pistole habe erklären lassen. Sie habe bei diesem Besuch außerdem einen Dietrich abrechen lassen, was natürlich aufgefallen sei. Da von dem Werkstätteninhaber angenommen wurde, dass später einmal dieser Dietrich eine besondere Rolle spielen könnte, so wurde an dem Bruchstück ein kleines Zeichen mit einer Feile angebracht. Dieses Zeichen ist tatsächlich an dem Dietrich, der in der Villa des Professors Rosen gefunden wurde, festgestellt worden.

Bei einer Gegenüberstellung Frau Neumanns mit dem Büchsenmacher und dessen Sozius, der damals auch zugegen war, erklärten diese, dass sie zwar angesichts des vierjährigen Zeitraums nicht beschwören könnten, dass die damalige Kundin und die Frau Neumann ein und dieselbe Person sei, aber nach ihrer Erinnerung liege bestimmt eine Personengleichheit vor. Frau Neumann bestreitet, in dem Geschäft der genannten Zeugen gewesen zu sein.

Lippische Landeszeitung, Donnerstag , 23. Januar 1930, Nr. 19, 164. Jg.:

### **Schlaganfall der Frau Neumann**

Die ärztliche Untersuchung der Frau Neumann in der Breslauer Heilanstalt für Nervenranke ist beendet. Frau Neumann sollte gestern wieder in das Untersuchungsgefängnis zurückgeführt werden, ist aber plötzlich erkrankt. Sie hat einen Schlaganfall erlitten, und ihr Zustand ist besorgniserregend. Der Oberstaatsanwalt hat die Aufhebung des Haftbefehls gegen Frau Neumann wegen Haftunfähigkeit beantragt.

Lippische Landeszeitung, Donnerstag, 19. Juni 1930, Nr. 141, 164. Jg.:

### **Frau Neumann außer Verfolgung gesetzt**

In der Strafsache gegen Magdalene Neumann in Breslau wegen Mordes ist der Antrag des Verteidigers, über den Geisteszustand der Angeklagten ein Obergutachten einzuholen, abgelehnt und die Beschwerde gegen diesen Beschluss von der Breslauer Strafkammer als unbegründet zurückgewiesen worden.

Ferner ist durch Beschluss der gleichen Kammer die Angeschuldigte gemäß dem Antrag der Staatsanwaltschaft außer Verfolgung gesetzt worden. Die aus dem Gutachten des Prof. Dr. Reuter sich ergebenden Bedenken gegen die Zurechnungsfähigkeit der Angeschuldigten im Zeitpunkt der Tat sind als so schwerwiegend erachtet worden, dass auch die etwa andersgeartete Stellungnahme eines Obergutachters nicht die Überzeugung von der strafrechtlichen Verantwortung der Neumann begründen könnte.

# Die ausgebliebene Revolution. Die lippische KPD und der Deutsche Oktober 1923

von Jürgen Hartmann

## Einleitung

Im Sommer 1924 wartete die *Lippische Landeszeitung* mit einem Bericht über Geschehnisse aus dem Herbst 1923 und den Folgemonaten im Freistaat Lippe auf, von denen sich die Öffentlichkeit – trotz zeitweiser Meldungen über Durchsuchungsaktionen und zahlreiche damit verbundene Festnahmen – bisher kein geschlossenes Bild machen konnte. Der Artikel behandelte die Beteiligung lippischer Kommunisten an den Vorbereitungen zu einer Revolution nach russischem Muster in Deutschland. Die *Landeszeitung* stellte fest:

„Wie wir von zuverlässiger Seite hören, sind in den letzten Tagen Verhaftungen von Personen erfolgt, die mit den November-Munitions-Diebstählen des vergangenen Jahres in Verbindung stehen. Die damaligen Vorgänge haben bekanntlich großes Aufsehen erregt und der kommunistische Abgeordnete Scholz hatte in den November-Besprechungen des Landtages die Stirn, die Diebstähle von Munition und die Vorbereitungen seiner Genossen für die bewaffnete Revolution abzuleugnen. Später sind alle diese Behauptungen ad absurdum geführt, und es ist erwiesen, dass die Kommunisten in Lippe ein Glied jener großen Verschwörung waren, die den Sturz der Verfassung und die Erreichung der kommunistischen Diktatur bezweckt. [...] Sämtliche Personen werden sich demnächst vor Gericht zu verantworten haben.“<sup>1</sup>

Erstmals wurde mit diesem Bericht ein von lippischen Kommunisten begangener Munitionsdiebstahl in Hagen bei Lage in den Zusammenhang mit Vorbereitungen der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) für einen gewaltsamen Umsturz gestellt. Doch bis auf eine weitere Notiz über eine neuerliche Durchsuchungsaktion in Bad Salzuflen vier Monate später erfuhr die Leserschaft nichts über weitere Erkenntnisse und Entwicklungen, weder über die angekündigten Gerichtsverfahren, noch über die tatsächlichen Zusammenhänge mit den Bestrebungen der KPD zur Errichtung eines kommunistischen Systems. Die Berichterstattung der *Lippischen Landeszeitung* wie der anderen Presse in Lippe insgesamt wirft tatsächlich nur ein schwaches Licht auf die Ereignisse des vorangegangenen dreiviertel Jahres in Lippe.

Das Jahr 1923 gilt Historikern als eines der härtesten Krisenjahre der Weimarer Republik. Separatistische Bestrebungen im Rheinland und in der Pfalz gehörten genauso dazu wie Gelegenheiten für Umsturzversuche von rechts wie links. Dazu zählen die Putschversuche der Schwarzen Reichswehr in Küstrin vom 1. Oktober 1923, von Adolf Hitler und den Nationalsozialisten in München am 9. November 1923 und die geplante Revolution durch die KPD, die das Deutsche Reich zu einem Sowjetstaat umbilden sollte und hier Thema ist.

Der als „Deutscher Oktober“ bezeichnete Revolutionsversuch war ein in enger Kooperation mit und weitestgehend unter Federführung der Kommunistischen Internationale (Komintern) und der Russischen Kommunistischen Partei (RKP(B)) vorbereitetes Unternehmen. Diese Vorbereitung beinhaltete den massiven Ausbau des klandestinen Militärischen Apparates (M-Apparat), der seit Beginn der 1920er Jahre innerhalb der KPD existierte. Die Anstrengungen der Parteileitung umfassten alle Gliederungen der Partei. Sie wurden auch nicht eingestellt, als die Revolution abgesagt wurde. Seit Öffnung der Archive der ehemaligen

---

<sup>1</sup> Lippische Landeszeitung (LZ) vom 3. Juli 1924.

DDR und UdSSR zu Beginn der 1990er Jahre haben Historiker zahlreiche neue Erkenntnisse gewonnen und veröffentlicht.<sup>2</sup> Auf regionaler und lokaler Ebene sind die Planungen, Geschehnisse und Nachwirkungen rund um diesen Revolutionsversuch bisher jedoch erst wenig aufgearbeitet.

Anhand der Aktenüberlieferung der lippischen Landesregierung, der lippischen Staatsanwaltschaft und der lippischen Gerichte im Landesarchiv in Detmold konnte sich der Verfasser bereits in den 1980er Jahren ein Bild der Ereignisse in der Region machen. Ein wesentlicher Aktenbestand jedoch, ein Ermittlungsverfahren des Oberreichsanwaltes gegen den illegalen M-Apparat der KPD im Bezirk Niedersachsen, zu dem Lippe und Bielefeld damals gehörten, und welcher die Verbindungen verdeutlichte, befand sich damals im Zentralen Staatsarchiv der DDR. Trotz verschiedener Anfragen blieb der Bestand für den Verfasser als „West-Historiker“ bis 1990 verschlossen und nicht einsehbar.<sup>3</sup> Anfang des Jahres 1992 sichtete der Verfasser die aufschlussreichen Ermittlungsakten schließlich in Potsdam. Weitere Erkenntnisse lieferte die fragmentarische Kaderakte eines wesentlichen Protagonisten aus Oerlinghausen bzw. Bielefeld beim Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale (EKKI) im Moskauer Komintern-Archiv.

Grundsätzlich ist festzuhalten, dass die Beteiligung lippischer Kommunisten an den Revolutionsvorbereitungen ungleich besser untersucht werden kann als die Vorbereitungen der lippischen NSDAP, die damals etwa 120 Mitglieder aufwies, für den Putschversuch Hitlers am 9. November 1923.<sup>4</sup>

Im Fokus des folgenden Beitrages stehen die lippische KPD, der Ausbau der militärischen Organisation und die Vorbereitungen zur beabsichtigten Revolution. Dabei werden im Kontext die Verbindungen der lippischen Gliederungen der Partei nach Bielefeld (Unterbezirk) und Hannover (Bezirk Niedersachsen) betrachtet. Diese Darstellung gestaltet sich mitunter lückenhaft. Schon die Ermittlungsbehörden standen damals vor dem Problem, den konspirativen Apparat immer nur stückweise aufrollen zu können. Zeugen machten aus Unkenntnis oder Absicht falsche und widersprüchliche Aussagen, interne Bezeichnungen und Decknamen führten zu weiteren Missverständnissen, codierte Dokumente blieben oftmals unentschlüsselt. Hinzu traten Reibungsverluste in der Zusammenarbeit der beteiligten Behörden.

Im Blickpunkt stehen auch die wesentlichen Protagonisten des illegalen Apparates im Bereich Bielefeld und Lippe: unter anderem der Leiter der KPD in Lippe bzw. des Arbeitsgebietes Lippe, der Landtagsabgeordnete Adolf Scholz (1890-1980) aus Lemgo, und der seit Mitte 1923 als Parteisekretär des Unterbezirk Bielefeld und zugleich als militärischer Leiter (M-Leiter) für Bielefeld und Lippe (Kampfgebiet „Wald“) tätige August Weisheit (1898-1985).<sup>5</sup>

---

<sup>2</sup> Allgemein zum „Deutschen Oktober“ siehe BERNHARD H. BAYERLEIN/LEONID G. BABICENKO/FRIDRICH J. FIRSOV/ALEXANDR JU. VATLIN (Hg.), *Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern*, Berlin 2003. OTTO WENZEL, 1923. Die gescheiterte deutsche Oktoberrevolution, Münster 2003.

<sup>3</sup> Zentrales Staatsarchiv der DDR an den Verfasser, 9. Februar und 29. März 1989. In letzterem Schreiben hieß es, dass der Bestand „gegenwärtig ohne zeitliche Begrenzung für keinerlei Benutzungs- und Auskunftstätigkeit zur Verfügung steht“. Die Genehmigung zur Einsichtnahme erfolgte dann mit Schreiben (nun: Bundesarchiv Abt. Potsdam) vom 1. November 1990.

<sup>4</sup> Auch für letztere gibt es vereinzelt Hinweise in der zeitgenössischen Berichterstattung. Die Ermittlungsakten der lippischen Behörden (z.B. die Akten des Amtsgerichtes Detmold unter dem Zeichen D 35/24), die im Anschluss an Haussuchungen angelegt worden waren, wurden nach der „Machtübernahme“ 1933 „gefleddert“. Das beschlagnahmte Material ging in Teilen an Erinnerungsjäger oder auf Wunsch zurück an die Eigentümer, das waren frühe Parteigenossen wie Karl Linnemann (Leopoldstal) oder Leonhard Holzmann (Lage). Ein Rest verblieb in der Zeitgeschichtlichen Sammlung des Landesarchivdirektors Dr. Eduard Wiegand. Aus diesem Material wurden die seit 1934 jährlich um den 15. Januar herum stattfindenden Erinnerungsausstellungen zur lippischen Landtagswahl von 1933 bestückt wie auch Bescheinigungen für alte „Lippe-Kämpfer“ ausgestellt. Die Zeitgeschichtliche Sammlung ist – soweit erhalten – in den Bestand L 113 im Landesarchiv in Detmold integriert worden und steht für die Nutzung zur Verfügung. Vgl. Karl Linnemann an Landesregierung, 16. Juli 1933, in: LAV NRW OWL, L 80 IeP Nr. 25 Bd. 2; sowie Schriftwechsel zwischen Leonhard Holzmann und der NSDAP-Kreisleitung Detmold, April 1936, in: LAV NRW OWL, L 113 Nr. 475.

<sup>5</sup> Zu den beiden Personen s. HERMANN WEBER/ANDREAS HERBST, *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*. 2. überarbeitete und stark erweiterte Auflage, Berlin 2008, 822, 1008.

## Die KPD zu Beginn des Jahres 1923

Durch die Vereinigung des großen linken Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei (USPD), der immerhin rund 350.000 Mitglieder umfasste, mit der KPD, die damals gerade 80.000 Mitglieder aufwies, war die daraus entstandene Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD) Ende 1920 tatsächlich zu einer Massenpartei geworden. Im März 1921 hatte sie mit dem Mitteldeutschen Aufstand das erste Mal nach dem November 1918 die Machtfrage in Deutschland gestellt. Nach dessen Scheitern machte sich innerhalb der Partei eine große Resignation breit, viele Mitglieder verließen die Partei. Im September 1922 besaßen rund 225.000 Menschen ein Parteibuch, in den folgenden zwölf Monaten sollten etwa 70.000 dazu kommen. Die Partei stellte sich in jenem Zeitraum als eine durch sehr gegensätzliche Strömungen gezeichnete Organisation dar, fortwährend gab es Spannungen zwischen der Führung und Oppositionellen. 1923 war für die KPD zugleich das Jahr, in welchem sie zunehmend in die Abhängigkeit von der RKP(B) und von der von den russischen Kommunisten dominierten Komintern geriet.

In Lippe existierte erst seit dem September 1920 mit Detmold eine kommunistische Ortsgruppe.<sup>6</sup> Die Partei ist auch im Freistaat im Wesentlichen aus der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) hervorgegangen. Bei der Spaltung der USPD und Vereinigung des linken Flügels mit der KPD Ende 1920 bildete sich ein Unterbezirk Lippe der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD).<sup>7</sup> Vorsitzender wurde der bisherige Leiter des USPD-Unterbezirkes, der Lemgoer Holzbildhauer Adolf Scholz, der die Partei dann von 1921 bis 1933 auch im Lippischen Landtag vertrat. Scholz wies später darauf hin, dass ein Großteil der lippischen USPD in die KPD „überführt“ werden konnte.<sup>8</sup> Leider sind keine Zahlen vorhanden. Dass ein nicht geringer Teil der Mitglieder die Partei in Folge der Märzaktion 1921 verlassen hatte, belegt der dürftige Mitgliederstand von Mitte 1921. Ausweislich eines Rundschreibens des VKPD-Bezirks Östliches Westfalen und Lippe gab es fünf Ortsgruppen der Partei im Freistaat: Detmold, Bad Salzuflen, Lage, Oerlinghausen und Pivitsheide mit insgesamt 76 Mitgliedern. Hier ist Lemgo als sechste Ortsgruppe hinzuzuziehen, so dass die Gesamtzahl vielleicht bei 100 bis 120 Anhängern lag.<sup>9</sup> Mit der Auflösung der Rest-USPD und der wachsenden Popularität der Partei scheinen die Mitgliederzahlen 1922 gestiegen zu sein, maximal ist allerdings von einer Verdoppelung auszugehen.

Wie sehr das Krisenjahr 1923 und die allgemeine politische Radikalisierung zu einem Anstieg der Anhängerschaft beitrugen, verdeutlichen die Angaben, die aus beschlagnahmten Papieren hervorgehen. Die Zahlen stammen aus dem Sommer oder Herbst 1923. Demnach bestanden in Lippe 13 Ortsgruppen, zu zehn von ihnen liegen Angaben über den Mitgliederstand vor: Detmold (75), Lemgo (60), Blomberg (29), Barntrop (27), Salzuflen (40), Schötmar (42), Horn mit Bad Meinberg und Belle (47), Lage (100), Oerlinghausen (50), Pivitsheide (keine Angaben), Pottenhausen (keine Angaben), Knetterheide (18) und Bösingfeld (keine Angaben). Insgesamt dürfte es sich um maximal 550 Parteimitglieder gehandelt haben.<sup>10</sup>

---

<sup>6</sup> Vgl. JÜRGEN HARTMANN, Zur Geschichte der KPD und des kommunistischen Widerstandes in Lippe 1920-1945, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde, 62 (1993), 198-253. DERS., Die KPD in Detmold, in: HERMANN NIEBUHR/ANDREAS RUPPERT (Hg.): Nationalsozialismus in Detmold. Detmold 1998, 645-659.

<sup>7</sup> Die Verschmelzung im Bezirk Bielefeld wurde auf einer Tagung am 28. November 1920 beschlossen. Von der USPD waren 525 Mitglieder, von der KPD 80 anwesend. Insgesamt umfasste der Bezirk der neuen VKPD nach Ansicht der Polizei rund 900 Mitglieder. Bezirksleiter war Eduard Gaus, Parteisekretär war Ulrich Rogg. Vgl. Bericht der Polizeiverwaltung Bielefeld, 12. Januar 1921, in: LAV NRW OWL, M 4 Nr. 538.

<sup>8</sup> Vgl. Lebenslauf von Adolf Scholz für das Institut für Marxismus/Leninismus beim ZK der SED, 7. Januar 1970, in: Bundesarchiv Berlin, SgY 430/1383.

<sup>9</sup> HARTMANN 1993, 203.

<sup>10</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 8. Die Unterlagen wurden vermutlich bei einer Haussuchung in Hildesheim am 14. Oktober 1923 sichergestellt.

Die KPD in Lippe gehörte in dieser Zeit als Arbeitsgebiet (AG) zum Unterbezirk Bielefeld, dieser wiederum zum Bezirk Niedersachsen mit Leitung in Hannover. Erst später gelangte der Unterbezirk Bielefeld zum Bezirk Ruhrgebiet und erst Ende 1932 wurde Lippe ein eigenständiger Unterbezirk. Politischer Leiter (Polleiter) des AG Lippe war Adolf Scholz. Polleiter des Unterbezirks Bielefeld war zu Jahresbeginn 1923 Eduard Gaus (1888-1945)<sup>11</sup>, der aus der USPD kam, Parteisekretär war Robert Neddermeyer (1887-1965).<sup>12</sup> Neddermeyer arbeitete seit Mitte Januar 1922 auf dem Büro in der Webereistraße in Bielefeld.<sup>13</sup> Neben Bielefeld und Lippe gehörten noch Herford, Minden, Paderborn, Gütersloh und Bünde zum Unterbezirk. Die Bezirksleitung in Hannover hatte Adolf Ende (Parteinamen: Lex Ende, Lex Breuer), Chefredakteur der *Niedersächsischen Arbeiterzeitung* (NAZ), inne.

Robert Neddermeyer hatte wie die anderen niedersächsischen Parteisekretäre unter anderem die Aufgabe, die Lokalseite der von der Bezirksleitung in Hannover herausgegebenen NAZ zu füllen und in den Versammlungen der Ortsgruppen aufzutreten. Als hauptamtlicher Sekretär erhielt er ein Gehalt, dessen Zahlung aufgrund der galoppierenden Inflation monatlich in jeder Unterbezirkssitzung neu festgesetzt wurde.<sup>14</sup>

Innerhalb der Gesamtpartei galt der Bezirk Hannover in besonderer Weise als „ultralinks“. Ähnlich verhielt es sich offensichtlich mit Teilen des Unterbezirks Bielefeld. Wie sich die innerparteiliche Situation im Arbeitsgebiet Lippe darstellte, lässt sich leider nicht zu ermitteln.

### **Das Krisenjahr 1923 (Januar bis August)**

Die junge Weimarer Republik hatte bereits Umsturzversuche wie den Kapp-Putsch im März 1920 oder den Mitteldeutschen Aufstand im März 1921 überstanden. Außen- wie innenpolitisch aber spitzte sich die Situation um die Jahreswende 1922/23 extrem zu. Da Deutschland den im Versailler Vertrag vereinbarten Reparationsleistungen nicht nachkommen konnte, besetzten am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen das Ruhrgebiet. Die Besetzung führte in der Folge zu zahlreichen Aktionen passiven Widerstandes, zu Massendemonstrationen, aber auch zu Sabotageakten und Anschlägen sowie zu harten Gegenreaktionen von Seiten der Besatzer. Außerdem verschlechterte sich durch die einsetzende galoppierende Inflation die politische, wirtschaftliche und soziale Situation in dramatischer Weise.

Der von der Reichsregierung im Anschluss an die Ruhrbesetzung ausgerufenen passiven Widerstand ließ den Wert der Reichsmark in schwindelerregendem Tempo schwinden.<sup>15</sup> Einher vollzog sich eine extreme Radikalisierung des politischen Raumes. Das betraf neben der KPD in besonderem Maße auch die Rechte. Nationalistische Versammlungen und Kundgebungen wie der DNVP, des Jungdeutschen Ordens oder des Stahlhelms hatten regen Zulauf. In zahlreichen Veranstaltungen der Parteien wurde gegen die Ruhrbesetzung mobil gemacht. Waren es anfangs mitunter noch blockübergreifende Kundgebungen, wie in Detmold am 14. Januar, wo DNVP, DVP, Zentrum, DDP und ADGB gemeinsam als Veranstalter auftraten<sup>16</sup>, waren

---

<sup>11</sup> Vermutlich im Sommer 1923 wurde Gaus durch Wilhelm Kötter abgelöst, der zuvor in der Leitung der Bielefelder Ortsgruppe aktiv war. Gaus wurde 1933/34 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu einem Jahr und sechs Monaten Zuchthaus verurteilt. Am 21. März 1945 verstarb er als Häftling des Zuchthaus Werl an „Unterernährung“.

<sup>12</sup> Zu Neddermeyer s. WEBER/HERBST 2008, 629.

<sup>13</sup> ROBERT NEDDERMEYER, Es begann in Hamburg ... Ein deutscher Kommunist erzählt aus seinem Leben, Berlin (DDR) 1980, 108 ff. Neddermeyer hatte das Amt von Ulrich Rogg (1888-1934) übernommen. Zu Rogg s. WEBER/HERBST 2008, 740.

<sup>14</sup> NEDDERMEYER 1980, 112.

<sup>15</sup> Der Wert des US-Dollars lag am 18. Januar bei 23.000 RM, am 13. Juni bei 100.000 RM, am 30. Juli über 1 Million RM, am 7. September bei 53 Mio. RM, am 17. September bei 200 Mio. RM, am 10. Oktober bei 2,9 Milliarden RM, am 19. Oktober bei 12 Milliarden RM und am 9. November 1923 bei 631 Milliarden RM.

<sup>16</sup> LZ vom 13. Januar 1923 (Aufruf).

es anschließend vor allem die rechten Kräfte wie die Deutsche Volksgemeinschaft, ein Zusammenschluss weitestgehend völkischer Verbände, die sich gegen „Okkupanten“ und Versailler Vertrag unter martialischen Parolen wie „Lasst uns zu Stahl werden“ versammelten.<sup>17</sup> Gleichzeitig wuchs die Mitgliedschaft der radikalen Parteien und Verbände. Die Zahl der KPD-Anhänger im Unterbezirk Bielefeld soll von 800 auf mehr als 3.000 im Juli 1923 gestiegen sein.<sup>18</sup> In Lippe verfügte allein der paramilitärische völkische Cheruskerbund zur gleichen Zeit über immerhin rund 1.100 Mitglieder.

In einzelnen Ländern erfolgten zeitweise Partei- und Verbandsverbote. Ende März 1923 verbot Preußens Innenminister Carl Severing (SPD) die Deutschvölkische Freiheitspartei (DVFP), von deren Seite er einen Putschversuch befürchtete.<sup>19</sup> Mitte Mai folgte in Preußen und zahlreichen anderen Ländern, allerdings nicht in Lippe, das Verbot der von der KPD initiierten Proletarischen Hundertschaften, die an anderer Stelle noch genauer betrachtet werden.

Ende Juli untersagte Lippes Landespolizeidirektor Max Heise öffentliche Veranstaltungen zu politischen und wirtschaftlichen Themen bis auf Weiteres.<sup>20</sup> Der Grund dafür waren die zunehmend von gewaltsamen Ausschreitungen geprägten Demonstrationen in allen Teilen des Reiches. Zwei Wochen zuvor war eine Großdemonstration der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) in München von der Polizei aufgelöst worden. Seit Juni war die Partei auch in Lippe mit einer Ortsgruppe vertreten. Maßgeblich aus den Reihen der Studentenschaft des Technikums hatte diese sich in Lage gebildet.<sup>21</sup>

Zahlreiche kleinere und größere Streikwellen durchzogen das Land. Ende Mai streikten hunderttausende Bergarbeiter im besetzten Ruhrgebiet über neun Tage hinweg für 50 Prozent mehr Lohn. Im August mahnte das lippische Landespräsidium die Bevölkerung trotz drohender Gefährdung der Lebensmittelversorgung und angesichts der steigenden Inflation und des einhergehenden Devisenmangels zur Ruhe und sah sich genötigt, Notgeld auszugeben.<sup>22</sup> Zu verhindern aber waren Kundgebungen gegen „Mangel und Teuerung“ damit nicht. Ein wilder Streik, der am 10. August in Detmold stattfand und offenbar von der KPD unterstützt worden war, wurde vom lippischen Gewerkschaftskartell scharf verurteilt. Mehr noch fasste das Leitungsgremium die Entschließung, dass Streiks nur nach Genehmigung und unter Führung der Gewerkschaften zugelassen seien.<sup>23</sup> In Detmold bildete sich anschließend eine kommunistische Betriebsräte-Zentrale, um das Gewerkschaftskartell zu unterlaufen.<sup>24</sup> Auch die Arbeitgeber in der Industrie waren in weiten Teilen von der Krisenstimmung erfasst.<sup>25</sup>

## **Die KPD und die Vorbereitungen für die „revolutionäre Situation“**

Die Lage förderte vor allem in Moskau ernste Hoffnungen auf eine „revolutionäre Situation“. Die Komintern, die unter dem allgewaltigen Einfluss der RKP(B) stand, wies Deutschland eine Schlüsselrolle in der zukünftigen Weltrevolution zu. Der Vierte Komintern-Kongress stellte im Dezember 1922 fest: „Bei dem

---

<sup>17</sup> LZ vom 18. Januar und 4. April 1923.

<sup>18</sup> NEDDERMEYER 1980, 119.

<sup>19</sup> LZ vom 25. März 1923.

<sup>20</sup> LZ vom 28. Juli 1923.

<sup>21</sup> Dieses geschah im Anschluss an eine Schlageter-Gedächtnisfeier am 21. Juni. Vgl. Lippische Volkszeitung (LVZ) vom 22. Juni 1923. Dazu auch JÜRGEN HARTMANN, Völkische Bewegung und Nationalsozialismus in Lippe bis 1925. Ein Beitrag zur Entstehung und Frühzeit der NSDAP, in: Lippische Mitteilungen aus Geschichte und Landeskunde, 60 (1991), 149-198.

<sup>22</sup> LZ vom 10. und 11. August 1923. Im Spätsommer und Herbst kam es zur Plünderung von Kartoffelfeldern. Zu einem solchen Fall in Wüsten vgl. Lippischer Allgemeiner Anzeiger (LAA) vom 27. Oktober 1923.

<sup>23</sup> LZ vom 19. August 1923.

<sup>24</sup> LZ vom 18. September 1923.

<sup>25</sup> LZ vom 23. August 1923.

bestehenden unsicheren Gleichgewicht der bürgerlichen Gesellschaft kann in Verbindung mit einem mächtigen Streik, einem kolonialen Aufstand, einem neuen Krieg oder sogar mit einer Parlamentskrise eine scharfe Krise entstehen.<sup>26</sup> Tatsächlich konnten Komintern, RKP(B) und KPD vor allem seit der Besetzung des Ruhrgebietes im Januar 1923 auf eine sich permanent verschärfende Situation blicken.

In der Hoffnung auf eine revolutionäre Situation und im Hinblick auf eine mögliche Auseinandersetzung mit rechtsextremistischen Kräften oder gar einen Bürgerkrieg stellte die Partei zu Jahresbeginn 1923 organisatorische Weichen. Auf dem 8. Parteitag der KPD in Leipzig (28. Januar bis 1. Februar 1923) wurden die Mitglieder auf die Vorbereitung zum „Massenkampf zum Schutz der sozialen und politischen Rechte der Arbeiter“ und auf die Schaffung einer Arbeiterregierung als Übergangsetappe zur „Diktatur des Proletariats“ eingeschworen. In den folgenden Wochen und Monaten war die KPD bemüht, überall in Deutschland Einheitsfrontorgane, Betriebs- und Arbeitslosenkomitees und sogenannte Proletarische Hundertschaften zu bilden.<sup>27</sup> Dafür hoffte man Anhänger der Gewerkschaften und vorwiegend des linken Flügels der Sozialdemokratie zu gewinnen. Die SPD in ihrer Mehrheit stand der KPD mit Skepsis gegenüber. Reichspräsident Friedrich Ebert und die überwiegende Zahl der Vertreter in den Landesregierungen hatten keinerlei Interesse an einer wie auch immer gearteten Zusammenarbeit mit den republikfeindlichen Kommunisten. Besonders der preußische Innenminister Carl Severing bekämpfte die KPD. Dennoch gab es regional Fälle von Annäherung und Zusammenarbeit. Dieses war vor allem in Sachsen und Thüringen der Fall, wo sich linke sozialdemokratische Landesregierungen auf Stimmen der KPD stützten. In Lippe zeigte sich die Parteilinie eindeutig: Keine Zusammenarbeit mit den Kommunisten. Nur in seltenen Fällen wurde vor Ort davon abgewichen.

Ein Beschluss des Politbüros der KPD vom 27. Februar 1923 präziserte die Umsetzung der „Vorbereitung zum Massenkampf“. Von Bezirksebene abwärts sollte ein sogenannter Ordner- bzw. Ordnungsdienst (OD) aufgebaut werden. Dieser OD, von Historikern als „eine Art Offizierkorps“ betrachtet, bildete den Kern und die Grundstruktur des nun entstehenden Apparates.<sup>28</sup> Er sollte vorerst defensive Aufgaben wie den Schutz von kommunistischen Versammlungen oder Büros übernehmen, schließlich oblag ihm die Rekrutierung bewaffneter Einheiten, der Proletarischen Hundertschaften. Später kam die Ausbildung von militärischen Führungskadern und Partisanengruppen hinzu. Anders als die Hundertschaften durfte der OD ausschließlich aus Parteimitgliedern bestehen.<sup>29</sup> Aufgaben des Apparates waren auch die Waffen-, Munitions- und Sprengstoffbeschaffung. Dazu gehörten ebenfalls die Rekrutierung geheimer Kuriere und die Beschaffung sicherer Wohnungen. Parallel galt es, diese Maßnahmen durch spezielle Gruppen (Abwehr, Nachrichtendienst) gegen Einblicke des Gegners zu schützen, den Gegner selbst zu beobachten und möglichst zu zersetzen.

Die Proletarischen Hundertschaften waren fester Bestandteil des M-Apparates und im Idealfall von Aktionsausschüssen der KPD, SPD und Gewerkschaften gemeinsam gebildete Einheiten, faktisch waren sie aber im Wesentlichen von Kommunisten organisiert. Ende Mai gab es davon 337, im Juli 730 und Ende Oktober 1.331 in Deutschland.<sup>30</sup> Anfangs eher Wehrverband war ihnen in den späteren Planungen die entscheidende Rolle als Revolutionsarmee zugeacht.

---

<sup>26</sup> FRIDRICH I. FIRSOV, Ein Oktober, der nicht stattfand. Die revolutionären Pläne der RKP(B) und der Komintern, in: BAYERLEIN/BABICENKO/FIRSOV/VATLIN 2003, 35-58, hier: 38.

<sup>27</sup> FIRSOV 2003, 38.

<sup>28</sup> HERMANN WEBER/YAKOV DRABKIN/BERNHARD H. BAYERLEIN (Hg.), Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 2: Dokumente (1918–1943). Nach der Archivrevolution: Neuerschlossene Quellen zu der Geschichte der KPD und den deutsch-russischen Beziehungen, Berlin 2015, 279, 294.

<sup>29</sup> EBD.; BERND KAUFMANN/ECKHARD REISENER/DIETER SCHWIPS/HENRI WALTHER, Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993, 74.

<sup>30</sup> WEBER/DRABKIN/BAYERLEIN 2015, 251, 294 f. KAUFMANN/REISENER/SCHWIPS/WALTHER 1993, 74, 80.

Die KPD im Unterbezirk Bielefeld war emsig bemüht, die Vorgaben umzusetzen. Die Umsetzung des OD im Unterbezirk oblag offenbar dem Parteisekretär Robert Neddermeyer, der dazu die Leiter der Arbeitsgebiete instruierte. Aus Ermittlungsakten des Oberstaatsanwaltes in Detmold und des Oberreichsanwaltes in Leipzig lassen sich die Aktivitäten der KPD in Lippe folgendermaßen rekonstruieren: Im Laufe des Frühjahrs 1923 war die Partei im Arbeitsgebiet Lippe unter Adolf Scholz und seinem „Adjutanten“ Nolting, der die Rolle des M-Leiters für Lippe inne hatte, daran gegangen, über die einzelnen Ortsgruppen Proletarische Hundertschaften zu bilden. Wie Dammerau, der zweite Vorsitzende der Lemgoer Ortsgruppe, später angab, gab es dazu einen Befehl von Scholz. Als Zweck habe dieser angegeben, dieses diene dem Schutz der Arbeiter gegen „faschistische Umtriebe“, aber auch der Erfüllung des „kommunistischen Ideals“.<sup>31</sup> Nachweislich kam es zur Bildung von Hundertschaften in Lemgo (Leiter: Adolf Scholz, M-Leiter: Ahrend und Höltke), in Aspe-Knetterheide (Leiter: Dahne), in Barntrup (Leiter: Hermann Frische), in Lage (Leiter: Karl Römer), in Pivitsheide (Leiter: Wilhelm Vehmeier), in Oerlinghausen (Leiter: Richard Reuter) und in Pottenhausen (Leiter: Blöbaum). Lemgo galt mit vier Zügen je 20 Mann als weitaus größte. Nicht alle, aber die weitaus meisten Mitglieder gehörten der KPD an. Die M-Leiter der Lemgoer Hundertschaft verfügten über Fronterfahrung, waren aber angeblich parteilos.<sup>32</sup> Aus beschlagnahmtem Material ergibt sich, dass spätestens im Frühherbst des Jahres auch für Detmold eine Proletarische Hundertschaft mit 70 Mann bestand.<sup>33</sup>

Die Versuche der KPD, Sozialdemokraten und Gewerkschafter in Lippe in diese Form eines Wehrverbandes einzubeziehen, waren offensichtlich von wenig Erfolg gekrönt. Hinweise darauf, dass sich Sozialdemokraten in größerem Maße beteiligten, existieren nicht. Das lippische SPD-Organ *Volksblatt* warnte im Mai 1923 vielmehr vor kommunistischer Bauernfängerei:

„Dass sich ausgerechnet die Kommunisten in der Weise bemühen, sollte die [sic] übrige Arbeiterschaft zu denken geben, denn gerade diese Herrschaften sind doch ausgesprochene Gegner unserer Staatsform, die zu beschützen sie die unberufensten Geister sind. Aber auch für den Selbst- und Versammlungsschutz brauchen wir keine von den Kommunisten aufgestellten Hundertschaften, denn wir Sozialdemokraten haben gerade in der letzten Zeit und vielerorts im Lande die Erfahrung machen müssen, dass wir hier einen Schutz in erster Linie bedürfen gegen kommunistische Lügenbeuteleien. Haben wir doch erst vor wenigen Tagen in Schötmar die Erfahrung machen müssen, dass dort ein kommunistischer ‚Weisheits‘-Redner das Blaue vom Himmel herunterschwindelte. [...] Zur Abwehr faschistischer Reaktionsbanden glaubt sich die Sozialdemokratie allein stark genug.“<sup>34</sup>

Unterstrichen wurde diese Warnung mit dem Hinweis, dass der preußische Innenminister Carl Severing erst wenige Tage zuvor die Proletarischen Hundertschaft in seinem Land verboten habe: „Jedenfalls würde sehr wohl auch für Lippe ein gleiches Verbot folgen, wenn hier Experimente nach kommunistischem Willen vorgenommen würden.“

Die Haltung der Sozialdemokraten wurde später auch von der Oerlinghauser KPD in einer Meldung beklagt: „Eine gemeinsame Hundertschaft konnte bisher in Folge des Widerstandes der SPD nicht aufgestellt

---

<sup>31</sup> Bericht des Oberstaatsanwaltes in Detmold an Landespräsidium, 7. April 1924, in: LAV NRW OWL, L 10 Nr. 536. Nolting dagegen bestritt – wie einige andere Angehörige der Hundertschaften – vehement eine geplante Verwendung der Hundertschaften und der gestohlenen Munition für eine Revolution.

<sup>32</sup> Ebd.

<sup>33</sup> Bundesarchiv Berlin, R 30.03, 13 J 137/24, Bd. 8.

<sup>34</sup> *Volksblatt* vom 16. Mai 1923. Mit dem ‚Weisheits‘-Redner ist sicherlich der Oerlinghauser KPD-Wanderredner August Weisheit gemeint.

werden.<sup>35</sup> Im Oktober lehnte die SPD in Schötmar ein neuerliches Angebot zur gemeinsamen Bildung eines Aktionsausschusses und einer Hundertschaft ab.<sup>36</sup> Anders als in Preußen, wo Innenminister Carl Severing Mitte Mai ein Verbot der Hundertschaften ausgesprochen hatte, konnten die lippischen Ableger vorerst unbeeinträchtigt weiter existieren.

Erfolgreich eingerichtet worden war in Lippe überdies ein Kurierdienst. Wie es allerdings mit der Vorhaltung konspirativer Wohnungen, mit Tarnadressen oder auch mit nachrichtendienstlicher Tätigkeit aussah, lässt sich nicht mehr feststellen.

Unabhängig von diesen Entscheidungen war die KPD zu dieser Zeit von Richtungskämpfen und Spannungen zwischen Führung und Opposition beeinträchtigt, die auch ein „Schlichtungstreffen“ mit einer Resolution zur „Liquidation der Parteidifferenzen“ im Mai bei der Komintern in Moskau nur vordergründig beilegen konnte. Welche Auswüchse die Diskussionen um den richtigen Weg zeitigten, belegen die Debatten um ein mögliches Zusammengehen mit Rechtsradikalen unter dem Schlagwort des „Nationalbolschewismus“, die von Juli bis September geführt wurden.

Die Agitation der Partei auf der Straße nahm indes stetig zu. Am 12. Juli rief der KPD-Vorsitzende Heinrich Brandler zu einem „antifaschistischen Demonstrations- und Kampftag“ am 29. Juli auf. In seinem Aufruf verlangte er den Einsatz „roten Terrors“ gegen „faschistischen Terror“, die Bildung einer Arbeiterregierung und schlagkräftiger Abwehrorganisationen. Der „antifaschistische Tag“ wurde wie in Lippe von vielen Landesregierungen verboten, da es wenige Tage zuvor in Frankfurt am Main zu Übergriffen von Kommunisten auf eine SPD-Demonstration gekommen war, bei denen ein Staatsanwalt getötet wurde. Auf dem Kesselbrink in Bielefeld trieb die Polizei eine kommunistische Demonstration mit mehreren Tausend Teilnehmern auseinander.<sup>37</sup>

Zur gleichen Zeit erschütterte eine erneute Streikwelle Deutschland, die Mitte August in Berlin einen besonderen Höhepunkt erlebte. Hier riefen die Betriebsräte den Generalstreik für die Hauptstadt aus mit der Folge, dass der Reichspräsident eine Ausnahmeverordnung erließ, die das Verbot von Zeitungen erlaubte. Einem darauf vom kommunistisch dominierten Fünfezner-Ausschuss der Betriebsräte am 12. August ausgerufenen Generalstreik schlossen sich dreieinhalb Millionen Arbeiter an. Reichskanzler Wilhelm Cuno trat zurück, auch weil er die parlamentarische Unterstützung für seine Politik und sein Festhalten am passiven Widerstand verloren hatte. Als neuer Reichskanzler bildete nun Gustav Stresemann eine Große Koalition aus DVP, DDP, Zentrum und SPD. Innerhalb der Sozialdemokratie führte die heftig umstrittene Regierungsbeteiligung zu vielen Diskussionen, besonders zu großem Unmut an der Basis. Es gab Parteiübertritte zur KPD und in mehreren Landesteilen eine enge Zusammenarbeit auf lokaler Ebene.

Trotz des neuen Kabinetts unter Reichskanzler Gustav Stresemann, der Einstellung des passiven Widerstandes im Ruhrgebiet und der Wiederaufnahme der Reparationszahlungen stabilisierte sich die politische Situation in Deutschland nicht. Die Unruhen ebten nicht ab. Auch in Lippe spitzte sich die Lage zu. Am 23. August befasste sich der Landtag mit der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Der KPD-Abgeordnete Scholz forderte die Aufstellung von Sicherheitswehren in den Betrieben. Dieses war ein von vornherein zum Scheitern verurteilter Versuch, die Arbeiterschaft zu bewaffnen. Er sollte eher dazu dienen, einen Keil zwischen sozialdemokratische Basis und ihre Führung im Land zu treiben. Wie die anderen Abgeordneten

---

<sup>35</sup> Bundesarchiv Berlin, R 30.03, 13 J 137/24, Bd. 8.

<sup>36</sup> Volksblatt vom 18. Oktober 1923.

<sup>37</sup> NEDDERMEYER 1980, 119.

trat Landespräsident Heinrich Drake (SPD) diesem Ansinnen entgegen und betonte nachdrücklich, dass einzig die Polizei legitime Waffenträgerin sei.<sup>38</sup>

## Die Entscheidung zur Revolution und die Umsetzung (August bis Oktober)

Bis in den Sommer hinein war von einer Revolution in Deutschland in den Gremien der KPD wie auch der Komintern noch keine Rede gewesen.<sup>39</sup> Am 31. Juli schrieb der Komintern-Vorsitzende Grigori Sinowjew an Josef Stalin, den Generalsekretär des Zentralkomitees der RKP (b): „Die Krise in Deutschland reift sehr schnell voran“.<sup>40</sup> Im Laufe des August wandelte sich die Haltung der Komintern. Sinowjew drängte die deutschen Kommunisten zu entschlosseneren Handlungen und bekniete den skeptischen Stalin, die Genossen in Deutschland mit Waffen, Geld und Militärberatern zu versorgen. Mit dem Rücktritt von Reichskanzler Cuno fielen schließlich in Moskau die Vorbehalte.

Am 23. August 1923 sah das Politbüro der RKP(B) die Zeit für einen Aufstand in Deutschland gekommen. Dieser müsse nun konkret vorbereitet werden. In den nächsten Wochen sollte deshalb ein Aktionsplan für die deutsche Oktoberrevolution entwickelt werden. Anfangs zeigte sich Heinrich Brandler, der Vorsitzende der KPD, wenig optimistisch. Er vertrat die Auffassung, dass die Partei zur Vorbereitung noch sechs bis acht Monate benötige. Anders als Brandler zeigte sich die Parteilinke zum sofortigen Losschlagen bereit. Von Moskau aus wurden dem Zentralkomitee der KPD 400.000 US-Dollar für den Ausbau des Apparates und den Ankauf von Waffen zur Verfügung gestellt, außerdem wurden illegal Militärexperten entsandt.<sup>41</sup>

Brandler nahm eine indifferente Haltung ein, widersprach aber den realitätsfernen Einschätzungen von Komintern und RKP(B) nicht. Am 21. September 1923, zu Beginn einer mehrtägigen geheimen Konferenz in Moskau, erklärte er, aus den Proletarischen Hundertschaften ließen sich innerhalb von sechs bis acht Wochen 15 Divisionen bilden, auch gebe es genügend Waffen. Diese Aussagen relativierte er wenige Tage später. Die KPD verfüge zwar über 250.000 Mann, aber diese seien vorwiegend unbewaffnet. Die Entscheidung für eine Revolution in Deutschland war jedoch gefallen.<sup>42</sup>

Hermann Weber geht davon aus, dass die KPD im Sommer 1923 über eine breit gewachsene Basis verfügte, da es ihr gelungen sei, „zeitweise die Mehrheit der sozialistisch orientierten Arbeiter auf ihre Seite zu ziehen“.<sup>43</sup> Ob dieses letztlich jedoch auch die Bereitschaft zum bewaffneten Kampf auf den Barrikaden einschloss, muss durchaus in Frage gestellt werden.

Der September war von Machtdemonstrationen von rechts wie links gekennzeichnet. Zum Deutschen Tag in Nürnberg am 1. und 2. September mobilisierte die NSDAP 130.000 Menschen. Nachdem Preußen bereits tätig geworden war, erfolgte das Verbot der NSDAP in Lippe.<sup>44</sup> In Detmold fand am 6. September vor dem Rathaus eine große Veranstaltung der KPD mit dem Bielefelder Polleiter Wilhelm Kötter statt.<sup>45</sup> Im zeitlichen Umfeld eines Deutschen Tages in Bayreuth am 30. September kam es in Lippe zu rechtsextremistischen Aktionen. In Lage, wo sich im Sommer eine Ortsgruppe der NSDAP gegründet hatte, wurde in der

---

<sup>38</sup> LZ vom 24. August 1923.

<sup>39</sup> HERMANN WEBER, Vorwort; in: BAYERLEIN/BABICENKO/FIRSOV/VATLIN 2003, 24-26.

<sup>40</sup> FIRSOV 2003, 38.

<sup>41</sup> EBD., 38-41.

<sup>42</sup> EBD., 42-47.

<sup>43</sup> WEBER 2003, 19.

<sup>44</sup> LZ vom 6. September 1923.

<sup>45</sup> LZ vom 7. September 1923. Zu Kötter s. WEBER/HERBST 2008, 478.

Nacht auf den 30. September die Synagoge geschändet.<sup>46</sup> Auch die Synagoge in Detmold war Ziel: der Eingang wurde mit Steinen versperrt, die Türen mit Flugblättern, die das Hakenkreuz zierte, verklebt.<sup>47</sup> In Bad Salzuflen tauchten zeitgleich Gerüchte auf, die den Kaufmann David Andermann, ein dem Zionismus nahestehendes Vorstandsmitglied der Synagogengemeinde, als kommunistischen Führer verunglimpften.<sup>48</sup>

Nachdem es am 1. Oktober zu einem gescheiterten Putschversuch rechtsextremistischer Offiziere mit Teilen der Schwarzen Reichswehr in Küstrin gekommen und die Regierung Stresemann am 3. Oktober zurückgetreten war, beschloss das Politbüro der RKP(B) einen Tag darauf, als Orientierungsdatum für die deutsche Revolution den 9. November 1923, den fünften Jahrestag der Novemberrevolution, festzulegen. Letztlich sei aber diese Frage durch die KPD zu entscheiden. Acht Tage später legte das Zentralkomitee der KPD auf Vorschlag Brandlers den 9. November als Termin für die Einberufung eines Kongresses der Betriebskomitees fest, dort sollte der Übergang auf eine Arbeiter- und Bauernregierung proklamiert werden.<sup>49</sup>

Der in Moskau ausgearbeitete Aktionsplan sah Sachsen als Zentrum und Ausgangspunkt des Geschehens vor. Dort regierte eine linke sozialdemokratische Minderheitsregierung, die seit Frühjahr in verschiedenen Fragen von der KPD-Fraktion unterstützt worden war. Ähnlich verhielt es sich in Thüringen. Durch einen Eintritt in die beiden Landesregierungen erhoffte man sich wichtige Positionen, die es ermöglichten, Einfluss auf die Polizei zu nehmen und die Proletarischen Hundertschaften zu bewaffnen. In Sachsen allein sollten dann 50.-60.000 Mann bereit stehen. Am 10. Oktober erfolgte die Regierungsbeteiligung in Sachsen, am 16. Oktober in Thüringen. In beiden Ländern aber behielt die SPD die Kontrolle über das Innenministerium.

Die Reichsregierung, die schon länger einen Umsturzversuch der KPD befürchtete, reagierte am 13. Oktober mit der Ausrufung des Ausnahmezustandes und einem Ermächtigungsgesetz. Sofort ergingen durch den Reichswehrbefehlshaber in Sachsen das Verbot und ein Ultimatum zur Auflösung der Proletarischen Hundertschaften.

Wie hochgradig angespannt die politische Lage in jenen Tagen war, belegen einige Ereignisse in Lippe. Im gesamten Bereich des Wehrkreiscommandos VI, zu dem der Freistaat gehörte, wurden Flugschriften und Plakate mit politischem Inhalt verboten.<sup>50</sup> Verboten wurden nun auch in Lippe die Proletarischen Hundertschaften.<sup>51</sup> Gewalttätige Übergriffe auf Mitglieder des rechtsradikalen Jungdeutschen Ordens in Lage führten in der Stadt zu einem Verbot von Ansammlungen von mehr als zwei Personen.<sup>52</sup> Hinweise auf intensive Kontakte lippischer Parteigenossen mit der NSDAP-Zentrale in München und aufgefundene Waffen veranlassten den Landespolizeidirektor Heise zur Anordnung von Haussuchungen bei bekannten Nationalsozialisten in Lage, Horn, Detmold und Leopoldstal. Dabei wurde um den 19. Oktober „umfangreiches Material“ sichergestellt.<sup>53</sup>

---

<sup>46</sup> LVZ vom 1. Oktober und Volksblatt vom 4. Oktober 1923.

<sup>47</sup> LZ vom 4. Oktober 1923.

<sup>48</sup> LZ vom 6. Oktober 1923.

<sup>49</sup> FIRSOV 2003, 48-49.

<sup>50</sup> LZ vom 11. Oktober 1923.

<sup>51</sup> Staatsanzeiger vom 13. Oktober 1923.

<sup>52</sup> LZ vom 18. Oktober 1923.

<sup>53</sup> LVZ vom 20. und 24. Oktober, LZ vom 25. Oktober 1923. Im Vorfeld des Putschversuches in München am 9. November und dem anschließend geplanten Marsch auf Berlin sind die in Lippe getroffenen Maßnahmen aufgrund der leider lückenhaften Quellsituation unbekannt. Bekannt ist allerdings, dass sich am Abend des 8. November auf dem Kirchplatz in Lage Jungdeutsche und Nationalsozialisten einfanden und besprachen. Ebenfalls bekannt ist, dass sich der Lehrer Wilhelm Schröder, Leiter des Völkisch-Sozialen Blocks und später der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands in Lippe, „in Erwartung eines Rechtsputsches“ unerlaubt vom Dienst in Leopoldstal entfernt und nach Horn begeben hatte.

In einem Bericht über die angespannte Situation und die Aktivitäten der kommunistischen Bewegung zog der Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung am 19. Oktober das Fazit, dass die KPD „ihren gesamten Parteiapparat auf den Umsturz eingestellt“ habe. Als Belege führte er den weiteren Ausbau der Proletarischen Hundertschaften und die Tatsache an, dass „die Fäden nach der russischen Botschaft gehen, und dass aus der Botschaft Devisen für den Ankauf der Waffen ausgeschüttet wurden.“ Herausgestellt wurden außerdem die Anstrengungen der Partei zur Beschaffung von Waffen, vor allem die Auskundschaftung von Waffenlagern der Reichswehr und der Schutzpolizei und die Vorbereitung zur Aushebung derselben, sowie die illegale Herstellung von Handgranaten und Bomben.<sup>54</sup>

Als am 20. Oktober die Reichsregierung die sächsische Regierung für abgesetzt erklärte und gleichzeitig den Einmarsch von Reichswehreinheiten in Mitteldeutschland anordnete, stand die KPD-Zentrale unter Druck, denn der geplante Termin für die Revolution war nicht mehr haltbar. So beschloss sie bereits am Abend die Losung für den Generalstreik, der direkt in den bewaffneten Kampf übergehen sollte, herauszugeben. Sie besann sich dann jedoch und entschied, den Verlauf der für den Folgetag anberaumten Konferenz der Betriebsräte von Sachsen und Thüringen in Chemnitz abzuwarten, um die tatsächliche Stimmung zu erfassen und zu berücksichtigen. Dort sollte der Beschluss durchgesetzt werden. Über Kurier verbreitete sich diese Information bei den M-Leitungen der Oberbezirke, der Bezirke und Unterbezirke im Reich.<sup>55</sup>

## Die regionalen Gliederungen der KPD und die Revolution

Die Entscheidung, die Revolution einzuleiten, hatte zu organisatorischen Veränderungen in den M-Apparaten der Oberbezirke, Bezirke und Unterbezirke geführt. Zugleich waren die Anstrengungen zum Ausbau der Apparate mitsamt des OD und der Proletarischen Hundertschaften forciert worden. Innerhalb des M-Apparates der Bezirke und Unterbezirke bestand neben anderen Abteilungen jeweils eine Abteilung Zersetzung (Z- oder Zer-Apparat) und ein Nachrichtendienst (N-Apparat).

Im Bezirk Niedersachsen (Bezirk III) waren in Vorbereitung auf den Umsturz mehrere personelle Maßnahmen getroffen worden. Bezirksleiter Adolf Ende<sup>56</sup> wurde nach Hamburg versetzt, in der Bezirksleitung Niedersachsen verblieb Joseph (Sepp) Miller.<sup>57</sup> Zu einem nicht bekannten Zeitpunkt Ende August oder im September wurde Parteisekretär Robert Neddermeyer vom Unterbezirk Bielefeld abgezogen und zum Bezirk Niedersachsen versetzt, um dort die Leitung des M-Apparates (M-Leiter) zu übernehmen. Sein Deckname lautete „Miele“. Seine militärischen Anweisungen erhielt er von Albert Schreiner<sup>58</sup>, der als M-Oberleiter Nord-West, einem von fünf bzw. sechs Oberbezirken in Deutschland, für die drei Bezirke Wasserkante mit Hamburg und Schleswig-Holstein, Nordwesten mit Bremen und Emsland sowie Niedersachsen zuständig war. Schreiner zur Seite stand ein russischer Militärberater.<sup>59</sup> Von Schreiner erhielt „Miele“ wöchentlich sieben US-Dollar. Einer diente dem Lebensunterhalt, die weiteren sechs dem Ankauf von Waffen und Munition („kurze Pfeifen“, „Tabak-Feinschnitt“, „lange Pfeifen“ und „Krüllschnitt“).<sup>60</sup> Intensiviert wurde auch die Beschaffung von Waffen, die sich als ständiger Schwachpunkt erwies, denn der heim-

---

<sup>54</sup> Reichskommissar für die Überwachung der öffentlichen Ordnung an Reichswehrminister, 19. Oktober 1923, in: Akten der Reichskanzlei, Weimarer Republik – Die Kabinette Stresemann I/II. Bd. 2, Dokumente, Nr. 152, 640-650.

<sup>55</sup> FIRSOV 2003, 49.

<sup>56</sup> Zu Ende s. WEBER/HERBST 2008, 225 f.

<sup>57</sup> Zu Miller s. EBD., 605 f.

<sup>58</sup> Zu Schreiner s. EBD., 829 f.

<sup>59</sup> Dabei handelte es sich um General Lazar Stern (alias Emilio Kléber). Vgl. WERNER T. ANGRESS, Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Düsseldorf 1973, 482. Zu Manfred Stern, der auch Militärberater der KP Spaniens während des Bürgerkrieges war, s. WEBER/HERBST 2008, 901 f.

<sup>60</sup> NEDDERMEYER 1980, 120. Tarnbezeichnungen für Revolver, Revolvermunition, Gewehre und Gewehrmunition.

liche Ankauf verlief schleppend und die Plünderungen von Reichswehrlagern wie in Lohnde bei Hannover im Oktober erbrachten nicht die gewünschte reiche Ausbeute.

Die elf Unterbezirke des Bezirks Niedersachsen waren in drei Kampfgebiete eingeteilt worden: „Heide“, „Wald“ und „Berg“. Leiter des Kampfgebietes „Wald“ und Nachfolger Neddermeyers in der Funktion des Parteisekretärs und M-Leiters für den Unterbezirk Bielefeld wurde August Weisheit, der dort bereits als Wanderredner agierte. Das Kampfgebiet „Wald“ wiederum war eingeteilt in die Bereiche „Emil“ (Lippe und vermutlich Paderborn/Höxter) und „Fritz“ (Bielefeld). Lippe unter der Leitung von Adolf Scholz galt als Arbeitsgebiet und hatte die Kennung „Ea“. Die Ortsgruppen waren wiederum durch Nummern gekennzeichnet, die der lippischen setzten bei 92 – vermutlich Lemgo - ein. Oerlinghausen führte die Nummer 106, die anderen lassen sich nicht mehr eindeutig zuordnen.<sup>61</sup>



*August Weisheit als Parteisekretär (mit Stern am Revers), 1923.  
(Sammlung J. Hartmann)*

August Weisheit war im Unterbezirk Bielefeld kein Unbekannter. Er galt als hervorragender Agitator und Organisator. Von etwa 1921 bis zum Frühjahr 1923 war er für die KPD als Wanderredner in vielen Teilen Deutschlands unterwegs. Am 9. Oktober 1898 in Bielefeld geboren und in einem sozialdemokratischen Elternhaus aufgewachsen, hatte er die Mittelschule und eine Maurerlehre absolviert und während des Ersten Weltkrieges als Pionier an der Westfront gekämpft. Wie sein Vater verdingte er sich anschließend als Gelegenheits- und Wanderarbeiter. Sein genaues Eintrittsdatum in die KPD ist nicht bekannt, es dürfte um 1920/21 gelegen haben. Vermutlich war auch er als Mitglied der USPD mit deren linkem Flügel in die KPD gekommen. Seine Tätigkeit als Wanderredner der Partei hatte ihn unter anderem nach Düsseldorf gebracht, wo er wegen gefährlicher Misshandlung in Abwesenheit, er war zuvor untergetaucht, zu neun Wochen Gefängnis verurteilt wurde. Eine weitere Station war um 1922 der Raum Magdeburg, dort lernte er seine spätere Verlobte Frieda Ballasejus kennen. Mit ihr kehrte August Weisheit im Frühjahr 1923 nach Oerlinghausen, wo die Eltern und sein Bruder seit 1918 lebten, zurück. Weisheit übernahm hier für kurze Zeit die Führung

der Ortsgruppe und arbeitete als Redner für die Bielefelder Unterbezirksleitung. Mit großer Wahrscheinlichkeit verfügte er ebenfalls über einen Deck- bzw. Parteinamen. Möglicherweise handelte es sich dabei um „Florian“, wie aus einer parteiinternen Liste gefälschter Ausweispapiere hervorgeht, die später der Polizei in die Hände fiel. Als Kampfgebietsleiter „Wald“ oblag Weisheit der Aufbau des Ordnungsdienstes und der Proletarischen Hundertschaften, aber auch die Waffenbeschaffung. Über den Stand der Dinge informierte er „Miele“ in regelmäßigen Berichten. Diese flossen wiederum in Quartalsberichte des Bezirkes an die KPD-Zentrale ein.

<sup>61</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 22.

Die Zahl der Mitglieder des Unterbezirkes Bielefeld lag nach Angaben Neddermeyers im Sommer 1923 bei rund 3.000.<sup>62</sup> Im Büro des Unterbezirkes arbeiteten neben dem neuen Parteisekretär Weisheit zwei weitere Männer, die bei den Vorbereitungen zur Revolution eine Rolle spielten. Einer von ihnen war Ernst Ehlert (Deckname „Säugling“<sup>63</sup>), von Beruf Schlosser, der seit Juli 1923 als Lokalredakteur der NAZ arbeitete und außerdem Leiter des Nachrichtendienstes (N-Leiter) war. Der andere Mann war der 19-jährige Student Dietrich Wentz (Deckname „Münzer“) aus Gütersloh. Wentz war eng mit Weisheit befreundet und – wie er später aussagte – seit der Jahreswende 1922/23 Leiter der Parteischule der KPD in Bielefeld. Seit Oktober arbeitete er als sogenannter Zersetzungsmann (Leiter des Z-Apparates). Er galt als intelligent und redigewandt.<sup>64</sup>

In allen Gliederungen der Partei wartete man am 21. Oktober auf den Befehl zum Losschlagen. Noch in der Nacht vom 19. auf den 20. Oktober hatte die Parteileitung die Mitglieder in einem Flugblatt angewiesen, sich „aller verfügbaren Waffen“ zu bemächtigen.<sup>65</sup> Die Konferenz in Chemnitz am 21. Oktober verlief jedoch anders als es sich die maßgeblichen Beteiligten von Komintern, RKP(B) und KPD, besonders die vielen Mitglieder des M-Apparates in allen Ebenen, vorgestellt hatten. Vor allem die linken Sozialdemokraten verweigerten die Teilnahme am Generalstreik. Heinrich Brandler erkannte, dass der geplante Aufstand zum Scheitern verurteilt war und entsandte nun Kuriere mit der Nachricht zum Abbruch des Unternehmens.

In Hannover hatte man in Erwartung des Startsignals eine große Kundgebung in der Nähe des Hauptbahnhofes geplant. Wegen des starken Polizeiaufgebotes erhielt „Säugling“ (Ehlert) den Auftrag, an mehreren Stellen nahe der Stadtgrenze kleine Sprengkörper zur Explosion zu bringen, um die Einsatzkräfte abzulenken.<sup>66</sup> In dieser Phase höchster Erwartungshaltung entfaltete die Meldung vom Abbruch des Aufstandes eine desaströse Wirkung. In Hannover traf die Nachricht am Abend während einer Lagebesprechung bei „Miele“ ein:

„Mitten in der Debatte [...] wurde ein Kurier der Zentrale gemeldet. Wir waren alle gespannt, denn es wurden schon lange weitere Anweisungen und Aufträge der Parteiführung für die unmittelbare Vorbereitung des Aufstandes erwartet. Das, was folgte, war uns allen unfassbar und unglaublich. Die kurze Mitteilung, die der Kurier von der Zentrale überbrachte, lautete: Sofort alles abbrechen! Wir waren wie erschlagen.“<sup>67</sup>

Nur in Hamburg kam es am 23. Oktober dennoch zum kommunistischen Aufstand. Vermutlich versuchte die Leitung des Oberbezirkes Nord-West mit Ernst Thälmann „die Revolution von Norden aus zu entfalten“.<sup>68</sup> Es ist unklar, ob mit diesem Schritt die eigene Parteileitung zum Handeln und zum Umsturz gedrängt werden sollte. Bereits am 25. Oktober war die wenig aussichtsreiche Aktion unter dem Druck von

---

<sup>62</sup> NEDDERMEYER 1980, 118 f. In einer Aufstellung Webers wird die Mitgliederzahl für den Bezirk Niedersachsen für 1922 mit 4.200 und für 1923 mit 6.308 angegeben. Im Oktober 1924 waren es 6.275, davon Unterbezirke Hannover-Nord (2.534), Hannover-Süd (390), Braunschweig (1.517) und Bielefeld (1.834). Vgl. HERMANN WEBER, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik. Gekürzte Studienausgabe, Frankfurt/M. 1969, 387 f.

<sup>63</sup> Neddermeyer beschrieb das Zustandekommen des Decknamens von Ehlert wie folgt: „Er war groß und stark, mutig und zuverlässig. Seiner kräftigen Gestalt, seiner großen Hände und seiner gutmütigen Art wegen wurde er scherzhaft „Säugling“ genannt.“ Vgl. NEDDERMEYER 1980, 120.

<sup>64</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 41.

<sup>65</sup> ANGRESS 1973, 476.

<sup>66</sup> NEDDERMEYER 1980, 123.

<sup>67</sup> EBD.

<sup>68</sup> Eine andere Annahme für das Zustandekommen des Aufstandes ist die Vermutung, dass der Kurier die dortige Bezirksleitung nicht rechtzeitig erreicht habe. Vgl. KAUFMANN/REISENER/SCHWIPS/WALTHER 1993, 87.

Polizei und Reichswehreinheiten zusammengebrochen. Zu bilanzieren waren am Ende mehr als 100 Tote, 300 Verwundete und 1.400 Verhaftungen.<sup>69</sup>

Die Stimmung innerhalb der Bezirksleitung Niedersachsen und Teilen der Partei war die der Verzweiflung und des Zorns. Innerhalb der Stadtbezirke in Hannover wurden gleich nach dem gescheiterten Aufstand in Hamburg heftige Diskussionen über das weitere Vorgehen geführt. Nach Einschätzung des Oberreichsanwaltes hätten sich im Stadtbezirk Hannover 90 Prozent der Mitglieder für den „offenen Kampf“ ausgesprochen und entsprechenden Druck auf die Bezirksleitung ausgeübt.<sup>70</sup> Tatsächlich gingen auch Brandler und die Parteiführung davon aus, dass der Aufstand nicht abgeblasen, sondern nur verschoben sei. Am 3. November beschloss die Zentrale zwar die Auflösung des Revolutionskomitees, die Vorbereitungen sollten aber uneingeschränkt weiter laufen.<sup>71</sup>

### **Die lippische KPD und der Munitionsdiebstahl in Hagen bei Lage**

In die Zeit direkt nach Abbruch des Aufstandes fallen einige Aktionen zur Beschaffung von Munition und Sprengstoff im Unterbezirk Bielefeld. In Abstimmung mit August Weisheit, vielleicht auch unter dessen direkter Beteiligung, drangen Kommunisten in zwei Kalkwerke bei Bielefeld ein. In Brackwede erbeuteten die Täter sieben Kisten mit dreieinhalb Zentnern Sprengstoff, in Steinhagen einen Zentner Schwarzpulver, 25 Kilogramm Sprengstoff und eine Kiste Zündschnüre. Den im Sande verlaufenden Ermittlungen zufolge geschahen die Taten des Nachts zwischen dem 22. und 27. Oktober 1923.<sup>72</sup> Die Polizei verwies auf ähnliche Vorfälle auf der Grube Ernst in Ibbenbüren, auf der Grube Pützhorn bei Niederschelden und auf einen Diebstahl in einem Munitionslager in Lohnde bei Hannover. An letzterem war Ernst Ehlert beteiligt.<sup>73</sup> In Hörstel bei Rheine hatte eine Proletarische Hundertschaft sogar versucht, die Waffenkammer der Schutzpolizei zu stürmen.<sup>74</sup> Der unter Befehl Weisheits erbeutete Sprengstoff soll Aussagen Bielefelder Kommunisten zufolge in einem Wall bei Bethel vergraben worden sein.<sup>75</sup>

Die dritte bekannte Aktion im Unterbezirk Bielefeld betraf das Arbeitsgebiet Lippe. Wie im gesamten Reichsgebiet existierten auch dort geheime Munitionslager der Reichswehr. Dem Landespräsidium waren diese gegen den Versailler Vertrag verstoßenden Lager bekannt, aber man duldete diese, um außenpolitische Schwierigkeiten zu vermeiden. Eines befand sich in Hagen bei Lage, ein weiteres offenbar auf dem Gut Röhrentrup bei Detmold.<sup>76</sup> Weitere sind der Forschung bislang nicht bekannt, sie scheint es aber einem Schreiben des Landespräsidenten Drake an das Wehrkreiskommando VI nach gegeben zu haben:

„Bei den im Lande mehrfach festgestellten ‚schwarzen‘ Waffenlagern haben wir stets dafür gesorgt, dass der Reichswehr hierdurch in der Öffentlichkeit keine Nachteile entstanden, wiewohl wir in einigen Fällen eine nahe Verbindung von Reichswehrangehörigen mit rechtsradikalen Kreisen feststellen konnten.“<sup>77</sup>

<sup>69</sup> FIRSOV 2003, 50.

<sup>70</sup> Ausführungen im Urteil gegen Ehlert u.a., 7. Mai 1924, in: Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 1.

<sup>71</sup> KAUFMANN/REISENER/SCHWIPS/WALTHER 1993, 88.

<sup>72</sup> Bericht des Amtes Brackwede an den Landrat in Bielefeld, 3. Juli 1924, in: LAV NRW OWL, M 2 Bielefeld Nr. 180. Die Polizei identifizierte fünf Arbeiter des Kalkwerkes in Brackwede, die als Mittäter oder -wisser in Betracht gezogen werden könnten, stellte aber für keinen von ihnen Verdachtsmomente fest. Vgl. Liste der Beschäftigten und Vermerk der Polizei, 10. März 1924, in: LAV NRW OWL, M 4 Nr. 38. Mit Hermann Schwirblies war jedoch eine Person darunter, die nachweislich der KPD angehörte.

<sup>73</sup> NEDDERMEYER 1980, 120 f.

<sup>74</sup> Bericht des Oberstaatsanwaltes in Detmold, o.D., in: LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 4214.

<sup>75</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Unterband C.

<sup>76</sup> Röhrentrup findet Erwähnung in der Landtagssitzung vom 6. Juni 1924. Vgl. PROTOKOLLE DER LIPPISCHEN LANDTAGS-VERHANDLUNGEN, Sitzung vom 6. Juni 1924, 607-608.

<sup>77</sup> Landespräsident Drake an Wehrkreiskommando VI, 22. Februar 1924, in: LAV NRW OWL, L 80.15 Nr. 26.

In Hagen handelte es sich um eine Scheune des Landwirtes Krietenstein, eines Anhängers der Deutschen. Im Gebäude waren im Sommer 1919 213 Kisten Munition untergebracht worden. Ein erwähnter handschriftlicher Bericht des Detmolder Oberstaatsanwaltes über die Hintergründe der Unterbringung befindet sich leider nicht in den Akten.<sup>78</sup> Aller Wahrscheinlichkeit nach handelte es sich um Munitionsbestände aufgelöster Freikorps. Das Lager in der Scheune Krietensteins wurde bekannt, weil der vierjährige Sohn des Landwirtes im Februar 1923 beim Spielen Patronen gefunden hatte. Eine Dienstmagd berichtete dem Bauarbeiter Heinrich Siekmann davon, der mit einem Neubau auf dem Hof beschäftigt war. Siekmann, der der KPD nahestand, informierte später seine Genossen in Pottenhausen über den Fund. Offenbar ohne Abstimmung mit dem Arbeitsgebiets-Leiter Scholz führten Anfang Oktober Mitglieder der Proletarischen Hundertschaft Pottenhausen unter dem KPD-Vorsitzenden Schmidtpott eine Aktion durch, die auch der Orientierung über den Umfang der Bestände dienen sollte. Sie brachen die Tür zur Scheune auf, entwendeten 14 Kisten Munition und fuhren diese mit Handwagen ab. Die Beute wurde im Garten eines der Beteiligten vergraben.<sup>79</sup>

Schmidtpott wiederum unterrichtete anschließend den lippischen KPD-Vorsitzenden Scholz und den militärischen Leiter der Lemgoer Hundertschaft Höltke bei einem konspirativen Treffen in der Nähe von Hörstmar über den Fund und seine Aktion. Dem Bericht des Detmolder Oberstaatsanwaltes Traugott Tornau vom Februar 1924 nach beriet sich Scholz mit den M-Leitern der Hundertschaft Lemgo, Höltke und Ahrend, und befahl dann das Wegschaffen der Munition. Dieses sollte, so der Plan, mit 30 zuverlässigen Leuten und weiteren je 10 Männern aus jeder Ortsgruppe erfolgen. Am selben Tag, an dem in Chemnitz die Entscheidung über das Signal zur Revolution fallen sollte, am Sonntag, den 21. Oktober 1923, wurden von Scholz Treffen mit den lippischen Ortsgruppenführern anberaumt, um die Aufgaben für die Durchführung der Aktion zu verteilen. Eine dieser Besprechungen unter Leitung Ahrends fand nahe dem Bahnhof in Lage statt. Anwesend waren dabei die Vertreter aus Lage, Pivitsheide, Pottenhausen, Knetterheide und Oerlinghausen. Vor den Ermittlungsbehörden sagten die Beteiligten später nahezu einvernehmlich aus, dass ihnen dabei mitgeteilt worden sei, die Munition läge bei einem rechtsradikal eingestellten Bauern, gehöre dem Jungdeutschen Orden oder einem anderen faschistischen Bund und drohe bei einem bevorstehenden Rechtsputsch gegen die Arbeiter Verwendung zu finden. Die Aktion in Hagen wurde von Scholz für Dienstag, den 23. Oktober um 23 Uhr anberaumt.<sup>80</sup>

Wie der Oberstaatsanwalt bis zum Frühjahr 1924 ermittelte, waren sieben Ortsgruppen bzw. Hundertschaften aus Lippe beteiligt, insgesamt etwa 140 Personen.<sup>81</sup> Den Beteiligten wurde befohlen, einen Rucksack mitzubringen, als Erkennungszeichen sollte ein weißes Dreieck aus Stoff angesteckt sein. Die Proletarischen Hundertschaften fungierten schon vor ihrem Verbot in Lippe am 13. Oktober unter Tarnbezeichnungen wie Wanderklub (Lemgo), Sport- und Wanderverein (Knetterheide) oder Radfahrverein (Pottenhausen). Zu Beginn der Aktion hielt Adolf Scholz vor den Beteiligten am Biesterberg noch eine Ansprache, in der er mahnte, dass „wenn es einmal losginge, die Arbeiter endlich zusammenhalten müssten“. Der Munitionsdiebstahl in Hagen lief bis ins kleinste Detail wie eine militärische Aktion ab. So wurden Kräfte

---

<sup>78</sup> Bericht des Oberstaatsanwaltes in Detmold an Oberreichsanwalt, 15. Februar 1924, in: LAV NRW OWL, L 10 Nr. 536. Der erwähnte handschriftliche Bericht stammte vom 21. Dezember 1923.

<sup>79</sup> Ebd.

<sup>80</sup> Die nachfolgenden Geschehnisse rund um den Munitionsdiebstahl in Hagen werden v.a. anhand der Berichte des Oberstaatsanwaltes in Detmold vom 15. Februar und 7. April 1924 (LAV NRW OWL, L 10 Nr. 536) und der Aussagen eines Großteils der Beteiligten (LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 4214) beschrieben.

<sup>81</sup> Dieses entsprach dem Stand Februar 1924. Im Juni und Oktober folgten weitere Verhaftungen, u.a. in Bad Salzuflen. Daher ist durchaus davon auszugehen, dass es über die etwa 140 Männer und die sieben identifizierten Hundertschaften hinaus Beteiligte gegeben hat. LZ vom 3. Juli und 11. Oktober 1924. Vgl. die Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Detmold: Verfahren gegen Nolte aus Lemgo u.a., gegen Römer aus Lemgo u.a., gegen Frische aus Bartrup u.a., gegen Schmidtpott aus Pottenhausen u.a., in: LAV NRW OWL, D 21 B Zg. 43/1954 Nr. 42-45 (alte Signatur) und D 23 Detmold Nr. 4214.

für das Herausreichen der Kisten aus der Scheune, für das Weiterleiten zu einem Sammelpunkt (eine Strohdiege ca. 300 Meter von der Scheune entfernt) und für die Verteilung zum Transport eingeteilt. Dabei handelte es sich vorwiegend um die Männer der Hundertschaft Lemgo. Währenddessen sicherten Posten, die nur mit dem Kennwort „Breslau-Königsberg“ zu passieren waren, den Bereich. Den Männern der Hundertschaften wurde auferlegt, die Munition zu Fuß oder per Rad abzutransportieren und in ihren Wohnorten sicher zu verbergen. In dunkler Nacht, bei starkem Wind und strömendem Regen wurden – wie der Detmolder Oberstaatsanwalt ermittelte – unter großer Kraftanstrengung 93 volle Kisten und der Inhalt von weiteren 32 Kisten entwendet. Wegen der schlechten Witterung ließen Scholz und seine Männer einen Teil der Beute in der Nähe der Scheune unter Stroh versteckt zurück, um diesen später abzuholen.

Die Zurückkehrenden machten sich größtenteils noch in den frühen Morgenstunden daran, die Munition zu verbergen. Die Lemgoer vergruben die Kisten in ihren Gärten und im Wehrgraben, die Lagenser in einem Tannenwäldchen. In Pottenhausen, Aspe-Knetterheide und Pivitsheide war das Gartenland von Beteiligten bevorzugtes Versteck. Die Bartruper hatten die Munition in einem mit Dachpappe ausgelegten Fass deponiert und dieses dann vergraben, ein anderer Teil wurde in einem Keller eingemauert. In Oerlinghausen gab es zwei Verstecke: das Pachtland eines Kommunisten am Tönsberg und die notdürftige Unterbringung unter Laub bei einer Scheune in Oetenhausen. Als dort ein Junge Patronen entdeckte, schafften Reuter und Oerlinghauser Kommunisten die Beute ins Versteck am Tönsberg.

#### **Anordnung des Wehrtreiskommandos.**

**Amlich wird verlautbar: Aus Anlaß eines besonderen Vorkommnisses hat der Militärbefehlshaber des Wehrtreises 6 in mehreren lippischen Gemeinden eine Durchsuchung in rechts- und linksradikalen Kreisen angeordnet. Die staatlichen und kommunalen Sicherheitsbeamten sind zur Unterstützung herangezogen worden.**

**Diese Maßnahme ist erforderlich zum Schutze der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, hat also keinen politischen Charakter.**

**Die lipp. Presse wird darauf hingewiesen, daß weitere Berichte als der vorstehende über diese militärischen und polizeilichen Maßnahmen in Verfolg der Anordnungen des Militärbefehlshabers zu unterbleiben haben, andernfalls Verbot der Zeitungen zu befürchten ist.**

**Sollte sich die Notwendigkeit weiterer Unterdrückung der Bevölkerung ergeben, erfolgen amtliche Mitteilungen.**

*Lippischer Allgemeiner Anzeiger vom 2. November 1923.*

Reichswehreinheiten in Lippe Haussuchungen bei „Sozialisten und Kommunisten“, die man im Verdacht hatte, durch.<sup>82</sup> „Miele“ berichtete davon später an die Zentrale:

„b) Waffenverlust: Über 60.000 Schuss Munition (98) verloren. Nachdem die Reichswehr im ganzen Unterbezirk Haussuchungen nach den geklauten 60.000 Schuss unternommen hatte und keinen Erfolg aufzuweisen hatte, hat ein Kriminalbeamter aus 92<sup>83</sup> sich Mühe gemacht und ist nach 96 (eine junge Ortsgruppe) gegangen. Auf einem Tanzvergnügen, auf dem sehr viel getrunken wurde, und auf dem sich dieser Mann als Genosse ausgab, hat er sich dann immer mit all den anderen Genossen zusammen über die Munition, die wir in unseren Händen hatten, gefreut. Die Genossen, unerfahren, haben alles Mögliche erzählt und am nächsten Morgen wurden aus dieser Ortsgruppe schon 7 Mann und bald darauf im

<sup>82</sup> LZ vom 4. November 1923. Bei dem Bericht berief sich die Landeszeitung auf eine Notiz im Volksblatt vom Vortag.

<sup>83</sup> Vermutlich der Lemgoer Polizeibeamte August Strate.

ganzen Unterbezirk 80 Mann verhaftet. Teilweise haben die Genossen im Gefängnis dann gänzlich versagt. Die Polizei hatte nach einigen Tagen schon 60.000 Schuss erbeutet. Die Genossen wurden ziemlich alle wieder entlassen, bis auf den Genossen Reuter aus 106, der sich sehr gut benommen haben soll und noch sitzt. Wir haben jetzt noch ungefähr 10.000-15.000 Schuss Munition.“<sup>84</sup>

Wegen der Durchsuchung auch seiner Wohnung und damit der Verletzung seiner Immunität beschwerte sich der Abgeordnete Adolf Scholz in der Landtagssitzung vom 5. November und stellte eine Beteiligung der Kommunisten am Munitionsdiebstahl in Abrede. In der Sitzung am 10. Dezember erhob Scholz erneut Beschwerde gegen eine zweite Durchsuchung, bei der nur wertloses Material beschlagnahmt worden sei.<sup>85</sup>

## **Die ausgebliebene Revolution und ihre Folgen innerhalb der KPD**

Der Frust und die Enttäuschung über die abgesagte Revolution, von der man dennoch hoffte, sie würde bald kommen, führten im Laufe des Novembers 1923 zu verschiedenen Entwicklungen innerhalb der KPD. Die Kräfte des linken Spektrums, welche eine zu zögerliche Haltung des Parteivorsitzenden Brandler für den Stillstand verantwortlich machten, gewannen zunehmend an Gewicht. Zugleich mehrten sich die Stimmen, die ein gemeinsames Handeln mit der Sozialdemokratie nicht nur für die Zukunft als unrealistisch betrachteten, sondern auch gänzlich ablehnten. Im Zentralausschuss der KPD wurde mit den Leitsätzen „Sieg des Faschismus über die Novemberrevolution“ am 3. November der SPD der Kampf auf Leben und Tod angekündigt. Die SPD wurde damit zum Hauptfeind.<sup>86</sup>

Der Unterbezirk Hannover mit seinen Stadtbezirken galt als „ultralinks“.<sup>87</sup> Im gesamten Bezirk Niedersachsen stellte sich die Gemengelage allerdings sehr unterschiedlich dar. Der preußische Landtagsabgeordnete Karl Abel, später selbst zeitweise Parteisekretär des Unterbezirks Bielefeld und in der niedersächsischen Bezirksleitung tätig, schrieb rückblickend: „Ich glaube, dass im Bezirk Hannover mit der erbittertste Kampf um die Linie der Partei über die Jahre 1923-1933 ausgetragen worden ist.“ Die Ultra-Linken um Iwan Katz<sup>88</sup> hätten über starken Rückhalt vor allem im Stadtbezirk Hannover-Altstadt verfügt. Die sogenannten Versöhner und die Gruppe der Rechten („Brandler-Gruppe“) wiederum wären im ganzen Bezirk vernetzt gewesen. Im Unterbezirk Bielefeld existierte mit Wilhelm Kötter ein Polleiter, der in Anlehnung an die Gruppe um Katz jedem Unterbezirkssekretär „das Leben zur Hölle“ gemacht habe.<sup>89</sup>

Zu den innerparteilichen Auseinandersetzungen gesellte sich ein hoher Verfolgungsdruck durch die Behörden. In der Nacht zum 31. Oktober war im Reichsjustizministerium die schlagartige Verhaftung von KPD- und Gewerkschaftsfunktionären beschlossen worden. Durch ihren Nachrichtendienst erhielt die Partei Kenntnis von der geplanten Aktion und konnte die Bezirksleitungen warnen.<sup>90</sup> Vielen M-Leitern aus den Bezirken und Unterbezirken gelangen somit das Untertauchen und der Rückzug in konspirative Woh-

---

<sup>84</sup> Bericht des Leiters des M-Apparates des Bezirks III („Miele“) für 1. Oktober bis 31. Dezember 1923, in: Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 22. Weitere, teilweise zum Obigen leicht abweichende Auszüge aus Berichten des M-Leiters von „Emil“ (Bielefeld) finden sich in einem Vermerk des Polizeipräsidiums Hannover für das Polizeipräsidium Bielefeld, 2. Oktober 1924, in: LAV NRW OWL, M 4 Nr. 38 Bl. 41 ff.

<sup>85</sup> PROTOKOLLE DER LIPPISCHEN LANDTAGSVERHANDLUNGEN, Sitzung vom 5. November 1923, 332-333; Sitzung vom 10. Dezember 1923, 115-116.

<sup>86</sup> WEBER 2003, 28; FIRSOV 2003, 52 f.

<sup>87</sup> WEBER/DRABKIN/BAYERLEIN 2015, 479, 491.

<sup>88</sup> Zu Katz s. WEBER/HERBST 2008, 435-437.

<sup>89</sup> Erinnerungen Karl Abels (Manuskript), o.D., 45-47, in: Bundearchiv Berlin, SgY 30, Nr. 1351.

<sup>90</sup> KAUFMANN/REISENER/SCHWIPS/WALTHER 1993, 89.

nungen. „Miele“ verbarg sich in Braunschweig.<sup>91</sup> Am 23. November erfolgte das reichsweite Verbot der KPD.

Die weitere Radikalisierung als eine Folge des Deutschen Oktobers drückte sich auch darin aus, dass Ende Oktober oder Anfang November die Entscheidung für die Aufstellung von sogenannten Terrorgruppen (T-Gruppen) getroffen wurde. Es ist davon auszugehen, dass eine Aufgabe darin bestand, mit Beginn des Aufstandes „als besonders gefährlich eingestufte gegnerische Personen auszuschalten“.<sup>92</sup> Dass Angehörige dieser Gruppen später auch zur Ermordung von Spitzeln und Verrätern aus den eigenen Reihen eingesetzt wurden, war 1925 unter anderem Gegenstand des sogenannten Tscheka-Prozesses. Vor allem aber waren die T-Gruppen an Sprengstoffanschlägen beteiligt. Der Oberreichsanwalt stellte später fest, dass im Bezirk Niedersachsen zur Vorbereitung von solchen Terrorakten zahlreiche Schulungen und Übungen im Gelände stattgefunden hatten.<sup>93</sup>

In welcher Weise sich im Bezirk Niedersachsen die Vorbereitungen für die Revolution fortsetzten, belegen Aktivitäten aus dem Zeitraum Ende Oktober bis Ende Dezember 1923. Vermutlich Ende Oktober 1923 führten August Weisheit und Ernst Ehlert, der gerade vom Nachrichtenleiter im M-Apparat des Unterbezirks Bielefeld zum M-Leiter des Unterbezirks Hannover ernannt worden war, einen Transport von Sprengstoff von Bielefeld nach Hannover durch. Um das Unterfangen harmlos erscheinen zu lassen, nahmen beide ihre Verlobten, Frieda Ballasejus und Franziska Brezina, mit. Beteiligt war außerdem Dietrich Wentz. In zwei oder drei Handkoffern wurde der Sprengstoff mitgeführt. Der Transport erfolgte mit dem Nachtzug vom Bielefelder Hauptbahnhof aus. In Hannover wurden die Koffer in die Große Pfahlstraße 20a, offensichtlich eine konspirative Wohnung, gebracht. Dort wohnte Otto Meyer, der einen Teil des Sprengstoffes an Erich Schmidt, den Waffenbeschaffungskommissar des Unterbezirks Hannover, weitergab.<sup>94</sup> Ehlert blieb in Hannover, die anderen kehrten nach Bielefeld zurück.

Nach Auffassung des Detmolder Oberstaatsanwaltes handelte sich nicht nur um Sprengstoff, der von Bielefeld nach Hannover geschafft worden war. Es gelangte vermutlich auch ein Teil der Munition aus dem Diebstahl in Hagen mit einem Lastkraftwagen dorthin. Gesichert ist, dass in der Wohnung Otto Meyers „Handgranaten hergestellt und Terrorakte vorbereitet“ worden sind.<sup>95</sup> Größer als das Potenzial der verfügbaren Waffen war die Menge des bereitstehenden Sprengstoffes. Davon wurden später durch die Polizei insgesamt sechs Zentner in Hannover sichergestellt.

Zu einer großen Aktion mit einer aus dem aus Bielefeld stammenden Sprengstoff gefertigten Bombe kam es am 21. Dezember 1923 in Hannover. An diesem Tag fand eine Demonstration der verbotenen KPD mit rund 1.000 Menschen statt. Die Bombe mit 25 Kilogramm Sprengstoff hatte man mit einer vier Meter langen Zündschnur unter der Steintreppe des Oberpräsidiums in Hannover platziert. Sie wurde beim Auseinandertreiben der Demonstranten durch die Polizei gezündet, eine kleinere Paketbombe wurde außerdem ins Kellerfenster des Gebäudes geschleudert.<sup>96</sup> Fensterscheiben und Türen wurden bei den Explosionen eingedrückt, einige Bedienstete erlitten durch die Glassplitter Schnittwunden. Schwer verletzt oder getötet wurde niemand. Oberpräsident in Hannover war seit 1920 Gustav Noske (SPD). Noske war den Kommunisten wegen seines unerbittlichen Vorgehens bei der Niederschlagung des Spartakusaufstandes im

---

<sup>91</sup> NEDDERMEYER 1980, 122.

<sup>92</sup> KAUFMANN/REISENER/SCHWIPS/WALTHER 1993, 91.

<sup>93</sup> Urteil gegen Ehlert, Schmidt u.a., 7. Mai 1924, in: Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 1.

<sup>94</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 22.

<sup>95</sup> Anklageschrift gegen Ehlert, Schmidt u.a., in: Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 27.

<sup>96</sup> Vgl. Bericht des Oberreichsanwaltes, o.D., in: LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 4214. Berichterstattung in der LZ vom 22. und 23. Dezember 1923. Auch Jan Valtin (d.i. Richard Krebs) führte den Anschlag 1941 in seinem Buch „Out of the Night“ auf die Tätigkeit der T-Gruppen zurück. Vgl. JAN VALTIN, Tagebuch der Hölle, Nördlingen 1986, 58.

Januar 1919 – damals war er Volksbeauftragter für Heer und Marine – und weiterer lokaler Aufstände zu tiefst verhasst. Seine Gegner bedachten ihn deshalb mit dem Beinamen „Blutnoske“.

In Hannover waren weitere Anschläge durch T-Gruppen geplant: auf die Oberpostdirektion am 30. Dezember 1923, der durch die Polizei im letzten Moment vereitelt werden konnte, sowie auf die Waterloo-säule und die Adolfswache (Polizei). Als verantwortlich neben Ehlert erachteten die Ermittlungsbehörden den M-Leiter des 15. Bezirkes in Hannover (Altstadt), Karl Pflüger. Zu Beginn des Jahres 1924 wusste die Polizei von weiteren Anschlägen mit „Höllmaschinen“ (Bomben mit Zeitzündern) auf Strommasten und andere Objekte zu berichten.<sup>97</sup>

Festnahmen und das Abtauchen einzelner Funktionäre hatten Veränderungen in der Organisation der M-Apparate notwendig gemacht. Den Ermittlungsbehörden bot sich daher ein insgesamt recht verworrenes Bild des M-Apparates im Bezirk Niedersachsen. Ehlert, der als M-Leiter in den Unterbezirk Hannover versetzt worden war, nannte übrigens später in Vernehmungen unter anderem nicht näher bezeichnete Differenzen in Bielefeld als Grund dieser Maßnahme.<sup>98</sup> Dietrich Wentz („Münzer“), der Zersetzungsleiter im Unterbezirk Bielefeld gewesen war, übernahm Ende 1923 diese Funktion für den gesamten Bezirk Niedersachsen.<sup>99</sup>

Die Arbeit der Kampfgebietsleiter lief um die Jahreswende 1923/24 unter widrigsten Bedingungen. „Miele“ beklagte in einem Bericht an die Zentrale:

„Die Leitungen der Kampfgebiete (KG) sind in den Händen von zwei arbeitslosen Genossen [Weisheit und Ehlert, J.H.] und einem Lehrer. Es müsste m.E. ein Weg gefunden werden, den drei [sic!] Arbeitslosen eine kleine feste Summe im Monat zukommen zu lassen, womit dieselben arbeiten können, von der sie ihre Fahrtgelder bestreiten usw. Oder aber die drei KG-Leiter müssten eine kleine Entschädigung bekommen. Augenblicklich gibt der Genosse Miele (Bez. M-Leiter) einen Teil seines Gehaltes an die beiden arbeitslosen Genossen ab. Da die Zentrale aber mit dem Gehalt abbaut, wird wahrscheinlich diese Regelung sich in Zukunft nicht mehr aufrecht erhalten lassen, zumal alle Sekretäre des Bezirkes III noch 10% ihres Gehaltes an die Rote Hilfe abführen. [...] Sollte keine finanzielle Regelung gefunden werden, dann werde ich die beiden Genossen nicht halten können.“<sup>100</sup>

Erschwerend hinzu kam außerdem die strafrechtliche Verfolgung Ehlerts und Weisheits. Doch nicht allein darin lagen Schwierigkeiten begründet. „Miele“, selbst in einer illegalen Wohnung in Braunschweig untergetaucht, berichtete von nicht konkretisierten Problemen Weisheits in Lippe und lieferte zugleich einen Überblick über den Stand der Bewaffnung im Unterbezirk Bielefeld:

„Unterbezirk Emil. [...] Der Genosse Weisheit hat z.B. in AG Ea so viel Widerstand, dass er nicht zur Bildung eines OD in diesem AG schreiten konnte. Trotzdem setzte er den OD dort mit 400 Mann ein. Das war falsch, weil dieser OD erst jetzt, nachdem Weisheit fort

<sup>97</sup> Urteil des Oberreichsgerichts gegen Hermann Ringleff und Eggo Klüver wegen Vorbereitung zum Hochverrat (13 J 578/24), 10. Februar 1926, in: LAV NRW OWL, M 4 Nr. 44. Beide waren nach Erkenntnissen der Behörden in der M-Leitung des Bezirks Niedersachsen tätig. Klüver war seit April 1924 M-Leiter des Bezirkes. Der Prozess behandelte den verstärkten Aufbau von T-Gruppen und verschiedene Anschläge mit Sprengbomben besonders im Frühjahr 1924. Ringleff erhielt fünf Jahre, Klüver sechs Jahre Haft.

<sup>98</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 1.

<sup>99</sup> Bundesarchiv Berlin, ZC 13945. Freundlicher Hinweis von Dr. Siegfried Grundmann (Berlin), 11. Mai 2011. Wentz übernahm demnach zu Beginn des Jahres 1924 sogar die M-Leitung für den Unterbezirk Hannover, dann die Position des stellv. M-Leiters für den Bezirk Niedersachsen.

<sup>100</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 22.

ist, gebildet ist, denn nun sind diese Hemmungen vorbei. Wir müssen [uns] nach sorgfältiger Prüfung mit einem gesamten OD von 1.300 Mann im Unterbezirk begnügen. Dazu sind 395 Waffen und 36 Handgranaten vorhanden, das bedeutet, dass 30% des OD bewaffnet ist. Die T-Gruppen sind überall durchgeführt.“<sup>101</sup>

Wenige Wochen zuvor hatte das im von Weisheit erstellten und von „Miele“ übernommenen Tätigkeitsbericht noch wie folgt geklungen:

„Unterbezirk Bielefeld. UB Bielefeld ist der beste. In ihm konnten wir schon an die nächste Aufgabe herangehen, die Organisation der Roten Armee auf Grund des OD. [...] Der Bau eigener Handgranaten und Sprengbomben wird fortgesetzt.“<sup>102</sup>

Weiteres beschlagnahmtes Material belegte dagegen den tatsächlich schwachen Organisationsstand. Die enthaltenen Angaben sind nicht datiert, stammen aber vermutlich aus dem September oder Oktober 1923. Es handelt sich um Erhebungsbögen der Ortsgruppen. Diese zeichnen ein ernüchterndes Bild. Aus ihnen gingen nicht nur der Mitgliedsstand der KPD, sondern auch des OD, die Zahl verfügbarer Waffen sowie vorhandene Informationen zur Arbeiterschaft und zur Stärke der SPD und christlicher Organisationen hervor. Auch die Bögen der lippischen Gliederungen sind erhalten. Für Lemgo wurden verzeichnet: 2.000 „Handarbeiter“, KPD mit 60, SPD mit 120 Mitgliedern. Der OD bestehe aus einer Hundertschaft mit 110 Mann, davon eine Hälfte KPD, die andere parteilos; außerdem seien 10 Revolver vorhanden. Für Detmold wurde angegeben: 5.000 Arbeiter, KPD mit 75 und SPD mit 80 Mitgliedern, christliche Verbände mit 150 Mitgliedern. Beim OD hieß es: im Entstehen, eine kleine Hundertschaft mit 70 Mann vorhanden. Auch hier zeigte sich wie andernorts die geringe Bewaffnung: 5 „Zigaretten“ (Revolver), 2 „Zigarren“ (Gewehre) und „Tabak“ (Munition). Die Daten für Oerlinghausen: 250 Arbeiter, KPD mit 50, SPD mit 120 Mitgliedern. Es bestehe ein OD mit 35 Mann. Waffen: 10 Revolver und 5 Gewehre. In den weiteren acht vorhandenen Bögen lippischer Ortsgruppen sind einzig die Zahlen der Parteimitglieder aufgeführt.<sup>103</sup>

Um die Jahreswende 1923/24 verringerten sich die Aufstandsvorbereitungen spürbar. Obwohl eine Resolution des EKKI vom 19. Januar 1924 die KPD weiterhin verpflichtete, „die Frage des Aufstandes und der Machteroberung nicht von der Tagesordnung zu streichen“ und „die Bewaffnung der Arbeiterklasse und die technische Vorbereitung der entscheidenden Kämpfe“ fortzuführen, sorgte die Realität für einen harten Aufprall auf dem Boden der Tatsachen.<sup>104</sup> Einerseits erschwerten das Parteiverbot und die Verfolgung des Funktionärskörpers des M-Apparates die geforderten Anstrengungen. Besondere Auswirkungen zeigten aber die innerparteilichen Auseinandersetzungen. Die KPD verlor dadurch ihren Einfluss auf die Massen. Einher mit der Entwicklung ging ein „Abschmelzen“ der Revolutionsarmee, der Proletarischen Hundertschaften. Existierten im Bezirk Niedersachsen im Oktober 1923 31 Hundertschaften mit 2.800 Mann, waren es im Dezember acht Hundertschaften mit 900 Mann und im Januar 1924 gar nur noch drei Hundertschaften mit 180 Mitgliedern.<sup>105</sup> Eine miserable Finanzlage trug das ihre dazu bei. Der Sonderfonds der russischen Botschaft war ausgeschöpft, Einschränkungen beim Personal des „Revolutionsapparates“ waren die Folge.

Eine Reihe der mittlerweile den Ermittlungsbehörden bekannten Akteure des M-Apparates des Bezirks Niedersachsen und seiner Unterbezirke war um die Jahreswende 1923/24 untergetaucht. Das galt auch für

---

<sup>101</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 22.

<sup>102</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 8.

<sup>103</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 8.

<sup>104</sup> KAUFMANN/REISENER/SCHWIPS/WALTHER 1993, 92 f.

<sup>105</sup> EBD., 93.

Robert Neddermeyer, Ernst Ehlert, August Weisheit und Dietrich Wentz. Neddermeyer („Miele“) hatte offenbar gegen einfachste Grundregeln der Geheimhaltung und Absicherung verstoßen. Bei einer Wohnungsdurchsuchung gerieten der Polizei seine Berichte über den Auf- und Ausbau des M-Apparates im Bezirk in die Hände.<sup>106</sup> Er selbst lebte über einige Monate in der Illegalität, bevor ihm ein Reichstagsmandat im Mai 1924 Immunität sicherte.<sup>107</sup> Ehlert („Säugling“) wurde rasch verhaftet. In seiner Wohnung stieß die Polizei nach Angaben Neddermeyers sogar auf ein Verzeichnis der „Rauchwaren“ (Waffen).<sup>108</sup> Auch Schmidt, Pflüger und Meyer wurden frühzeitig festgenommen.

Nach August Weisheit, seiner Verlobten Frieda Ballasejus und seinem Freund Dietrich Wentz wurde seit Anfang Februar 1924 per Steckbrief reichsweit gefahndet.<sup>109</sup> Frieda Ballasejus geriet der Polizei am 3. März 1924 in die Hände. Da sie zu jenem Zeitpunkt hochschwanger war und man ihr glaubte, dass sie weder wirkliche Mitwisserin noch Tatbeteiligte im Verfahren wegen des Sprengstoffanschlages auf das Oberpräsidium in Hannover war, setzte man sie nach einer Woche wieder auf freien Fuß. Sie kehrte erst zu ihrem Vater nach Klein-Oschersleben zurück, wo sie im Mai einen Sohn zur Welt brachte, später verzog sie zu ihrem Bruder nach Berlin. Über die KPD-Zentrale in der Rosenthaler Straße erhielt sie regelmäßig Informationen über Aufenthaltsort und Befinden des untergetauchten Weisheit, sogar briefliche Kontakte existierten, wie die Polizei ermittelte.<sup>110</sup>

Dietrich Wentz hielt sich anfangs in Göttingen, wo er auch an der Universität eingeschrieben war, versteckt. Seinen Handkoffer mit Material konnte die Polizei im Januar 1924 beschlagnahmen. Wentz flüchtete nach Berlin und lebte dort unter dem Namen Josef Gormann. Bei einem Besuch in Bielefeld wurde er am 5. Juli 1924 festgenommen.<sup>111</sup> Im Februar 1926 verurteilte ihn das Gericht unter Anrechnung seiner Untersuchungshaft zu drei Jahren und sechs Monaten Gefängnis.<sup>112</sup> Nach der Haftentlassung 1929 nahm Wentz sein Studium in Göttingen wieder auf und wurde dort Leiter der kommunistischen Studentenfraktion (Kostrufa). Nach der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten diente er der Gestapo als V-Mann.<sup>113</sup> Die KPD warnte im Juli 1934 in einer „Schwarzen Liste“ vor ihm als Spitzel.<sup>114</sup>

August Weisheit war vermutlich anfangs in einer konspirativen Wohnung in Hannover untergetaucht. Über seine Eltern in Oerlinghausen wurde von den Behörden die Postkontrolle verhängt, um seinen Aufenthaltsort zu ermitteln. Daraus ergab sich der Hinweis, dass Weisheit von seinen Angehörigen postlagernd Geld an eine Adresse in Northeim zugesendet wurde. Diese Information wie die von Zeugen, dass er zur besseren Tarnung „einen dunklen Spitzbart und auch zeitweise einen Klemmer oder Brille“ tragen sollte, brachten die Polizei jedoch nicht auf seine Spur. Von der Roten Hilfe, der kommunistischen Hilfsorganisation für politische Häftlinge, wurde Weisheit schließlich nach Berlin „überwiesen“. Von dort schrieb er am 21. März 1924

---

<sup>106</sup> Sozialdemokratischer Pressedienst vom 24. Oktober 1930. S. dazu Schreiben des Polizeipräsidiums Hannover an das Polizeipräsidium Bielefeld, 30. September 1924, in: LAV NRW OWL, M 4 Nr. 38 Bl. 37.

<sup>107</sup> NEDDERMEYER 1980, 128.

<sup>108</sup> EBD., 122.

<sup>109</sup> Sonderbeilage zum Öffentlichen Anzeiger des Regierungsamtsblattes (Hannover) vom 2. Februar 1924 und Deutsches Fahndungsblatt, Stück 7490.

<sup>110</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Unterband C.

<sup>111</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Hauptband III und Unterband F. Im Koffer von Wentz fand die Polizei Listen mit den Namen Dutzender Personen aus dem Raum Ostwestfalen und Lippe. Unter „Intellektuelle“ wurde u.a. der Bielefelder Rabbiner Dr. Hans Kronheim geführt. Sinn und Zweck dieser Aufstellungen erschlossen sich den Behörden nicht. Unklar ist daher auch, ob die aufgelisteten Personen als Ziele, die es zu Beginn des Aufstandes auszuschalten galt, in Betracht gezogen worden sind.

<sup>112</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 24.

<sup>113</sup> Vgl. SIEGFRIED GRUNDMANN, Der Geheimapparat der KPD im Visier der Gestapo – Das BB-Ressort. Berlin 2008, 75, 85.

<sup>114</sup> Russisches Staatsarchiv für die sozialpolitische Geschichte, Moskau (RGASPI), Bestand 458, Findbuch 9, Akte 393 (online abrufbar unter <http://rgaspi-458-9.germandocsinrussia.org/de/nodes/396-akte-nr-393-aus-den-dokumenten-des-mitteuropaischen-landersekretariats-des-ekki-der-komintern-l#page/34/mode/inspect/zoom/4>, letzter Aufruf: 10. November 2015). Zu Wentz heißt es: „Trat in die NSDAP über. Spitzel. War Leiter der Roten Studenten, hatte seit 1932 politische Differenzen. Student, ca. 30 Jahre alt, hager, Vogelgesicht. Hält sich im Rheinland auf und wurde auch in Berlin gesehen.“

seinem Vater zu dessen Geburtstag einen Brief, der in die Postkontrolle geriet. Als Absender war ein Ernst Grote, der von Oerlinghausen nach Berlin verzogen war, genannt. Ein Einsatz der dortigen Polizei erbrachte ebenfalls keine neuen Erkenntnisse.<sup>115</sup>

Im Archiv der Komintern in Moskau existiert eine nur drei Seiten umfassende Akte zu August Weisheit. In dieser findet sich ein Schreiben des untergetauchten Funktionärs an die Leitung der Roten Hilfe vom 13. März 1924:

„Die politische Entwicklung der letzten Monate in Deutschland lässt m.E. die Meinung als berechtigt erscheinen, dass für eine längere Periode kaum mit entscheidenden Kämpfen in Deutschland zu rechnen ist. [...] Von der Staatsanwaltschaft Hannover werde ich seit dem 1.2.24 steckbrieflich verfolgt wegen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz (wahrscheinlich in Verbindung mit dem Noske-Attentat). Weiter bin ich von der Staatsanwaltschaft Bielefeld wegen einer Rede in einer Demonstrationsversammlung unter Anklage gestellt (Landfriedensbruch – Rädelsführerschaft).<sup>116</sup> Außerdem sollen im Unterbezirk Bielefeld in letzter Zeit umfangreiche Verhaftungen vorgenommen worden sein in der Parteimitgliedschaft, die in Verbindung gebracht werden mit Munitions- und Waffenbeschaffungsaktionen während der Monate Oktober und November vorigen Jahres. Es ist möglich, dass die Untersuchung des zuletzt Aufgeführten meine Verantwortlichkeit dafür aufdecken wird.“<sup>117</sup>

Aufgrund seiner Französisch-Kenntnisse bat Weisheit um die Ausstellung von gefälschten Reisedokumenten nach Frankreich. Etwa ein halbes Jahr später gelangte er mit einem in der Fälscherwerkstatt in Neukölln hergestellten französischen Reisepass auf den Namen Alfons Barmotte nach Paris. Geld erhielt er offenbar über die KPD, später über die Parti Communiste Français (PCF). Obwohl den Behörden beim Ausheben der Fälscherwerkstatt eine Liste in die Hände fiel, welche die Ausgabe des gefälschten Reisedokumentes an Weisheit belegte, hielt man als Fluchtziel und Aufenthaltsort die Sowjetunion für wahrscheinlicher. Selbst als Mitte 1926 Frieda Ballasejus und ein weiterer Zeuge in Vernehmungen angaben, er würde sich in Paris aufhalten und arbeitslos sein, zeigte die Polizei sich nicht überzeugt. Aufgrund einer Amnestie wurden im August 1928 schließlich Steckbrief und Fahndung gegen Weisheit zurückgenommen.<sup>118</sup> Der Oerlinghauser Bürgermeister vermochte daraufhin dem Oberreichsanwalt zu melden, dass „nunmehr durch die Angehörigen des Weisheit bekannt [wird], dass er in Paris geweiht hat.“<sup>119</sup>

Trotz Einstellung der Strafverfolgung blieb Weisheit vorerst in Frankreich. 1928/29 ging er mit seiner neuen französischen Verlobten Hermance Mercusot nach Marseille, wo er unter dem Namen „Grelet“ einen nicht bekannten Auftrag der PCF verfolgte.<sup>120</sup> Erst Mitte 1931 kehrte Weisheit nach Deutschland zurück und nahm wiederum in der Ortsgruppe Oerlinghausen und in der Unterbezirksleitung Bielefeld Aufgaben wahr. Im Januar 1932 erhielt er bei den lippischen Kommunalwahlen ein Mandat in der Oerlinghauser Stadtverordnetenversammlung und eines im Lemgoer Kreistag. In der Unterbezirksleitung wurde er Zeitungsobmann und zeichnete über mehrere Monate hinweg als Redakteur für den Lokalteil im KPD-

---

<sup>115</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 22 und LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 4214.

<sup>116</sup> Vermutlich handelt es sich um eine verbotene Demonstration vom 13. Oktober in Bielefeld. An diesem Tag wurde Weisheit für drei Tage in Haft genommen. Vgl. Eintrag auf der Einwohnermeldekarte der Stadt Oerlinghausen.

<sup>117</sup> RGASPI, 495/205/9668.

<sup>118</sup> Oberreichsanwalt an Polizei in Oerlinghausen, 4. August 1928, in: Kreisarchiv Lippe, Bestand Stadtarchiv Oerlinghausen, Nr. 232.

<sup>119</sup> Bundesarchiv Berlin, 30.03 13 J 137/24, Bd. 22.

<sup>120</sup> Die französische Sicherheitspolizei Sûreté legte für Weisheit im Oktober 1924 eine Karteikarte an. Darauf findet sich der Vermerk „faux passeport communiste agence de Berlin“, in: Archives Nationales (Fontainebleau), coté 19940508 art. 2011.

Organ *Der Kämpfer* verantwortlich. Daneben allerdings bemühte er sich erneut als M-Leiter um die militärische Ausbildung einer geheimen Einheit des Rotfrontkämpferbundes (RFB) in Brackwede und Steinhagen.<sup>121</sup>

## Die Prozesse gegen den niedersächsischen M-Apparat

Am 7. Mai 1924 erging gegen maßgebliche Mitglieder des M-Apparates des Unterbezirks Hannover ein Urteil wegen Sprengstoffvergehens und Vorbereitung und Beteiligung an Anschlägen. Der Angeklagte Weisheit entging durch seine Flucht einer Zuchthausstrafe. Der Waffenbeschaffungskommissar Schmidt erhielt sechs Jahre, Ehlert („Säugling“) drei Jahre und Meyer zwei Jahre und sechs Monate Zuchthaus.<sup>122</sup>

Im Sommer 1924 wurden vor dem Schöffengericht Hannover weitere 14 Mitglieder des M-Apparates und der Proletarischen Hundertschaften des Unterbezirks Hannover, vor allem Beteiligte am Sprengstoff- und Munitionsdiebstahl in Lohnde, der unter Leitung von Ehlert stattfand, zu Haftstrafen von einem bis zu zwei Jahren und drei Monaten verurteilt. Das sozialdemokratische *Volksblatt* aus Detmold berichtete über den Prozess und wies auf Indoktrinations- und Einschüchterungsversuche der Angeklagten durch Robert Nedermeyer und den seit 1924 in Zentrale und Reichstag sitzenden Iwan Katz hin. Neben einer angedeuteten Parallele zum Munitionsdiebstahl in Hagen enthielt der Artikel das Fazit:

„Damit ist wieder einmal ein Dutzend irregeleiteter Arbeiter, die im verblendeten Fanatismus glaubten, für ihre Ideale zu kämpfen, Opfer der Verbrechertaktik und Verführung der KPD geworden. Die eigentlichen Drahtzieher gehen wieder leer aus. Sie sind entweder durch Abgeordnetenimmunität geschützt oder halten sich so im Hintergrunde, dass niemand ihnen etwas anhaben kann.“<sup>123</sup>

Im Frühjahr 1930 wurden wiederum Sprengstoffattentate und Terrorakte in Hannover und Umgebung von 1923/24 vor Gericht verhandelt. Dabei kam es zu stürmischen Tumulten und Auseinandersetzungen zwischen kommunistischen Angeklagten und kommunistischen Zeugen. Erich Schmidt, damals Waffenbeschaffungskommissar sowie Vorsitzender der Roten Hilfe, und andere Genossen hatten bei Polizei und Staatsanwaltschaft „ausgepackt“. Besonderen Zorn zog dabei der Zeuge Schmidt auf sich. Wegen des Sprengstoffanschlages auf das Oberpräsidium war er im Mai 1924 mit sechs Jahren Zuchthaus bestraft worden.<sup>124</sup> Im „linkskommunistischen“ Berliner Blatt *Volkswille* ließ er sich außerdem über Parteigrößen aus. Die KPD führte Schmidt seit Juni 1929 auf einer internen schwarzen Liste. Bei einem Gang auf das Hannoveraner Arbeitsamt wurde er am 10. Oktober 1930 durch Karl Lohmann erschossen. Der Täter war im Frühjahr 1929 wegen Beteiligung an einem Sprengstoffdelikt verurteilt worden und nach seiner Entlassung wieder in der KPD aktiv. Polizei und Presse gingen von einem Auftrags- bzw. Fememord aus, zumal Lohmann in die Sowjetunion geflüchtet war.<sup>125</sup>

---

<sup>121</sup> LAV NRW Westfalen (Münster), Generalstaatsanwaltschaft Hamm, Erinstanzliche Verfahren, O.J. 143/33. Ein biographischer Beitrag des Verfassers über August Weisheit ist in Arbeit.

<sup>122</sup> Urteil gegen Ehlert u.a., 7. Mai 1924, in: Bundesarchiv Berlin, 30.03. 13 J 137/24, Bd. 1, sowie Westfälische Zeitung vom 8. Mai 1924.

<sup>123</sup> Volksblatt vom 27. September 1924.

<sup>124</sup> Sozialdemokratischer Pressedienst vom 21. Januar 1930.

<sup>125</sup> Sozialdemokratischer Pressedienst vom 18. Januar und 24. Oktober 1930. S. auch die Akte des Reichsinnenministeriums, Oktober 1930, in: RGASPI, Bestand 458, Findbuch 9, Akte 64 (online abrufbar unter <http://rgaspi-458-9.germandocsinrussia.org/de/nodes/65-akte-nr-64-dokumente-des-reichsministeriums-des-innern-sonderhefte-zu-der-beteiligung-der-kpd-an-te#page/1/mode/grid/zoom/1>, letzter Aufruf: 10. November 2015).

## Die Folgen in Lippe

Die Verhaftungswellen in Lippe<sup>126</sup>, die auf das Auffinden interner Papiere der KPD und auf Aussagen von Beteiligten zurückgingen, führten dazu, dass sich trotz seiner Immunität auch der lippische Landtagsabgeordnete und Leiter des Arbeitsgebietes Lippe, Adolf Scholz, „entfernte“, wie die *Lippische Landeszeitung* lakonisch feststellte, und erst im Februar wieder in Lemgo einfand.<sup>127</sup> Um die Genehmigung zu seiner Strafverfolgung debattierten die Abgeordneten in der Landtagsitzung am 6. Juni 1924. Scholz selbst war bemüht, seine Beteiligung und die der Genossen am Munitionsdiebstahl als einen „Akt der Notwehr“ dazustellen:

„Die Gefahr des Faschismus nahm immer größere Maße an und der Wirrwarr in Deutschland war an der Tagesordnung. Da soll man es der Arbeiterschaft nicht verdenken, dass sie zur Selbsthilfe schritt. [...] Es war lediglich der Trieb, dem Gegner die Mittel zu nehmen, die er benutzen wollte, um die Arbeiterschaft niederzuschlagen.“<sup>128</sup>

Die festgenommenen Genossen zeigten sich indes sehr aussagebereit, wie Oberstaatsanwalt Tornau in Detmold bemerkte. Nach dem Putschversuch Hitlers in München vom 9. November 1923 wäre aber die immer wieder gelieferte Begründung für die Tat, nämlich die Furcht vor einem Rechtsputsch in ganz Deutschland, bei dem auch die Munition in Hagen zum Einsatz hätte kommen können, kaum zu widerlegen. Dass die Munition vor allem einem gewaltsamen Umsturz, somit der Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens, dienen sollte, wurde bis auf äußerst wenige Ausnahmen vehement bestritten. Der Oerlinghauser Richard Reuter, von welchem der Oberstaatsanwalt berichtete, er überrage an Bildung und Fähigkeiten das sonstige Maß der Ortsgruppenführer erheblich, sagte im Februar 1924 aus: „Die Lage war damals so angespannt, dass wir jeden Tag mit einem Losschlagen der Nationalsozialisten oder ähnlicher Verbände rechneten.“<sup>129</sup>

Noch im Juli und Oktober 1924 kam es zu Verhaftungen in Lippe wegen der Beschaffungsaktion in Hagen. Aber es blieb demzufolge nur die Anklageerhebung wegen schweren Diebstahls, unbefugten Munitionsbesitzes, Verstoßes gegen das Gesetz zur Rückführung von Waffen in den Besitz des Reiches, der Unterlassung der Anzeige eines verheimlichten Waffenlagers, sowie der Bildung eines bewaffneten Haufens und der Geheimbündelei, nicht die wegen Vorbereitung zum Hochverrat.<sup>130</sup> Zu brisant erschien es aber den staatlichen Organen, wenn die Existenz geheimer Munitionslager der Reichswehr und damit der Verstoß gegen die Auflagen des Versailler Vertrages in einem Prozess ans Licht kämen. Eine Verhandlung wurde daher immer wieder verschoben. Noch im Januar 1925 hielt das Auswärtige Amt in einem Schreiben an das Landespräsidium in Detmold diese zeitliche Aufschiebung für geboten. Die Erörterung darüber, wie die Munition in die Scheune des Landwirtes Krietenstein gelangt sei und in wessen Eigentum sie stehe, könne kaum zu umgehen sein: „Im Hinblick auf etwaige ungünstige außenpolitische Folgen [...] erachtet auch das Auswärtige Amt eine einstweilige Zurückstellung der Anklage für dringend erwünscht.“<sup>131</sup> Zu einer Anklageerhebung und einem Prozess gegen die lippischen Beteiligten kam es nie.

---

<sup>126</sup> Volksblatt vom 1. und 4. Februar 1924, LZ vom 5. und 6. Februar 1924.

<sup>127</sup> LZ vom 13. Februar 1924.

<sup>128</sup> PROTOKOLLE DER LIPPISCHEN LANDTAGSVERHANDLUNGEN, Sitzung vom 6. Juni 1924, 606-608.

<sup>129</sup> Aussage Reuters, 15. Februar 1924; in: LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 4214.

<sup>130</sup> Bericht des Oberstaatsanwaltes in Detmold, 7. April 1924, in: LAV NRW OWL, L 10 Nr. 536.

<sup>131</sup> Auswärtiges Amt an Lippisches Landespräsidium, 31. Januar 1925, in: LAV NRW OWL, D 23 Detmold Nr. 4214.

## Fazit

Der KPD gelang es noch für einige Zeit nach der Aufhebung des Ausnahmezustandes am 28. Februar und des Parteiverbots am 1. März 1924 ihren politischen Einfluss zu halten und ihn teilweise sogar in Betriebsräten, bei Streiks und in Wahlen auszubauen. Doch als Folge der ausgebliebenen Revolution und der scheinbar endlosen innerparteilichen Streitigkeiten schmolz die Mitgliedschaft zusammen. Allein in der ersten Hälfte des Jahres 1924 verlor die Partei wesentlich mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder.<sup>132</sup> Die Rest-Partei radikalisierte sich weiter, war nun von einer links dominierten Zentrale geführt, die noch im Juli 1924 behauptete, dass eine „revolutionäre Situation“ bestehe und die Revolution vorbereitet werden müsse. Mit Weber lassen sich drei Folgen des gescheiterten Aufstandsversuches festhalten: die endgültige Vorherrschaft über die KPD durch die Komintern, die Einschwörung der Mitgliedschaft auf die Sowjetunion als Vorbild sowie die Tatsache, dass der Deutsche Oktober ein Putschversuch war, der den Interessen der Komintern dienen sollte.<sup>133</sup>

---

<sup>132</sup> Waren es im September 1923 294.230, gibt Weber für den April 1924 121.394, für das zweite Quartal 95.000 und für das dritte Quartal 136.000 Mitglieder an. Vgl. WEBER 1969, 362 f. und WEBER 2003, 29 f. Für den Bezirk Niedersachsen: 6.308 (1923), 6.275 (1924) und 1.000 (1925). Vgl. WEBER 1969, 387 f. Zahlen für Lippe liegen leider nicht vor.

<sup>133</sup> WEBER 2003, 31-32.

# Wohnkultur und Wohnstandards unterschiedlicher Sozialgruppen unter einem Dach: Raumausstattung als höfisches Distinktionsmerkmal am Beispiel des Detmolder Neuen Palais

von Thomas M. Dann

## Instrumente sozialer Differenzierung bei Hofe

Der Hofstaat bestand aus den nichtadeligen Bediensteten, den Inhabern von Ehrenämtern und den hochrangigen Hofwürdenträgern. Prestige, soziale Wertschätzung, Autorität und Macht, die eine Person als Hofbediensteter hatte, standen synonym für den sozialen Status. An diese Position waren zumeist bestimmte Privilegien, Fähigkeiten, Rechte und Pflichten gebunden. Der soziale Status innerhalb des Hofstaates ließ sich objektiv durch gegebene Größen wie Beruf, Einkommen und Ausstattung der Dienstwohnung festmachen. Unterschiede im Status wurden durch Symbole legitimiert und gefestigt. Der hierarchischen Differenzierung des Hofstaates entsprach eine solche in der Ausgestaltung der Dienstwohnungen und -zimmer selbst. Die abgestufte Durchbildung der Raumausstattungen diente als Instrument der sozialen Differenzierung. Die Repräsentation des Ranges durch die Form war für die gesamte Lebensgestaltung am Fürstenhof charakteristisch. Der konkrete Rang eines Hofbediensteten war abhängig von seiner Tätigkeit.

Grundsätzlich fällt bei der Beobachtung des Lebens und Treibens am Fürstenhof eine Vielfalt an Personal, eine Differenzierung der Dienstleistung auf. Sie ist typisch für die Durchformung des Geschmackes genauso wie für die häusliche Kultur des Fürstenhofes. Zumeist waren die Tätigkeitsbereiche der Bediensteten ebenso wie ihre Unterkünfte bewusst von den Wohn- und Gesellschaftsräumen der Fürstenfamilie abgegrenzt. Je bedeutender der Fürst und je größer die Residenz, desto weiter entfernt konnten die Funktionsbereiche angelegt werden.

Für das Neue Palais in Detmold, Wohnpalais des lippischen Fürsten Leopold III. (1821-1875 – Abb. 1) und seiner Ehefrau Elisabeth (1833-1896), einer geborenen Prinzessin von Schwarzburg-Rudolstadt, lässt sich eine offensichtliche räumliche Nähe zwischen Hofbediensteten und fürstlicher Familie feststellen. Man wohnte quasi unter einem Dach. Im hochrepräsentativen Bereich galt das Antichambre als „Ausdruck dieser Gleichzeitigkeit von ständiger räumlicher Nähe und ständiger sozialer Ferne, von innigem Kontakt in der einen Schicht und strengster Distanz auf der anderen.“<sup>1</sup> Dieses Vorzimmer befand sich als Bestandteil der Königszimmer in dem zu dieser Zeit für festliche Anlässe genutzten Detmolder Residenzschloss.

## Das Neue Palais und seine Baugeschichte

Südlich der Detmolder Kernstadt liegt am Fuße des Büchenbergs ein dreiflügeliger Massivbau mit flachem Walmdach: das Neue Palais (Abb. 2 und 3).<sup>2</sup> 1718 fertiggestellt und in den Bauplänen als *Favorite* bezeichnet, war es ein Geschenk des lippischen Grafen Friedrich Adolph (1667-1718) an seine Frau, Gräfin Amalie zu Solms-Hohensolms. Zugleich entstand in östlicher Richtung ein axial angelegter Barockgarten im französischen Stil. Bald erfolgte eine Umbenennung des Gebäudes: Aus der Verbindung der Vornamen Friedrich-Amalie-Adolf entstand *Friedamadolfsburg*. Nach dem Tod des Grafen nutzte seine Ehefrau das Gebäude zusammen mit ihren jüngsten Kindern als Witwensitz. Ende des 18. Jahrhundert war das Gebäude in einem

<sup>1</sup> NORBERT ELIAS, Die höfische Gesellschaft. 6. Aufl., Frankfurt am Main 1992, 78.

<sup>2</sup> Zur Bau- und Ausstattungsgeschichte siehe: GERHARD PETERS, Das Fürstliche Palais in Detmold. Architektur und Geschichte von 1700 bis 1950 (Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 34) Detmold 1984. THOMAS M. DANN, Neues Palais Detmold (Lippische Kulturlandschaften Heft 16), Detmold 2010.

schlechten Zustand und wurde nur noch von Hofbediensteten bewohnt. Erst ab den 1840er Jahren lagen konkrete Umbaupläne für die *Burg* auf dem Tisch. Fürst Leopold II. (1796-1851) ließ das Gebäude für seinen Sohn, den Erbprinzen und späteren Fürsten Leopold III., umfangreich herrichten. Der lippische Baurat Ferdinand Brune (1803-1857) lieferte die Pläne, welche vom Berliner Architekten Johann Heinrich Strack (1805-1880) überarbeitet wurden. Es entstand ein in seiner Zeit hochmodernes Palais, das fortan Neues Palais genannt wurde. Der damaligen Konvention folgend, bewohnte das fürstliche Ehepaar getrennte Etagen: der Fürst das Erdgeschoss, die Fürstin Elisabeth das Obergeschoss. 1852 fand der Einzug in die mit aufwändigen Ausstattungen in historistischen Stilen versehenen Räume statt (Abb. 4 und 5).

In der Dreiflügelanlage waren nicht nur die fürstlichen Wohn- und Repräsentationsräume untergebracht, sondern neben zahlreichen Gästezimmern auch Räume für die Mehrzahl der für das Funktionieren des Hofes zuständigen Bediensteten.<sup>3</sup> Im 2. Obergeschoss des Corps de Logis lagen neben zahlreichen Garderobenzimmern die Wohnung der Hofdame (Wohnzimmer- und Schlafzimmer) bzw. das jeweilige Zimmer der Kammerfrau und Jungfer der Kammerfrau. Die beiden Flügelbauten wurden genutzt für die Zweiraumwohnung des Oberhofmarschalls und Zimmer für den Küchenmeister, den Kammerdiener, den Kutscher, das „Mädchen“ und die Lakaien, die sich zu zweit ein Zimmer teilen mussten. In dem unweit vom Neuen Palais gelegenen und im 20. Jahrhundert abgerissenen Marstall befanden sich außerdem die Zweizimmerwohnung des Hofgärtners und die Zimmer des Mundkochs, des Küchenlehrlings, des Jägers und des Stallknechts.

### **Aufgaben, Einkommen und Status ausgewählter Bediensteter am fürstlich-lippischen Hof um 1850**

Im folgenden Abschnitt sollen im Überblick die Tätigkeitsstrukturen ausgewählter Hofbediensteter vorgestellt, deren Ausstattungsstandards in ihren Dienstwohnungen im Neuen Palais später miteinander verglichen und schließlich auch in ein Verhältnis zu ihrem Einkommen gesetzt werden. Die angeführten, in Klammern gesetzten Jahreseinkommen in Reichstalern (Rt.) sind mit Ausnahme des Hofmarschalls und der Hofdame einem Verzeichnis der Dienerschaft des lippischen Hofes von ca. 1850 entnommen.<sup>4</sup> Die Einkommen des Hofmarschalls und der Hofdame wurden in Analogie zu Einkommenslisten anderer deutscher Fürstenhöfe bestimmt.

Der Hofmarschall war „der Marschall an einem fürstlichen Hofe, welcher einer der vornehmsten Hofbedienten ist, von welchem die ganze innere Haushaltung des Hofes abhängt, wenn er nicht, wie an großen Höfen üblich ist, einen Ober=Hof=Marschall über sich hat, welcher zugleich seine eigene Gerichtsbarkeit über die Hofbedienten ausübt.“<sup>5</sup> Der Hofmarschall war somit der Personal- und Verwaltungschef des fürstlichen Hofes. Die Vertrauensstellung wurde stets mit einem Adligen besetzt (geschätzte ca. 1500-2000 Rt.).

Eine Hofdame war „eine vornehme Dame, gräflichen oder adeligen Geschlechts, sofern sie an einem fürstlichen Hofe lebt, und zum Dienste oder Gesellschaft der Fürstin bestimmt“.<sup>6</sup> In Europa waren die Hofdamen keine Hofbeamten und verrichteten bloße Ehrendienste, bzw. fungierten als Gesellschafterinnen. Diese Vertrauensstellung wurde nur mit hoffähigen Adligen besetzt (geschätzte 500-700 Rt.).

---

<sup>3</sup> Für die vorliegende Untersuchung wurden die Rauminventare von 1853 (LAV NRW OWL, L 98 Nr. 400) und von 1877 (LAV NRW OWL, L 98 Nr. 396) verwendet.

<sup>4</sup> LAV NRW OWL, L 98 Nr. 204.

<sup>5</sup> JOHANN GEORG KRÜNITZ, Oekonomische Encyclopädie oder allgemeines System der Staats- Stadt- Haus- und Landwirthschaft. 242 Bde., Berlin 1773-1858, Bd. 85 (1802).

<sup>6</sup> KRÜNITZ 1773-1858, Bd. 24 (1781).

Der Küchenmeister hatte die „oberste Aufsicht über die Küche und die Küchen=Bedienten, [...]. Er hat dafür zu sorgen, daß in der Küche alles sauber und ordentlich nach der Herrschaft oder des Hof=Marschalles Befehl verrichtet werde. Bey dem Anrichten und Auftragen der Speisen, und bey Besetzung der Tafel, muß er gegenwärtig seyn, daher er auch wissen muß, wie die Tafeln ordentlich sowohl, als bey außerordentlichen Gelegenheiten zu besetzen sind. Er weiset die zum Küchen=Etat gehörigen Gelder an, verschreibt die nöthigen Victualien, dass sie zu rechter Zeit aus erster Hand anlangen, macht auch wohl den Küchen=Zettel und wohnt der Abnahme der Küchen=Rechnung bey“<sup>7</sup> (600 Rt.).

Der Kammerdiener war „ein Diener oder Bedienter, welcher unter den niedern Hofbedienten den ersten Rang hat, und seinen Herren in dessen Wohn= und Schlaf=Zimmer bedient, im Unterschiede zu den geringen Lackeyen. Die Kammerdiener tragen keine Livrée, sondern kleiden sich nach eigenen Belieben und gemeinlich werden die abgelegten Kleider ihres Herren unter sie verteilt“<sup>8</sup> (500 Rt.).

Der Mundkoch war „an den Höfen ein Koch, welcher allein die für die herrschaftliche Tafel nöthigen Speisen zurichtet“<sup>9</sup> (300-450 Rt.).

Der Lakai war ein „Livrée=Bedienter zu Fuße, welcher zur Aufwartung und vornehmlich zum Verschicken zu Fuße, im Hause und in der Stadt, auch über Land wohl gebraucht wird“<sup>10</sup> (100-180 Rt.).

Ein Kalfaktor am fürstlich lippischen Hof hatte folgende Aufgaben: Spülen von Flaschen und Gläsern im Keller, Botengänge für den Kastellan und die Kasse, Messerputzen in der Tafeldeckerei, Aufwarten und Decken des Kammertisches, Reinigen und Putzen der Hof- und Ganglaternen, Füttern der Hunde und das Heizen einiger Räume (100-180 Rt.).

Jäger oder Hofjäger waren die Leute, „[...] auf deren Fleiß von Rechts wegen es bey dem wirklichen Jagen hauptsächlich ankommt. Sie haben zugleich die Aufsicht über die Hunde und deren Wartung“<sup>11</sup> (100 Rt.).

## **Möbel in verschiedenen Qualitätsstufen und ihre Preise**

Die Neuausstattung im Neuen Palais wurde durch Inventare dokumentiert, in welchen sich grundsätzlich vier verschiedene Qualitätsgruppen an Mobiliar im Hinblick auf Materialwahl, Verarbeitung, Dekoration, und Oberflächenbehandlung nachweisen lassen.<sup>12</sup>

Das unterste Niveau, Gruppe 1, nahmen Tannenholzmöbel ein, die mit maserungsimitierender Malerei überzogen waren.<sup>13</sup> Diese Möbel täuschten mit ihrer Oberflächenbehandlung kostbarere furnierte Möbel-

---

<sup>7</sup> KRÜNITZ 1773-1858, Bd. 54 (1791).

<sup>8</sup> KRÜNITZ 1773-1858, Bd. 33 (1785).

<sup>9</sup> KRÜNITZ 1773-1858, Bd. 96 (1804).

<sup>10</sup> KRÜNITZ 1773-1858, Bd. 58 (1792).

<sup>11</sup> KRÜNITZ 1773-1858, Bd. 24 (1781).

<sup>12</sup> Vgl. Anm. 3.

<sup>13</sup> Maserierung ist eine Holzimitation mit malerischen Mitteln. Die Sichtflächen der Tannenholz-Möbel waren in Lasurtechnik bestrichen. Nach dem Grundieren, Spachteln und Schleifen der Möbeloberflächen wurde ein beiger bis ockergelber Ölfarbanstrich aufgebracht. Der Farbton des Lackes ergab später die hellen Stellen des Holzimitates. Auf diesen Lack kam eine dunkelbraune Lasur, die mit dunklem Bier abgebunden war. Diese Lasur wurde mit unterschiedlichen Spezialwerkzeugen bearbeitet, bis der gewünschte Masereffekt erzielt war. Zu diesen Spezialwerkzeugen zählten Dachshaarpinsel, Rindshaarschläger, Modler, Kämme, Rakeln, kleine Bürsten und vieles andere mehr. Wurzel- und Asteffekte wurden durch Aufspritzen von Spiritus erreicht. Bevorzugt wurden Nussbaum- und Eichenholz imitiert. Schließlich erhielt das Möbel noch einen zweifachen Lacküberzug, um die feuchtigkeitsempfindliche Maserierung zu schützen. Die Behandlung eines Kleiderschranks kostete um 1850 im Fürstentum

oberflächen z.B. aus Nussbaum- oder Mahagoniholz vor, waren aber insgesamt deutlich preiswerter als die Vorbilder.

Ein Stufe darüber, in der Gruppe 2, befanden sich Nadelholzmöbel mit heimischem Nussbaumfurnier überzogen und poliert. Durch das Furnieren wurde der Nadelholzkörper mit einem kostbareren Holz bedeckt. Hiermit sollte der Eindruck erweckt werden, als sei das Möbel durch und durch aus diesem edlen Holz gearbeitet. Massiv aus kostbaren Hölzern hergestellte Möbel waren aber selten, da vor allem Holzarten wie Palisander oder Mahagoni aus den Tropen eingeführt wurden und auf dem hiesigen Markt nach Gewicht verkauft wurden. Auch heimisches Nussbaumfurnier war im Vergleich zu Nadelholz deutlich teurer. Die abschließende Politur des Nussbaumholzes verschloss die Poren und schützte die Oberfläche z.B. gegen Feuchtigkeit.

Mobiliar aus den unteren Qualitätsgruppen lässt sich nicht mehr im Original für das Neue Palais nachweisen. Dies hat mehrere Gründe. Da Inventarnummern auf den erhaltenen, heute im Detmolder Residenzschloss aufbewahrten Möbeln fehlen, ist ein Zusammenhang zu den überlieferten Inventarverzeichnissen aus dem 19. Jahrhundert nicht mehr herzustellen. Zudem dokumentieren die erhaltenen Fotografien aus dem 19. Jahrhundert ausschließlich die Repräsentations- und Wohnräume des Fürstenpaares mit den kostenintensivsten Ausstattungen und nicht die Räume der Hofbediensteten. Außerdem muss berücksichtigt werden, dass die Ausstattungen der Bediensteten einem weitaus höheren Verschleiß unterlagen als die eher der Dekoration denn einer konkreten, abnutzenden Funktion dienenden exklusiven Solitärmöbel der Prunkräume.

In der dritten Qualitätsstufe, Gruppe 3, wurde das Nadelholz als Träger der Furniere gelegentlich ersetzt durch das deutlich höherwertige, aber auch teurere Eichenholz. Eichenholz ist ein besonders dichtes und schweres Holz, das sich kaum verzieht und widerstandsfähig gegen Anobien (z.B. Holzwurm) ist. Als Furnier leimte man auf dieses Blindholz nun Mahagoni- oder amerikanisches Nussbaumholz, das im Vergleich zu einheimischen Furnieren wie Nussbaum oder Esche deutlich teurer war. Die Politur schützte wiederum die Oberflächen und verlieh dem Möbel einen glänzenden Eindruck.

Die vierte und oberste Qualitätsstufe, Gruppe 4, umfasste Möbelstücke aus Mahagoni und amerikanischem Nussbaumholz, die mit besonders aufwändiger Bildhauerarbeit nach speziellen Entwürfen und mit spezieller Furniertechnik gearbeitet wurden. Diese in aller Regel überdurchschnittlich großen Möbel waren stilistisch zumeist besonders eng an zeitgenössischen Modeströmungen angepasst, wie dem „gothischen“, dem „Neurenaissance-“ oder dem „Rococo-Styl“. Aus den oben bereits angeführten Gründen lassen sich bis heute erhaltene Möbelstücke ausschließlich aus dieser Qualitätsgruppe nachweisen. Ein Beispiel hierfür ist eine Vitrine, die von der Detmolder Hof Tischlerei Beneke ins Neue Palais geliefert und nach einem vorgegebenen Entwurf angefertigt wurde (Abb. 6).<sup>14</sup> Das Möbel befand sich dem Inventar von 1853 folgend im fürstlichen Speisezimmer des Erdgeschosses und wurde unter der Bezeichnung „Ein Silberschrank von Nußbaumholz mit Bildhauerarbeit“ geführt.<sup>15</sup> Das kolossale neugotische Möbel mit einer Höhe von fast drei Metern imponiert durch die reiche Schnitzerei des durchbrochenen Aufsatzes.

Den für die Ausstattung im Neuen Palais nachgewiesenen, in vier differenzierte Qualitätsgruppen eingeteilten Möbeln sollen nun zeitgenössische Handelspreise zugeordnet werden. Der reiche Bestand erhaltener

---

Lippe gut vier, die einer Chiffonière (Schubladenschrank) gut drei Reichstaler. Die Angaben stammen aus dem Bestand von Ausstattungsrechnungen zum Palais-Bau um 1850, LAV NRW OWL, L 92 Nr. 262.

<sup>14</sup> Ausführlich zum Möbel siehe: THOMAS M. DANN, Möbelschätze aus Lippe. Vier Generationen Tischler Beneke in Detmold (1816-1964) (Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 79), Detmold 2011.

<sup>15</sup> LAV NRW OWL L 98, Nr. 400.

Möbelrechnungen zum Neuen Palais diente dabei als Grundlage für Durchschnittspreise im Hinblick auf eine fiktive Raumausstattung in den vier verschiedenen, oben beschriebenen Möbelqualitäten.<sup>16</sup> Das ausgewählte Möbelensemble besteht jeweils aus einem Kanapee, vier Stühlen, einem Tisch, einem Kleiderschrank, einer Kommode und einem Bett. Die in den Rechnungen vorgefundenen Einzelpreise zu Möbeltypen, wie Bettstellen oder Kommoden wurden innerhalb der Qualitätsstufen gemittelt und schließlich rechnerisch die Ensembles (neun Möbelstücke insgesamt) zusammengestellt.

Das Ergebnis daraus lautet wie folgt: Ein Ensemble der untersten Qualitätsstufe, Gruppe 1, (Tannenholz mit Maserierung) kostete durchschnittlich 55 Reichstaler (Rt.). Dieselben Möbeltypen, nun aber mit Nussbaumfurnier belegt und poliert, waren für 89 Rt. zu haben (Gruppe 2). Wurde anstelle des Nussbaumfurniers solches aus Mahagoni gewählt und die Oberfläche poliert, waren schon 168 Rt. zu bezahlen (Gruppe 3). Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Nussbaummöbel fast doppelt so teuer waren wie jene aus maserungsimitierend bemaltem Tannenholz. Die mit Mahagoni furnierten Stücke kosteten ihrerseits doppelt so viel wie die Möbel aus Nussbaumholz und somit praktisch viermal so viel wie die einfachen Tannenmöbel. Die Preisunterschiede zwischen den einzelnen Möbelqualitätsgruppen basierten weniger auf unterschiedlichen Lohnkosten bedingt durch differenzierten technischen Aufwand bei der Möbelherstellung, sondern vor allem auf dem hohen Preis für Furnierholz (Mahagoni und amerikanischer Nussbaum).

Was die Preise der luxuriösen Einzelstücke aus der Qualitätsgruppe 4 betrifft, so sind hier nach oben keine Grenzen gesetzt. Die bereits erwähnte Nussbaum-Vitrine im „gothischen Stil“ (Abb. 6) kostete 268 Rt., eine etwas einfachere Mahagonivitrine im Renaissancestil 132 Rt.<sup>17</sup> In derselben Stillage schlug ein Polsterstuhl mit 14, ein Sofa mit 58 und eine Chaiselongue mit 40 Rt. zu Buche. Ein großer Wandtisch in gotischen Formen wechselte für 64 Rt. den Besitzer. Da sich für nicht alle Möbeltypen des fiktiven Ensembles Rechnungen aus dem Hochpreissektor erhalten haben, kann hier die Gesamtsumme nur geschätzt werden. Jedoch: Für weniger als 500 Rt. werden die neun Möbel nicht zu haben gewesen sein.

### **Welchem Hofbediensteten stand welche Ausstattung zu?**

Wie bereits oben ausgeführt, waren die Ausstattungen mit luxuriösen Einzelstücken und Garnituren aus importiertem Mahagoni- und Nussbaumholz mit bedeutender Bildhauerarbeit den Wohnappartements von Fürst und Fürstin vorbehalten. Mahagonimöbel ohne große Bildhauerarbeit fanden sich in den fürstlichen Gästeappartements und in den Räume des Hofmarschalls und der Hofdame. Für die Kammerfrau ist ein weitgehend vollständiges Mobiliar aus poliertem einheimischem Nussbaum nachweisbar. Vereinzelt Nussbaummöbel neben maserierten Möbeln befanden sich in den Räumen des Kammerdieners und des Hofgärtners.

Der Küchenmeister und der Mundkoch bis hin zum Lakaien und dem Küchenlehrling mussten sich mit gefassten Tannenholzmöbeln (Gruppe 1) begnügen.

Setzt man schließlich die Jahreseinkommen der ausgewählten Hofbediensteten in Verhältnis zu den zugewiesenen Ausstattungsstandards, so fällt auf, dass der Kammerdiener mit einem Einkommen von 500 Rt. eine deutlich höherwertigere Ausstattung als der Küchenmeister mit einem Einkommen von 600 Rt. erhielt. Vom Küchenlehrling (50 Rt.) über den Lakaien (100-180 Rt.) und den „Calefactor“ (100-180 Rt.) bis zum Mundkoch (300-450 Rt.) war die Art des Mobiliars in ihren Dienstzimmern recht ähnlich.

---

<sup>16</sup> Die Rechnungen befinden sich in: LAV NRW OWL, L 92 P Nr. 262.

<sup>17</sup> Vergleiche DANN 2011, ???.

Der hohe Ausstattungsstandard in den Räumen des Hofmarschalls mit ausschließlich Mahagonimöbeln (Sekretär und Schreibtisch zusammen in einem Raum!), bronzierten Gardinenstangen, Gardinenhalter-schlössern und Merinositzmöbelbezügen resultiert aus seinem hohen Status innerhalb der Hofhierarchie. Der Hofmarschall rangiert nach der lippischen „Rang=Ordnung“ von 1790 an zweiter Stelle direkt nach dem „wirklichen Geheimrath“ und dem „Regierungspräsidenten“.<sup>18</sup> Auf Platz 15 findet sich der „Kammerdiener bei dem regierenden Herrn“.<sup>19</sup>

Im Detail betrachtet war der Ausstattungsstandard der Hofdame im Vergleich zu dem der anderen Hofbediensteten - auch im Vergleich zum Hofmarschall - am höchsten, da sie zusätzlich zu dem Mahagonimobiliar auch noch einen Konsoltisch mit weißer Marmorplatte unter dem Pfeilerspiegel in ihrem Wohnzimmer stehen hatte. Die Kombination aus Konsoltisch und Marmorplatte unter einem Pfeilerspiegel war ein klassisches und repräsentatives Ausstattungstopos und befand sich in nahezu allen fürstlichen Räumen im Palais. Damit kommt die Möblierung der Hofdame dem Ausstattungsstandard von Fürst und Fürstin am nächsten. Die Hofdame war eine der wenigen adligen Bediensteten und enge Vertraute der Fürstin.

## **Zusammenfassung und Schluss**

Mobiliar als Rang- und Statusanzeiger funktioniert im Vergleich genauso wie Titel oder Gehalt. So konnte gezeigt werden, dass der hierarchischen Differenzierung des Hofstaates eine Differenzierung in der Ausgestaltung der Dienstwohnungen und -zimmer selbst entsprach. Zugrunde gelegt wurde eine Unterscheidung des Mobiliars in Neuen Palais in vier Qualitätsgruppen, die sich im Preis jeweils von Stufe zu Stufe um annähernd 100 % unterschieden. Festgestellt wurde, dass das Mobiliar der Qualitätsgruppen 3 und 4 dem Fürstenpaar und seinen Gästen vorbehalten war. Die unterste Stufe (Gruppe 1 - Tannenholzmöbel mit Malerei) war für den größten Teil der Hofdienerschaft mit einem Jahres-Einkommen von 50-450 Rt. bestimmt. Erstaunlich ist hier die große Einkommensspanne bei sehr ähnlicher Raumausstattung der Dienstzimmer. Den Übergang in der Ausstattungshierarchie von Gruppe 1 zu 2 markieren der Kammerdiener und der Hofgärtner, da ihnen sowohl furnierte als auch maserierte Möbel zugewiesen wurden. Allein dem Hofmarschall und der Hofdame als besondere Vertrauenspersonen des fürstlichen Paares wurden hochpreisige und prestigeträchtige Ausstattungen zur Verfügung gestellt. Somit stand ihnen nicht nur die größte Grundfläche an Wohnraum, auch ein wichtiger Statusanzeiger bei Hofe, zur Verfügung, sondern auch ein Mobiliar, das dem von Fürst und Fürstin am nächsten kam.

Fazit: Obwohl das Fürstenpaar und der größte Teil der für die Hofhaltung im Neuen Palais zuständigen Bediensteten quasi unter einem Dach lebten, belegt die vorliegende Untersuchung eine scharfe Differenzierung der mit dem sozialen Status, dem Beruf und dem Einkommen aufs Engste verbundenen zugewiesenen Wohnausstattung der Diensträume.

---

<sup>18</sup> LAV NRW OWL, L 98 Nr. 58: „Rang=Ordnung, wonach vorerst nun noch Unser Hofmarschall an Unserem Hof sich richten soll, und zwar nach Anleitung der Grfl. Lippischen vom 20ten Sept. 1719 und Fürstl. Heßischen vom 19ten März 1760.“

<sup>19</sup> Ebd.



*Abb. 1: Fürst Leopold III. zur Lippe, um 1860 (Sammlung T. Dann).*



*Abb. 2: Blick von Nord-Westen auf das Neue Palais, historische Ansichtskarte (Sammlung Budde).*



*Abb. 3: Blick vom Konzerthaus auf das Palais (Foto: Dr. T. Dann).*



*Abb. 4: Empfangssalon im Erdgeschoss, um 1910 (Foto: Schloss Detmold).*



*Abb. 5: Großer Speisesaal im Erdgeschoss, um 1910 (Foto: Schloss Detmold).*



*Abb. 6: Vitrine, Hoftischlerei C. Beneke in Detmold, 1852, Schloss Detmold (Foto: Ulrich Heinemann).*

### Holocaust, Shoah, Reichspogromnacht. Zum Gebrauch der Begriffe

von Andreas Ruppert

Wenn von der antisemitischen Verfolgung erst in Deutschland, dann in Europa durch das nationalsozialistische Deutschland die Rede ist, werden immer wieder Begriffe verwendet, bei denen vorausgesetzt wird, dass jeder sie versteht. Man hat aber oft den Eindruck, dass „Sendern“ und „Empfängern“ Herkunft, Bedeutung und Tragweite der Begriffe eher unbekannt sind und sie unreflektiert eingesetzt werden. Der folgende Beitrag ist ein Versuch, die Begriffe „Holocaust“, „Shoah“ und „Pogrom“ kritisch zu untersuchen und ihre Tauglichkeit in Frage zu stellen. Er sollte als Einstieg zu einer Debatte verstanden werden.

#### Holocaust und Shoah

Im Januar 1992 erinnerte die Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr in ihrer Bildungsstätte am Berliner Wannsee mit einer einwöchigen Veranstaltungsreihe an die Wannseekonferenz vom 20. Januar 1942.<sup>1</sup> Höhepunkte waren die Vorträge von Raul Hilberg, dessen großes Werk über die Ermordung der europäischen Juden zwei Jahrzehnte auf eine deutsche Übersetzung gewartet hatte,<sup>2</sup> und von Henry Friedländer. Friedländer, in New York lehrender Historiker, war 1930 als Heinz Egon Friedländer in Berlin zur Welt gekommen und hatte mehrere Konzentrationslager überlebt, bevor er 1947 in die USA emigrierte. In der Diskussion nach seinem Vortrag machte er mit einem ironischen Schlenker auf das Phänomen aufmerksam, dass in Deutschland die deutschen Untaten gerne mit sonst deutschem Denken und deutscher Sprache ganz fremden Begriffen bezeichnet werden. Er sagte, wer sich „den Amerikanern“ anpassen wolle, spreche vom „Holocaust“, wer sich aber „den Israelis“ anpassen wolle, spreche von der „Shoah“. Natürlich ist der Hinweis sehr zugespitzt, aber er hat den Blick geschärft, um die Fragwürdigkeit der Verwendung der Begriffe überhaupt wahrzunehmen.

Tatsächlich geht es um den Mord an den europäischen Juden, den auf den Begriff zu bringen sich als schwierig erwiesen hat. Vor dem „Holocaust“<sup>3</sup> und neben ihm stehen zum einen der Täterbegriff „Endlösung“ – nach vielen im 19. Jahrhundert vorgeschlagenen „Lösungen der Judenfrage“, zum anderen aber auch häufig die Bezeichnungen „Völkermord“ oder „Genozid“ – mit denen allerdings ein „jüdisches Volk“ konstruiert wird, das es so nur im rassistischen Weltbild gibt. Raul Hilberg hat den Begriff „destruction“

---

<sup>1</sup> GEWERKSCHAFT ÖFFENTLICHE DIENSTE, TRANSPORT UND VERKEHR (Hg.), Judenmord und öffentliche Verwaltung. 50 Jahre nach der „Wannsee-Konferenz“, [Stuttgart] 1992.

<sup>2</sup> Erst der kleine Verlag Olle u. Wolter wagte sich 1982 an eine deutsche Edition des 1961 unter dem Titel „The Destruction of the European Jews“ erschienenen Originals: RAUL HILBERG, Die Vernichtung der europäischen Juden. Die Gesamtgeschichte des Holocaust, Berlin 1982. 1990 zog der Fischer-Verlag mit einer Taschenbuchedition nach. Als Hilberg beschloss, seine wissenschaftliche Laufbahn dieser Thematik zu widmen, kommentierte sein Lehrer Franz Neumann dies mit den Worten: „Das ist Ihr Untergang“, s. RAUL HILBERG, Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers, Frankfurt 1994, 58.

<sup>3</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass Zeithistoriker wie Dan Michman den Begriff „Holocaust“ sehr weit dehnen, so als habe es einen unumkehrbaren Weg von der „Judenverfolgung“ zur „Judenvernichtung“ gegeben, s. DAN MICHMAN, The Jewish Dimension of the Holocaust in Dire Straits? Current Challenges of Interpretation and Scope, Vortrag in der University of Florida 17. März 2012. Katrin Stoll, Mitarbeiterin des Deutschen Historischen Instituts in Warschau, hat mich auf diesen Text hingewiesen und ihn mir freundlicherweise zur Verfügung gestellt.

eingeführt, der im Deutschen mit Vernichtung übersetzt wurde. Im engeren Sinne handelt es sich jedoch immer um Taten, die strafrechtlich als „Mord“ zu bezeichnen sind.

Die bundesdeutschen Gerichte, die mit dieser Thematik befasst waren, etwa das Landgericht Frankfurt mit dem Komplex Auschwitz oder das Landgericht Bielefeld mit dem Komplex Bialystok, um nur zwei Beispiele zu nennen, haben daran auch keinen Zweifel gelassen.<sup>4</sup> Sie hatten es nur schwer, Mörder zu finden – aus materiell-rechtlichen Gründen, denn Mord muss im individuellen Handeln der Täter nachgewiesen werden, und aus formal-rechtlichen Gründen, denn der Bundesgerichtshof bestand damals zwingend auf der erst Jahrzehnte später revidierten Unterscheidung zwischen den Tatbeständen „Mord“ und „Beihilfe zum Mord“, die vielen Mördern mit unfassbar hohen Zahlen an Taten die lebenslange Freiheitsstrafe ersparte. Dass auch in der NS-Zeit der Mordparagraph des Strafrechts gültig war und die Tötung von Millionen Menschen als Mord zu bewerten sei, blieb jedoch in den Urteilen unbestritten.

Nun gibt es im Rückblick bzw. beim Versuch einer Aufarbeitung zwei große Probleme. Zum einen übertrifft der Massenmord jede Vorstellungskraft. Niemand möchte sich in seinem Alltagsleben auf dieses Grauen einlassen und die Fluchtpunkte reichen vom einfachen Leugnen bis zur Forderung nach einem Schlussstrich, gerne gestellt von den gleichen, denen es in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik für eine Aufarbeitung immer „noch zu früh“ gewesen war. Nicht als Verdrängungsleistung, sondern als unverschämte Forderung nach Verzicht auf Sühne ist es allerdings zu verstehen, dass die FDP, in der viele NS-„Belastete“ ihre neue politische Heimat gefunden hatten, schon 1949 den „Schlussstrich“ forderte und jede „Entnazifizierung“ mit „Entrechtung“ und „Entmündigung“ gleichsetzte.<sup>5</sup> Mit anderen Worten: Eine sich als liberal verstehende Partei rief nach einem nachträglichen Freibrief für die Mörder, die sich stillschweigend wieder in die Gesellschaft eingefügt hatten und die man gerne ungestört darin belassen wollte.

Eine spezifische Form des Ausweichens stellte die weit verbreitete Überzeugung dar, dass dieses Geschehen eigentlich „deutschem Wesen“ widerspreche und deswegen als „Unfall“, als „Zivilisationsbruch“ zu bewerten sei.<sup>6</sup> Sie zeigt sich am deutlichsten in der beliebten Sprachkonstruktion, nach der die Untaten „im deutschen Namen“ geschehen seien<sup>7</sup> – so, als seien Deutsche gar nicht daran beteiligt gewesen, oder, um diesem sarkastischen Impuls nachzugeben: als seien Deutsche eher auch ein wenig Opfer dadurch, dass sie mit einem solchen Geschehen belastet werden, das eben „nur“ in ihrem Namen verübt worden sei. Damit schließt sich der Kreis zur auffälligsten Denkfigur vieler Deutscher nach dem Zweiten Weltkrieg: Dass eigentlich sie die Opfer seien. Waren sie zuerst von einem alliierten Schandvertrag gedemütigt, dann mit einer untauglichen Verfassung bedacht, wurden sie zuletzt einem dämonischen Verführer ausgeliefert, den der konservative Historiker Golo Mann mit den Wendungen „A. H.“, „H.“ oder „Herr H.“ ebenso zu bannen versuchte<sup>8</sup>, wie im Mittelalter der „Gottseibeius“ ferngehalten wurde. Bei Kriegsende aber waren

---

<sup>4</sup> Zum Geschehen in Bialystok s. die Dissertation von KATRIN STOLL, Die Herstellung der Wahrheit. Strafverfahren gegen ehemalige Angehörige der Sicherheitspolizei für den Bezirk Bialystok, Berlin 2012. Ausführlich geht die Autorin darin auch auf die Rechtsdiskussion in der Bundesrepublik ein. Zu den Auschwitzprozessen s. die zahlreichen Veröffentlichungen des Fritz-Bauer-Instituts in Frankfurt.

<sup>5</sup> Flugblatt im Haus der Geschichte in Bonn, im Internet u. a.: [http://daten-shop.de/index.php?title=Datei:Schlu%C3%9Fstrich\\_drunter - FDP election campaign poster, Germany 1949.jpg](http://daten-shop.de/index.php?title=Datei:Schlu%C3%9Fstrich_drunter_-_FDP_election_campaign_poster_Germany_1949.jpg) (aufgerufen am 12. Dezember 2014).

<sup>6</sup> Katrin Stoll gab mit Hinweis auf eine Diskussion zwischen Hannah Arendt und Karl Jaspers zu bedenken, dass der doch ansonsten inhaltlose Begriff „deutsches Wesen“ immer auch mit der Konnotation zu denken sei, dass Juden nicht dazugehören. Dazu würde die regelmäßige Erfahrung passen, dass auch im gedenkenden Rückblick auf den November 1938 häufig „Deutsche“ und „Juden“ gegenübergestellt werden.

<sup>7</sup> Auf die Wendung stößt man immer wieder und oft an unerwarteter Stelle, beispielhaft in einer Reflektion über Heinrich von Kleists politische Äußerungen, in: GERHARD SCHULZ, Kleist. Eine Biographie, München 2007, 427.

<sup>8</sup> GOLO MANN, Deutsche Geschichte des neunzehnten und zwanzigsten Jahrhunderts, Frankfurt 1958. Der Verdrängungsmechanismus traf offensichtlich ein weit verbreitetes Bedürfnis, für die Ausgabe zeichnete die gewerkschaftliche Büchergilde Gutenberg verantwortlich, die das Buch auch Jahrzehnte später noch einmal herausgab, nun aber nicht mehr im gewerkschaftlichen Auftrag.

sie außerdem noch Opfer der übertrieben rücksichtslosen Kriegführung der Alliierten. Die so urteilten, hatten in ganz Europa nachgewiesen, dass sie etwas von der Sache verstehen. Jorge Semprún hat die schnelle Verwandlung der Deutschen in Opfer in seinem autobiographischen Buchenwald-Roman „Die große Reise“ exemplarisch vorgeführt. Eine Bewohnerin Weimars, die der Ich-Erzähler nach seiner Befreiung auf den Rauch aus dem Krematorium auf dem Ettersberg ansprach, den sie von ihrem Fenster aus sehen konnte, verwies als Antwort sofort auf ihre gefallenen Söhne.<sup>9</sup> Diese Nachkriegslüge hat bis zum ersten Auschwitzprozess, der 1963 bis 1965 in Frankfurt verhandelt wurde, die Atmosphäre im Lande vergiftet.

Auf wissenschaftlicher Ebene brachte dann der Historiker Ernst Nolte den Wunsch nach einem Ausweichen vor spezifisch deutscher Schuld auf den Punkt, als er 1986 in einem Beitrag in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung das deutsche Handeln als eigentlich „asiatische Tat“ brandmarkte. Das ließen ihm allerdings der solche Tendenzen aufmerksam verfolgende Philosoph und Politologe Jürgen Habermas und ihm folgend dann auch zahlreiche Historiker nicht durchgehen. Sie entfachten mit ihrem Widerspruch den zweiten „Historikerstreit“, der einer erstaunten Öffentlichkeit demonstrierte, dass der Schlussstrich doch auch jetzt noch nicht so einfach zu ziehen war.<sup>10</sup> Wichtiger als diese von den Medien ausführlich wiedergegebene Debatte war jedoch die weniger öffentlichkeitswirksame, dafür aber tiefer wirkende Tatsache, dass sich seit Anfang der 1980er Jahre in ganz Deutschland Initiativen vor Ort auf Spurensuche begeben hatten. Sie fragten nach den Verschwundenen, zwangen die Archive dazu, sich zu öffnen, suchten den Kontakt zu Überlebenden und öffneten den Weg zu dem, was wir heute „Gedenkkultur“ nennen. Parallel dazu entstanden über das ganze Land verteilt kleine und größere Gedenkstätten, die auf Dauer das Vergessen der Untaten unmöglich machen. Als Beispiele sei auf die Einrichtung der Gedenkstätten Neuengamme bei Hamburg und Wewelsburg im Kreis Paderborn im Jahr 1982 verwiesen.<sup>11</sup>

Schleichend haben sich nun aber auch in diesen Initiativen die Begriffe „Holocaust“ und „Shoah“ durchgesetzt. Dabei hat die amerikanische TV-Serie aus dem Jahr 1978, die den „Holocaust“ und seine Schrecken im Jahre 1979 in die deutschen Wohnzimmer brachte, nicht nur der Nachforschung nach den Opfern einen kaum zu überschätzenden Anstoß gegeben, sondern „ließ den in der Bundesrepublik vollkommen unbekanntem Begriff *Holocaust* binnen kurzer Zeit fast zu einem „Markenartikel“ all dessen werden, was mit den Ereignissen des Dritten Reiches auch nur ansatzweise verbunden werden konnte.“<sup>12</sup>

Auch der Begriff „Shoah“ ist erst durch einen Film in den deutschen Sprachgebrauch gekommen. 1985 wurde Claude Lanzmanns neunstündiger Film mit diesem Titel vorgestellt, dennoch hat sich der Begriff in Deutschland nicht so durchgesetzt wie der des „Holocaust“. Er ist im hebräischen Sprachraum entstanden und wurde dort schon seit dem 9. November 1938 für die deutsche Judenverfolgung verwendet. Nach der

---

Die Taschenbuchausgabe mit dem Teil zum 20. Jahrhundert war 1967 das Geschenk des Landes Hessen an seine Abiturientinnen und Abiturienten.

<sup>9</sup> JORGE SEMPRÚN, *Die Große Reise*, Frankfurt 1981, 158.

<sup>10</sup> ERNST NOLTE, „Die Vergangenheit, die nicht vergehen will“, in: FAZ vom 6. Juni 1986. Zur folgenden Auseinandersetzung s. ERNST PIPER (Hg.), „Historikerstreit“. Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung, München u. a. 1987.

<sup>11</sup> Ein Spiegel dieser Entwicklung sind die seit 1984 zweimal jährlich stattfindenden Gedenkstättenreffen ebenso wie der von ihrem Organisator, Thomas Lutz von der Gedenkstätte Topographie des Terrors in Berlin, herausgegebene „Gedenkstätten-Rundbrief“, dessen 179. Ausgabe im Oktober 2015 erschien.

<sup>12</sup> GABRIELE VON GLASENAPP, Von der „Endlösung der Judenfrage“ zum Holocaust. Über den sprachlichen Umgang mit der deutschen Vergangenheit, in: EKKEHARD FELDER (Hg.), *Semantische Kämpfe. Macht und Sprache in den Wissenschaften*, Berlin u. a. 2006, 127-156, hier 135.

Gründung des Staates Israel ist er im hebräischen Sprachraum geblieben, im April 1951 legte das israelische Parlament den Jom ha-Shoah als Gedenktag fest.<sup>13</sup>

Auffällig sind dabei von Anfang an drei Aspekte: dass für deutsche Untaten nichtdeutsche Begriffe verwendet werden; dass sich nur selten jemand mit der ursprünglichen Bedeutung dieser Begriffe beschäftigt; und dass man glaubt, über das Gleiche zu sprechen, wenn von unterschiedlichen Gesprächspartnern der gleiche Begriff verwendet wird. Beide Begriffe, das griechische „Holocaust“<sup>14</sup> und das hebräische „Shoah“, haben aber eine doppelt gefährliche, einerseits abstrakte, aber auch konkrete Konnotation. Wie säkularisiert die Begriffe auch sein mögen, immer schwingt mit, dass sie das historische Geschehen in einen über und außerhalb der Geschichte stehenden teleologischen Ablauf einbinden, in einen Heilsplan, der vor dem erlösenden Eintritt in das Paradies solchen Schrecken erforderlich macht. Damit ist ein religiöses Weltbild angesprochen, das Juden wie Christen gleichermaßen verständlich ist – vor die Ankunft des Messias ist ebenso wie vor die Wiederkehr Christi die Apokalypse gesetzt, die Drohung des Weltuntergangs, die Zerstörung aller bis dahin geltenden Normen und Erfahrungen.

Indem so aber das konkrete verbrecherische Handeln bestimmter, genau zu benennender Personen mit Billigung der Gesellschaft, der sie entstammten und die sie nach ihren Untaten wieder aufnahm, kosmisch überhöht wird, wird das Unrecht aufgehoben und in eine weltgeschichtliche Notwendigkeit verwandelt, die zwar zu bedauern, aber grundsätzlich nicht vermeidbar ist. Wie Judas in der christlichen Heilsgeschichte unverzichtbar ist, so wird nun der deutsche Mörder zum Akteur eines Geschehens, das außerhalb seines eigenen Planens und Handelns liegt. Die Toten aber werden gleichzeitig aus ihrem grauenhaften Schicksal „errettet“, ihrem sinnlosen Sterben wird von außen ein transzendentaler Sinn verliehen. Historiker, die der sichtbaren und überprüfbaren Wirklichkeit verpflichtet sind und keiner Ideologie zu dienen haben, müssen sich von solchen Interpretationen der Geschichte fern halten. Damit soll nicht jeder Verwendung des Wortes „Holocaust“ Verschleierungsabsicht unterstellt werden; im Gegenteil begann paradoxerweise gerade unter diesem Begriff die bis heute fruchtbare Welle der Aufarbeitung und des Gedenkens. Aber eine solche Konnotation bleibt gefährlich und macht den Begriff letzten Endes untauglich, und das umso mehr, wenn sie nicht einmal mitbedacht wird.

Sehr klar ist die Funktionalisierung im Begriff „Shoah“ durch die zionistische Ideologie in Israel zu erkennen. Der Mord an den europäischen Juden wird für sie zum entscheidenden Wendepunkt auf dem Weg der Konstituierung eines jüdischen Staates in Palästina und muss bis heute alle Probleme überspielen helfen, die mit dieser Staatsgründung verbunden sind. In Diskussionen mit Vertretern der zionistischen Idee wird augenfällig, dass eben nicht das Gleiche gemeint ist, wenn die gleichen Begriffe verwendet werden. Von ostjüdischen Zeitzeugen wird auch der alte Begriff „churban“, die jiddische Variante des hebräischen „churban“, verwendet, der im Prinzip die gleiche Bedeutung wie „Shoah“ hat, aber nicht zionistisch verwendet wurde.<sup>15</sup> Immerhin kann das hebräische Wort „Shoah“, anders als es mit dem Begriff „Holocaust“ geschieht, nicht ohne Weiteres auf andere vergangene und aktuelle Untaten der Weltgeschichte übertragen werden.<sup>16</sup>

---

<sup>13</sup> „Die Verwendung dieses Begriffs ist jedoch zunächst auf den hebräischen Sprachraum begrenzt; er wird im englisch-amerikanischen Sprachgebrauch ebenso wenig verwendet wie umgekehrt (bis heute) *Holocaust* im Hebräischen.“ VON GLASENAPP 2006, 148-149. Dort auch die Hinweise auf die Verwendung des Begriffs seit 1938.

<sup>14</sup> Nicht durchgesetzt hat sich der Versuch des TV-Historikers Guido Knopp, in der ZDF-Fernsehserie „Holocaust“ durch die Verwendung der älteren deutschen Schreibweise symbolisch deutsche Täterschaft anzudeuten.

<sup>15</sup> So regelmäßig in der in Tel-Aviv von Bundisten herausgegebenen Zeitschrift „lebns-fragn“, zum Bund s. weiter unten.

<sup>16</sup> Eine besondere Absurdität besteht darin, dass deutsche Holocaustleugner den Bombenangriff auf Dresden im Februar 1945 als „Bomben-Holocaust“ bezeichnen.

In Fragen jüdischer Identität und jüdischen Selbstbewusstseins haben wir uns nicht einzumischen. Aber Deutsche sollten über die Feststellung, dass es sich bei „Holocaust“ und „Shoah“ um staatlich geplanten und von staatlich beauftragten Tätern ausgeführten Mord handelt, nicht hinausgehen. Es gibt auch keine Notwendigkeit dafür. Mit der Aufarbeitung des Judenmords als unserer ureigenen Aufgabe als deutsche Historiker haben die auf Transzendentes zielenden Denkgebäude von „Holocaust“ und „Shoah“ nichts zu tun.

## Reichspogromnacht

Eine Veränderung lässt sich auch für die Benennung des antisemitischen Terrors vom 9. und 10. November 1938 in Deutschland erkennen. Lange Zeit war es üblich, einen vermutlich im Berliner Alltagsjargon entstandenen Begriff zu verwenden und von der „Reichskristallnacht“ oder nur „Kristallnacht“ zu sprechen, wie es etwa noch die Kölner Musikgruppe BAP in einem ihrer bekanntesten Lieder tut.<sup>17</sup> Der Begriff spiegelt noch die öffentliche Erfahrung der zerspringenden Fenster der in Brand gesteckten Synagogen wider, die der massenhaft eingeschlagenen Scheiben von Läden und Wohnungen. Man hört im Wort noch das Klirren und ahnt vielleicht auch die Angst derer, die sich schutzlos hinter diesen Scheiben aufhielten. Es verrät aber auch viel über die Mentalität der mehr oder weniger beteiligten Zuschauer und sogar der Täter. Denn tatsächlich gab es eine an vielen Stellen im Reich beobachtete und über die Berichte der Gestapo festgehaltene Reaktion der Missbilligung der Zuschauer über die Zerstörung von Sachwerten. Was in dieser Nacht geschah, war Unordnung, es war Gewalt, und es war eine sichtbare Vernichtung von Gütern, mit denen man sicher Besseres hätte tun können, wie immer wieder angemerkt wurde. Mit einem Eintreten für die Opfer hatte das nichts zu tun.

Auch die Täter waren nicht zufrieden. Als die Folgen der Handlungen besprochen wurden, tobte etwa Hermann Göring, da für die Wiederbeschaffung von nur in Belgien produzierten Spezialgläsern ein Teil jener Devisen ausgegeben werden musste, die für das von ihm verantwortete Rüstungsprogramm vorgesehen waren. Es wäre Göring lieber gewesen, es wären mehr Juden getötet als so viele Glasscheiben zerstört worden.<sup>18</sup> So gesehen kann man dem Begriff „Kristallnacht“ die Treffsicherheit nicht absprechen. Was ihm fehlt, und womit er ebenfalls die Haltung von Zuschauern und Tätern widerspiegelt, ist der aufgewühlte Blick auf die Opfer, auf die in jener Nacht ermordeten, verprügelten, materiell geschädigten und am nächsten Tag ins KZ deportierten jüdischen Nachbarn. Der Begriff „Kristallnacht“ lässt sie außen vor. Es gibt nur einen Begriff, der sie überhaupt erwähnt: die kühle SS-interne Bezeichnung des ganzen Geschehens als „Judenaktion“<sup>19</sup>.

Nun ist vor einigen Jahren der Begriff „Reichspogromnacht“ aufgetaucht und hat sich in einer Weise durchgesetzt, wie es zuvor nur einmal einem anderen Begriff gelungen war, dem der „Resistenz“. Man könnte bei der Verwendung dieses letztgenannten, im Deutschen bis dahin nur in der Medizin verwendeten Begriffs von einer Mode sprechen, wobei die schnelle Akzeptanz einen wichtigen und nachvollziehbaren Grund

---

<sup>17</sup> Lied „Kristallnacht“ der Gruppe BAP auf dem Album „Vun drinne noh drusse“, 1982. Für den Text s. [www.bap.de/start/musik/songtexte/titel/kristallnacht](http://www.bap.de/start/musik/songtexte/titel/kristallnacht) (Aufruf vom 12. Dezember 2014).

<sup>18</sup> Von Göring geleitete Sitzung im Reichsluftfahrtministerium am 12. November 1938, Niederschrift in Der Prozess gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem Internationalen Militärgerichtshof – Nürnberg 14. November 1945 - 1. Oktober 1946, Bd. 28, Nürnberg 1948, 499 f. (Dokument 1816-PS), hier 518: „Mir wäre lieber gewesen, ihr hättet 200 Juden erschlagen und hättet nicht solche Werte vernichtet.“ Der Vertreter der Versicherungswirtschaft, Hilgard, wies darauf hin, dass zum Ersatz des zerschlagenen Glases „die Hälfte einer Jahresproduktion der gesamten belgischen Glasindustrie“ benötigt werde (513).

<sup>19</sup> Freundlicher Hinweis von Lars Lüking, Landesarchivar in Detmold, im Januar 2011.

hatte. War die „Resistenz“ von Martin Broszat „entdeckt“ worden<sup>20</sup>, um den Mitläufern des NS-Regimes doch irgendwie abweichendes Verhalten bescheinigen zu können, wenn schon „Widerstand“ eher selten zu beobachten war, so wollte man allerdings mit der „Pogromnacht“ dem problematischen Begriff der „Kristallnacht“ entkommen. Die Unsicherheit beim Umschwenken ist jedoch noch zu erkennen. Bestand z. B. der in der Antisemitismusforschung hoch angesehene Historiker Reinhard Rürup in einer Ansprache im Berliner Abgeordnetenhaus 2008 auf der Sinnhaftigkeit des Begriffs „Pogrom“ und unterstellte dabei, dass seine ursprüngliche Bedeutung den Zuhörerinnen und Zuhörern bekannt sei – eine durch nichts begründete Annahme –, so nahm er sich im nächsten Satz selbst zurück, indem er die Vorgänge vom 9. und 10. November 1938 nun als „pogromartig“ bewertet.<sup>21</sup> Als *eine Art Pogrom* kann vieles Geschehen in der Weltgeschichte bezeichnet werden, doch fehlt dem Vergleich dann auch jeder Erkenntniswert.

Kein Bericht über Gedenkfeiern im November 2014 etwa verzichtet allerdings auf ihn. Fast idealtypisch vollzog Christian Thomas in seinem Beitrag „Machtübertragung an den Mob“ in der Frankfurter Rundschau vom 8./9. November 2014 den Übergang vom „belasteten“ Begriff auf den zur Mode gewordenen: Steht am Anfang noch die „Kristallnacht“, so wird sie kurz darauf zum Pogrom, und der Begriff findet sich dann neunmal in seinem Text wieder. Auch durch ständige Wiederholung ändert sich jedoch nichts daran, dass er sich für das Geschehen vom 9. und 10. November in Deutschland nicht eignet. Wieder fallen dabei zwei Aspekte auf: Dass die historische Erscheinung „Pogrom“ bei denen, die den Begriff für den 9. und 10. November 1938 in Deutschland verwenden, in der Regel unbekannt ist<sup>22</sup>, und dass es sich wieder um ein nicht-deutsches Wort handelt. Wieder wird also ein originär deutsches Geschehen, werden deutsche Untaten mit einem Begriff aus einer anderen Sprache benannt. Dass es sich dabei um ein russisches Wort handelt<sup>23</sup>, lässt leicht den Bogen zu Noltes „asiatischer Tat“ schlagen. Also auch hier eher russisches oder gar „asiatisches“ Handeln als deutsches bzw. nur deutsche Nachahmung?

Was sind Pogrome? Es handelt sich hier ursprünglich um Erscheinungen im zaristischen Russland, und zwar um Übergriffe auf Juden im Gürtel des „Ansiedlungs-Rayons“, der sich von der Ukraine über Ostpolen, Weißrussland und Litauen bis an die Ostsee hinzog. Dieses Gebiet war Juden als Lebensraum im russischen Reich zugestanden, aber auch zwingend zugewiesen worden. Das Innere Russlands und die Metropolen Moskau und Sankt Peterburg waren nur sehr wenigen Juden zugänglich. Nun hat antisemitische Gewalt in dieser Region eine längere Tradition. Der Ansiedlungs-Rayon war zuvor ein Teil des ostmitteleuropäischen Großreiches der Adelsrepublik Polen-Litauen. Polnische Adlige, die vor allem in Galizien riesige Ländereien besaßen, beuteten ihre Bauern gnadenlos aus, residierten aber selbst am liebsten in ihren Schlössern in Warschau oder in West- und Südeuropa. Die Verwaltung der Güter, das Eintreiben der Abgaben und der Zusatzeinnahmen etwa durch den erzwungenen Alkoholkauf war in vielen Fällen jüdischen Agenten übertragen worden, gegen die sich der Hass der Bauern bevorzugt richtete.

Dazu kam, dass in politischen, stark ethnisch gefärbten Auseinandersetzungen vor allem zwischen Polen und Kosaken, der Kernbevölkerung der späteren Ukraine, auch die jüdischen Gemeinden attackiert wurden. Um es vereinfacht zu sagen: Je geringer die Siegchancen einer Seite waren, desto wütender wurde die wehrlose Minderheit der Juden angegriffen. Der Kosakenführer Bohdan Chmelnyzkyj, dem als „National-

---

<sup>20</sup> MARTIN BROSZAT, Resistenz und Widerstand. Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: DERS. U.A. (Hg.), Bayern in der NS-Zeit, Bd. 4, München u. a. 1981, 691-709. S. auch die kritische Einordnung durch ERNST KÖHLER, Die langsame Verspießerung der Zeitgeschichte. Martin Broszat und der Widerstand, in: Freibeuter 36 (Juni 1988), 53-72.

<sup>21</sup> „Es ist deswegen sachlich richtig, von einem Pogrom zu sprechen, obwohl das Ganze von oben initiiert und in der Hauptsache zentral gesteuert war. Die Art und Weise, in der die an den Gewaltaktionen beteiligten Parteimitglieder ans Werk gingen, kann nur als pogromartig bezeichnet werden.“, in: ABGEORDNETENHAUS BERLIN (Hg.): Der 9. November in der deutschen Geschichte. Zur Erinnerungskultur in einer demokratischen Gesellschaft, Berlin 2008, S. 23.

<sup>22</sup> Wie unbekannt die Bedeutung ist, zeigt sich auch in der regelmäßigen falschen Schreibweise als „Progrom“.

<sup>23</sup> Pogrom: russisch für Verwüstung, Zerstörung, verwandt mit „grom“, Donner, Getöse.

helden“ in der heutigen Ukraine noch viele Denkmäler und Straßen gewidmet sind und nach dem 1954, in sowjetischer Zeit, die Stadt Proskuriw umbenannt wurde, ist mit seinen Kriegszügen im 17. Jahrhundert auf polnisch-litauischem Gebiet für die Vernichtung von mehr als 300 jüdischen Gemeinden verantwortlich. Wenn man schon die Polen nicht umbringen konnte, dann wenigstens die Juden – eine Vorstellung, die sich bis ins 20. Jahrhundert durchziehen sollte, als die Kämpfe ukrainischer Partisanen gegen die sowjetische Rote Armee ebenfalls von Morden an der jüdischen Bevölkerung „begleitet“ wurden. Auch Stepan Bandera, einer der wichtigsten Partisanenführer, wird bis heute mit Denkmälern und Straßennamen geehrt.<sup>24</sup>

Die Verbindung beider Elemente, des ethnisch-politischen und des sozialpolitischen Konflikts, stellte für die jüdischen Gemeinden immer eine lebensgefährliche Bedrohung dar. In der zaristischen Zeit – Russland hatte nicht nur die östlich des Dnjepr liegenden Gebiete der heutigen Ukraine sowie die Stadt Kiew durch den 1654 mit den Kosaken in Perejaslaw geschlossenen Vertrag an sich gebunden, sondern in den Teilungsverträgen mit Preußen und Österreich am Ende des 18. Jahrhunderts auch große Teile des polnisch-litauischen Staates erhalten – kam noch ein weiteres bedrohliches Element hinzu. Russischer Nationalismus, von der christlichen Orthodoxie geprägte Mentalität und die Angst vor sozialpolitischen Unruhen verbanden sich zu einer Abwehrhaltung, die regelmäßig zu gewaltsamen Ausbrüchen gegen jüdische Gemeinden führte. Dass sich die politischen und gesellschaftlichen Veränderungen im Russland des 19. Jahrhunderts nicht günstig für jüdisches Leben zeigten – die jiddische Literatur spiegelt den Existenzkampf der sog. Luftmenschen – änderte nichts an der antisemitischen Grundhaltung ihrer slawischen Nachbarn. Hier ist nicht der Ort, die Lage der Juden im Ansiedlungsrayon in den letzten Jahrzehnten der zaristischen Herrschaft in Russland zu analysieren. Nur so viel sei gesagt: Juden waren in einem unentrinnbaren Netz an Widersprüchen gefangen. Es waren ethnische Widersprüche, religiöse Widersprüche und sozioökonomische Widersprüche, und das in einer Staatsordnung, die sich als nicht reformierbar erwiesen hatte. Was von außen auch wie die Möglichkeit multikultureller Harmonie erscheinen könnte, war in Wirklichkeit geprägt von Hass und Gewaltbereitschaft, deren Opfer zuletzt immer die jüdische als die schwächste aller Minderheiten war. Das war die Ausgangssituation für die Geschehnisse, die in Russland zu Recht mit dem Begriff „Pogrom“ belegt wurden.

Was aber waren Pogrome im Einzelnen? Es handelte sich um spontan entstandene Überfälle auf jüdische Gemeinden, die rauschartig abliefen, in Sachbeschädigungen, Körperverletzungen und Morden kulminierten, um danach wieder abzuflauen. Drei große Pogromwellen lassen sich unterscheiden, sie waren in den Jahren 1881, 1903 und 1905 Ergebnis großer russischer innenpolitischer Spannungen. Der schlimmste Überfall dieser Art fand am 6. April 1903 in Kischinow (Kišinev) statt und löste eine Auswanderungswelle in die USA aus; ihm folgte in der gleichen Stadt im Oktober 1905, im Jahr der ersten großen Revolutionswelle in Russland, ein weiterer Pogrom. Bemerkenswert ist, dass sozialistische Organisationen, soweit sie schon bestanden, Juden unterstützten und die Pogrome als Teil des Klassenkampfes verstanden. Die russischen Nationalrevolutionäre (Narodnaja Wolja), die stärkste antizaristische revolutionäre Bewegung im 19. Jahrhundert, unterstützte dagegen die Pogromisten und behauptete, in ihrem selbst entworfenen Bild der Juden den Schlüssel für alle Probleme Russlands entdeckt zu haben - wieder ein historisches Beispiel dafür, in welche Sackgassen jeder Nationalismus führt.

Die Haltung der zaristischen Behörden, vor allem der Polizei, konnte dabei eine entscheidende Rolle spielen: mit der Duldung oder gar Unterstützung der Überfälle, oder in einem Widerstand dagegen. Denn Pogrome konnten abgewehrt werden. Als der „Bund“, die 1897 in Wilna gegründete Partei „Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund von Russland, Polen und Litauen“, bewaffnete Einheiten zur Verteidigung der jüdischen Kommunen organisierte, zeigte dies Wirkung. Denn eins ist deutlich: es handelte sich bei den

---

<sup>24</sup> Am 2. Januar 2014 veranstaltete die rechtsradikale Partei Swoboda in Kiew im Rahmen des „Euro-Majdan“ einen Fackelzug zum 105. Geburtstag von Stepan Bandera.

Pogromen nicht um eine staatlich angeordnete und mit aller Konsequenz im ganzen Zarenreich durchgeführte Gewaltaktion, sondern es blieben örtlich begrenzte Brände, die grauenhaft für die Opfer waren, aber doch ausgetreten werden konnten, sofern sie nicht von selbst erloschen. Die Bereitschaft zur antisemitischen Gewaltaktion, die Pogromstimmung, war allerdings nicht mit dem Ende des Zarismus erloschen und war auch kein rein russisches Phänomen. Polen hat in den Jahren nach dem Ersten und nach dem Zweiten Weltkrieg die traurigsten Beispiele dafür geliefert.

Die Steigerung und Bündelung lokaler Überfälle mit dem Ziel der Ausrottung der gesamten Minderheit ist erst unter deutscher Führung zu beobachten, allerdings mit aktiver Tatbeteiligung der jeweiligen einheimischen Antisemiten. Sie ist dennoch erst das Ergebnis der deutschen Besatzung. Der Mord an der jüdischen Bevölkerung ist bis heute in den osteuropäischen Gesellschaften ein Tabu, das nur selten einzelne Stimmen durchbrechen. Zu ihnen gehörte in sowjetischer Zeit der russische Dichter Jewgenij Jewtuschenko (Evgenij Evtušenko) mit seinem kompromisslos anklagenden Gedicht „Babij Jar“ über jene Schlucht bei Kiew, in der Deutsche und Ukrainer an einem Tag mehr als 30.000 Menschen ermordeten.<sup>25</sup>

Es führt also ein Weg vom Pogrom zum Massenmord, aber erst Deutsche haben diese Weiche gelegt, mit der Ergänzung der Brutalität und Rohheit der Pogromisten durch deutsche Effizienz. Und was Deutsche durchführten, war eben kein Pogrom mehr: kein spontaner Überfall und kein Abflauen, solange es noch Überlebende gab. Die oben erwähnte Differenzierung von „Mord“ und „Beihilfe“ zum Mord in der bundesdeutschen Nachkriegsjustiz ist ein bemerkenswertes Nachspiel – der effiziente Mörder, dem kein eigener Antrieb nachzuweisen war, kam vor Gericht als Beihilfetäter davon, ein Pogromtäter wäre als Mörder bestraft worden.

Um es zusammenzufassen: Pogrome im zaristischen Russland wiesen vier Merkmale auf. Zum einen hatten die Ausbrüche spontanen Charakter, wenn auch manchmal durch offizielle Stellen provoziert; zum anderen war Widerstand möglich, entweder durch die staatlichen Ordnungskräfte oder auch durch Selbsthilfegruppen, wie sie der „Bund“ organisierte; zum Dritten waren die Übergriffe lokal begrenzt; und zuletzt flauten sie nach kurzer Zeit wieder ab. Damit werden sie nicht relativiert, aber gegen das Geschehen in Deutschland abgegrenzt, das keines dieser Merkmale erfüllt.

Der Terror vom November 1938 ist demgemäß in seiner Entstehung, in seinem Ablauf und in seinen Folgen eben kein Pogrom. Die „Judenaktion“ war von den Spitzen von NSDAP, SS und auch des Staates geplant, sie folgte einer Anordnung oberster Stellen. Sie wurde von gewaltbereiten Aktivisten von SA, SS und NSDAP durchgeführt, während eine aktive Beteiligung der nicht organisierten Bevölkerung schwer zu fassen ist. Man braucht allerdings nur einen Blick auf die johlenden, Beifall klatschenden Massen zu werfen, die in einem kurzen Amateurfilm zum Brand der Bielefelder Synagoge zu sehen sind, um zu erkennen, dass die NS-Täter sicher nicht gegen den Willen der Bevölkerung gehandelt hatten. Ob sich da ein „Mob“ als Kern von einer Mehrheit wirklich absetzen lässt, darf bezweifelt werden. Die Folgen waren die Deportation der jüdischen Männer in das Konzentrationslager Buchenwald, um sie über dieses Druckmittel zur Auswanderung zu zwingen, und eine Reihe von juristischen Maßnahmen, die die gewaltsamen Einschränkungen jüdischen Lebens weiter verschärften, etwa der Ausschluss jüdischer Kinder aus den Schulen. Antisemitismus als Staatspolitik – das hat mit Pogromen nichts zu tun, so grauenhaft diese auch gewesen waren und wie viele Opfer sie gefordert hatten.

Es soll jedoch nicht übersehen werden, dass der Begriff „Pogrom“ auch in zeitgenössischen Berichten verwendet wurde. Der in den USA damals als deutschsprachige jüdische Monatszeitschrift erscheinende *Aufbau*

---

<sup>25</sup> EVGENIJ EVTSHENKO, NASLEDNIKI STALINA [Stalins Erben], London o. J., 36-38; deutsch in der Übersetzung von Paul Celan in: die horen 116 (1979), 196-197.

berichtete am 1. Dezember 1938 über die Vorgänge in Deutschland, der Kommentator schrieb vom "größten Pogrom der Geschichte der Menschheit". Im Editorial der Ausgabe vom 1. Januar 1939 unter dem Titel „Der große Anschlag“ wurde die Aktion ebenfalls als „Pogrom“ bezeichnet. Auch die britische, seit 1922 in New York ansässige Jewish Telegraphic Agency (JTA) schrieb im November 1938 von Pogromen und zitierte britische Autoritäten ebenfalls mit diesem Begriff.<sup>26</sup>

Gerade jüdische Zeitungen ziehen hier den Vergleich zur Erfahrung in Russland – und laufen damit in eine selbst gestellte Falle. Denn die Berichte finden keinen angemessenen Begriff für ein bis dahin nie erlebtes und nie für möglich gehaltenes Geschehen und assoziieren das gerade Erlebte mit einem ihnen bekannten Geschehen, eben den Pogromen im Zarenreich.<sup>27</sup> Pogrome hielten jüdische Beobachter nach den Erfahrungen in Russland und Polen auch in Deutschland für möglich, aber nicht, dass eine von Kultur geprägte und rechtsstaatlich verankerte Gesellschaft wie die deutsche im 20. Jahrhundert zum Mord und zur Akzeptanz des Mordes fähig und bereit wäre. Die völlige Andersartigkeit des Geschehens vom 9. und 10. November 1938 und die Tatsache, dass dies ein irreversibler Bruch mit allen bestehenden rechtlichen und moralischen Normen war, ist erst im Rückblick und in Kenntnis aller Umstände deutlich geworden.

## Resümee

Deutsches Handeln sollte nicht Begriffen subsumiert werden, die von den Tätern und ihren Taten ablenken. In Deutschland konnte der Antisemitismus Programm staatlichen Handelns werden, die Zuständigen in der Verwaltung lieferten sich Konkurrenzkämpfe um eine möglichst hohe Partizipation, während die Mehrheit der Bevölkerung ohne die geringste Empathie für die Opfer nicht nur zuschaute, sondern häufig auch zu profitieren suchte. Die Nachfragen nach „demnächst frei werdenden Judenwohnungen“, die vor der Deportation der letzten lippischen Juden im Jahre 1942 bei der NS-Kreisleitung Lippe eingingen, liegen noch vor. Die Konkurrenz begann mit antisemitischen Maßnahmen an der Basis – Sachbeschädigungen an jüdischen Geschäften, an jüdischen Friedhöfen, der Boykott jüdischer Geschäfte, der in Detmold z. B. zwei Wochen früher als „von oben“ angeordnet durchgeführt wurde, usw. Sie setzt sich fort im Wettrennen um die wirksamsten juristischen Mittel auf dem Weg zum sozialen Mord – die Maßnahmen füllen bei Uwe Adam ein ganzes Buch.<sup>28</sup> Und zuletzt konkurrierten Zivilverwaltung, Polizei und SS in den besetzten Gebieten bei der Durchführung der Mordaktionen, so dass verfolgte Juden keine Chance hatten, deutsche Täter vielleicht gegeneinander auszuspielen.<sup>29</sup> Im Rückblick auf diese Abfolge war der 9. November 1938 ein Test: Wie weit kann eine Regierung gehen, wann trifft sie auf Widerstand? Am 11. November wusste die nationalsozialistische Regierung, dass sie in ihrer Judenpolitik keine Grenzen einhalten musste. Von hier führte noch nicht zwangsläufig der Weg in die Vernichtungslager, aber er war frei gemacht.

Für diese ganze Entwicklung bietet die deutsche Sprache geläufige Begriffe, von der Ausgrenzung bis zum Mord. Hier greifen kein „Holocaust“ und keine „Shoah“ und auch kein „Pogrom“. Für den Mord an den europäischen Juden gibt es die Begrifflichkeit des Strafrechts: Mord, für das Geschehen um den 9. und 10. November 1938 gibt es den in seiner Kälte sehr treffenden Begriff „Judenaktion“. Er befriedigt jedoch

---

<sup>26</sup> Mit Dank an Jürgen Hartmann, der mich auf diese Quellen hinwies und mir ausführliche Zitate aus seinem schier unerschöpflichen Fundus überließ.

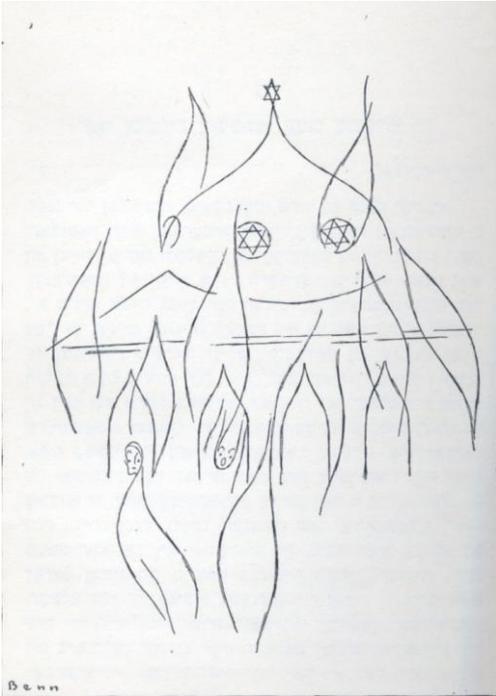
<sup>27</sup> Jürgen Hartmann stellte mir auch zwei in diesem Zusammenhang wichtige Veröffentlichungen zur Verfügung, zum einen den Beitrag „Aufruf zum Pogrom“ von GEORG DAVIDSOHN in: Neue Jüdische Monatshefte, 2. Jg., Heft 12 vom 25. März 1918, zum anderen die von ALFRED WIENER verfasste Broschüre „Vor Pogromen? Tatsachen für Nachdenkliche“, Berlin 1919.

<sup>28</sup> UWE DIETRICH ADAM, Judenpolitik im Dritten Reich, Königstein/Taunus 1979.

<sup>29</sup> DAN MICHMAN, „Judenräte und „Judenvereinigungen“ unter nationalsozialistischer Herrschaft. Aufbau und Anwendung eines verwaltungsmäßigen Konzepts, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 46 (1998), 293-304; s. auch ANDREA LÖW, Juden im Getto Litzmannstadt. Lebensbedingungen, Selbstwahrnehmung, Verhalten, Göttingen 2006, 30.

nicht, da er Brandstiftungen, Zerstörungen, Land- und Hausfriedensbrüche, Morde, Misshandlungen, Plünderungen und Diebstähle nicht so recht wiedergibt. Vielleicht muss hier tatsächlich ein angemessener Begriff erst noch gefunden werden, wenn man es denn nicht bei der „Reichskristallnacht“ belassen will.

### Habent sua fata libelli



*Zeichnung bei Klementinowski.*

Im Landesarchiv NRW Abt. OWL in Detmold finden sich unter den Signaturen D 21 A Nr. 6348 und Nr. 6351 zwei Bücher, die man dort nicht erwarten würde. Beide handeln von der Ermordung der jüdischen Bevölkerung von Stadt und Bezirk Bialystok in Polen, beide sind von Überlebenden geschrieben. D. Klementinowski hat 1946 in New York die 94 Seiten umfassende Broschüre „leben un umkum in bialistoker geto“, Rafael Raizner 1948 in Melbourne das 334 Seiten umfassende Buch „der umkum fun bialistoker jidntum (1939-1945)“ veröffentlicht. Raizners Buch wurde vom „bialistoker tsentr“ in Melbourne herausgegeben. Beide Texte sind in jiddischer Sprache verfasst.<sup>1</sup>

Zweimal, 1958/59 und 1965/67, wurden vor dem Landgericht Bielefeld die deutschen Verbrechen in der Stadt Bialystok und im damaligen Bezirk verhandelt.<sup>2</sup> Das Gericht hatte dabei die Aufgaben, die Untaten der beteiligten deutschen Polizeibeamten juristisch zu bewerten und zu Urteilen zu kommen, zuvor aber das Geschehen überhaupt erst einmal aufzuarbeiten. Zu diesem

Zweck wurde Material aus allen Teilen der Welt ausgewertet, ebenso wie Zeugen aus mehreren Ländern vernommen und später zum Teil geladen wurden. Die beiden genannten Werke wurden dem Gericht von der Central Zionist Library in Wellington, Neuseeland, zur Verfügung gestellt. Offensichtlich kam später niemand auf die Idee, sie zurückzugeben. Sie blieben beim Aktenbestand des Verfahrens und wurden mit diesem 1988 an das zuständige Archiv in Detmold abgegeben.

Beide Druckschriften sind seither unbenutzt. Das verwundert nicht. Die deutsche Forschung zum Judenmord hat bei ihrem großen Aufschwung und ihren bedeutenden Ergebnissen doch immer daran gekrankt, dass sie die Sprache und dementsprechend die authentischen Zeugnisse der Opfer weitgehend übergangen hat. Die ermordeten Juden Osteuropas sprachen und schrieben aber in ihrer überwiegenden Zahl nicht Polnisch oder Russisch und auch nicht Neuhebräisch, sondern Jiddisch. Das war ihre „mame-loschn“, ihre Muttersprache. Die beiden unbeachteten Bücher im Landesarchiv in Detmold sind so nicht nur Zeugen für ein ermordetes Volk, sondern auch für seine eigenständige jiddische Kultur.

*(Andreas Ruppert)*

<sup>1</sup> Das Jiddische wird mit hebräischen Buchstaben geschrieben und kennt keine Unterscheidung von großen und kleinen Buchstaben.

<sup>2</sup> Die Verfahren und ihr historischer Hintergrund sind von Studentinnen und Studenten der Bielefelder Universität in bahnbrechender Weise aufgearbeitet worden, s. dazu FREIA ANDRES, HAUKE-HENDRIK KUTSCHER U. KARTIN STOLL (Hg.), Bialystok in Bielefeld. Nationalsozialistische Verbrechen vor dem Landgericht Bielefeld 1958 bis 1967, Bielefeld 2003, und die Dissertation von KATRIN STOLL, Die Herstellung der Wahrheit. Strafverfahren gegen ehemalige Angehörige der Sicherheitspolizei für den Bezirk Bialystok, Berlin u. a. 2012.

## Nachruf

### Dr. Klaus Pohlmann (1938 – 2015)

Freundlich, zurückhaltend, klug, kenntnisreich und immer bereit, Andere an seinem Wissen teilhaben zu lassen – so begegnete einem Klaus Pohlmann über Jahre im Lesesaal des Landesarchivs in Detmold. Für seine Frau Hanne und ihn war einst die Begegnung mit Karla Raveh, die als Karla Fraenkel in Lemgo geborenen und aufgewachsen war, bis sie in die Verfolgungsmaschinerie der NS-Zeit geriet, ein Schlüsselerlebnis. Hier begann ihr eigenes Forschungsinteresse, das sich in der 1990 veröffentlichten Untersuchung „Kontinuität und Bruch. Nationalsozialismus und die Kleinstadt Lemgo“ niederschlug.

Der Blick auf die Verfolgungszeit im 20. Jahrhundert genügte Klaus Pohlmann nicht, er ging weiter zurück und suchte einen Überblick über die Gesamtgeschichte jüdischen Lebens in Lippe zu erstellen. Bahnbrechend war seine 1990 in Lemgo veröffentlichte Archivauswertung unter dem Titel *Vom Schutzjuden zum Staatsbürger jüdischen Glaubens. Quellensammlung zu Geschichte der Juden in einem deutschen Kleinstaat (1650-1900)*. Sie wurde durch seine im Rahmen der Schriftenreihe *Panu Derech* veröffentlichten Einzeluntersuchungen (*Die Vertreibung der Handwerke unter den Juden. Zur Geschichte der jüdischen Handwerke in Lippe im 18. und 19. Jahrhundert*, Detmold 1993; *Juden in Mittelalter und Früher Neuzeit - Zwischen Pogrom und Vertreibung 1350-1614*, Detmold 1995; *Der jüdische Hoffaktor Samuel Goldschmidt aus Frankfurt und seine Familie in Lemgo 1670*, Detmold 1998) ergänzt. Pohlmann erinnert in ihnen an einzelne Menschen und Familien, stellt sie aber auch so in ihre Zeit, dass Lebensbilder ihrer jeweiligen Epoche entstanden. Im Sommer 2009 verlieh die Stadt Lemgo dem Ehepaar Pohlmann die Adolf-Sternberg-Ehrendnadel, benannt nach dem letzten Vorsteher der Lemgoer Synagogengemeinde, der die Verfolgung überlebt und sich nach 1945 der Erinnerungsarbeit gewidmet hatte.

Es ist hier nicht der Ort, ein umfassendes Lebensbild von Klaus Pohlmann zu zeichnen, wir können auch sein Wirken als Lehrer und Ausbilder von Lehrkräften nicht würdigen. Wir kennen ihn nur als den engagierten, zutiefst von der Notwendigkeit seiner Aufgabe überzeugten Historiker, der einer ausgegrenzten und zuletzt ermordeten Minderheit die Erinnerung zurückgeben wollte. Auch nach dem Tod seiner Frau Hanne im Jahre 2011 folgte er diesem Weg, mit geringer werdender Kraft, aber immer noch dem gleichen Ziel verpflichtet. Am 22. September 2015 ist Klaus Pohlmann gestorben. Wir gedenken seiner, dankbar und traurig.

(Redaktion Rosenland)

## Rezensionen

*Hans-Gerd Schmidt, Die 68er-Bewegung in der Provinz. Vom Rock'n Roll und Beat bis zur Gründung der Grünen in Lippe, Bielefeld, AJZ-Verlag, 2013. – 502 S., zahlr. Abb. (Sonderveröffentlichungen des Naturwissenschaftlichen und Historischen Vereins für das Land Lippe, Bd. 86), 24,90 €*

Der Begriff „68“ hat heute eine fast mythische Bedeutung, er umfasst den Beginn der Bewegung im Juni 1967 und bezieht auch die sichtbarsten späten Folgen mit ein, den gewaltsamen Weg der RAF und den politischen Marsch der Partei der Grünen in die Parlamente. „68“ wird verklärt von damaligen Aktivisten, die stolz darauf sind, diese Zeit erlebt zu haben, und auch traurig darüber, dass so viele ihrer Ziele nicht erreicht wurden; „68“ wird gehasst von jenen, die schon damals am liebsten die Todesstrafe für Langhaarige eingeführt hätten; und es wird verspottet von „Nachgeborenen“, denen diese ganze Aufbruchsstimmung fremd und damit auch verdächtig ist. An den Universitäten ist „68“ inzwischen Thema geworden, mit Magisterarbeiten und Dissertationen, die allerdings wesentlich um politische Problemstellungen kreisen, vom Pariser Mai bis zur RAF, alle anderen Elemente verschwinden dahinter, sind allerdings auch schwerer greifbar.

Hans-Gerd Schmidt hat nun mit der einfachen Frage, ob es so etwas wie die „68er-Bewegung“ auch in der lippischen Provinz gab, einen über mehrere Jahre währenden Prozess der Oral History eingeleitet, dessen Ergebnisse im vorliegenden Buch zusammengetragen sind. Der Verf. hörte zu, er nahm Fäden auf, die zu weiteren Zeitzeugen hinführten, fand neue, ihm bis dahin unbekannte Felder, er versammelte mehrfach in der Detmolder Volkshochschule seine Gesprächspartner, und er begegnete den unterschiedlichsten Menschen, deren Teilnahme an der „Bewegung“ vom einfachen Hören und Spielen von Rockmusik bis zum strafrechtlich hart sanktionierten Handeln gegen den Staat reichte. Und mit jedem weiteren Gespräch, mit jedem weiteren Treffen wurde das Bild bunter, reicher, und brachte immer wieder Überraschungen zu Tage. Dazu kamen neue Materialien: vergessene Flugblätter, Aufrufe, alternative Zeitschriften, Filmprogramme und vor allem zahlreiche Fotografien, die zu einem großen Teil später dem Kreisarchiv Lippe übergeben und damit öffentlich verfügbar werden. Es fehlte am Ende fast nichts von dem, was die 68er-Bewegung auch in ihren großstädtischen Zentren ausmachte – mit der Ausnahme der politischen Agitation der Arbeiter in Großbetrieben, die es in Lippe eben nicht gab.

Es macht wenig Sinn, aus der Fülle der Themen – linke politische Gruppen, Jugendzentrumsbewegung, Musik, Drogen, Landkommunen, Schülerinnen- und Schülerbewegung, Frauenbewegung, Gewalt, Ökologie – Einzelnes herauszugreifen. Man muss das Buch, das gesättigt ist mit Berichten, Dokumenten und Fotografien, selbst in die Hand nehmen und sich vielleicht sogar anstecken lassen von der Lebenslust und Kraft, die es ausstrahlt.

Nur ein Thema sei herausgehoben, die „Klingenberg-Besetzung“. Mitte der 70er Jahre wurde die Notwendigkeit der Errichtung eines Jugendzentrums in Detmold immer dringender, während sich die Stadtverwaltung um eine Entscheidung herumdrückte. Für einen Standort wurden auch regelmäßig die Gebäude der ehemaligen Druckerei Klingenberg in der Hornschen Straße ins Gespräch gebracht. Allerdings beanspruchte der benachbarte Regierungspräsident das Gelände für einen Erweiterungsbau – der in Wirklichkeit allerdings schon ad acta gelegt worden war - und der Rat der Stadt, ohnehin ohne jedes Interesse am Erhalt ihrer Baudenkmäler, gab diesem Begehren nach. Gegen den nun geplanten Abriss richtete sich die Besetzung durch Detmolder Jugendliche im November 1980. Die Besetzer demonstrierten dabei ihre Fähigkeit zur Selbstverwaltung, in einem täglichen Lernprozess unter täglich neu ausgehandelten Bedingungen und gegen den in solchen Fällen üblichen Druck von außen, etwa die abgestellten Versorgungsleitun-

gen. Darüber hinaus entfalteten sie kulturelle Aktivitäten, sie schufen eine „Gegenöffentlichkeit“ – sichtbar in den 10 Ausgaben des „Besetzer-Infos“ - und erreichten damit auch eine überraschend große Zahl von Sympathisanten, wie sie sich etwa in der „Öffentlichen Erklärung“ lippischer Lehrer zeigt, die im Buch wiedergegeben ist. Die Jugendlichen zeigten insgesamt, wie die Gebäude sinnvoll genutzt werden könnten – was fehlte, war die Gewalt. Die kam jedoch rasch, als die Vertreter des Staates solche Autonomie nicht ertragen konnten und mit rechtlich problematischer und sachlich unwahrer Begründung am 12. Januar 1981 Räumung und Abriss erzwangen. Die „Klingenberg-Besetzung“ ist allen Beteiligten in Erinnerung geblieben, als eine Erfahrung, in der in für „68“ typischer Weise politische, kulturelle und individuell befreiende Elemente miteinander verbunden waren. Aber auch als Erfahrung blinder staatlicher Gewalt. Daraus ließ sich viel lernen, und man muss sich heute immer wieder wehren, wenn in Rückblicken die Gewaltentwicklung ganz anders dargestellt wird.

Doch zurück zur Oral History. Überraschend war, mit welchem Bewusstsein die Zeitzeugen, die der Verf. in ganz Deutschland gefunden hatte, diese Zeit reflektieren. Sie mussten zwar anerkennen, dass die Geschichte sie nicht dorthin gebracht hatte, wo sie hinwollten – das vom Verf. seinem Buch vorangestellte Zitat einer ehemaligen Schülerin des Gymnasiums Leopoldinum in Detmold fasst das idealtypisch zusammen: „Eigentlich waren wir auf der Suche nach dem ganz Anderen“. Aber das Verfehlen des Ziels musste nicht zur Resignation führen, viele der Zeitzeugen haben ihren lebendigen Impuls bewahrt und verweigern sich auch heute noch dem gesellschaftlichen und politischen mainstream. Hier zeigen sich Haltungen, die die bundesdeutsche Gesellschaft auch ohne revolutionären „Erfolg“ langsam und subtil doch viel stärker verändert haben, als man 1968 selbst es gedacht hatte.

Hier ist nicht der Ort, die Grenzen der Oral History zu diskutieren, es besteht auch keine Notwendigkeit dazu. Der britische marxistische Historiker Raphael Samuel hat über sie gesagt: "Oft entspringt die Beschäftigung mit ihr einer wirklichen Liebe zur Sache. Sie bewahrt den Historiker vor der Abkapselung in Bibliotheken und Arbeitszimmern und ermutigt ihn dazu, sich unter die Leute auf der Straße zu mischen. Sie befreit vom Ellenbogenkampf um das jeweils beste Archivmaterial und ermöglicht stattdessen kameradschaftliche Formen des Zusammenarbeitens sowie ein lebendiges Verhältnis zum eigenen Thema." Hans-Gerd Schmidt hat mit wirklicher Liebe zur Sache ihre Möglichkeiten, ihre Angebote in der bestmöglichen Weise genutzt und nicht nur zugehört, sondern Menschen zusammengeführt, die sich wiederum gegenseitig kameradschaftlich - wir würden eher sagen: solidarisch - zuhörten, die miteinander sprachen, und die alle in ihm den Mann fanden, der ihre Erinnerungen, ihre Mentalität, ihre Gedankengänge festhielt. Hans-Gerd Schmidt ist sicher bereichert aus dieser Arbeit herausgegangen, aber das Gleiche gilt für die, die er angesprochen und zusammengebracht hat. Und dieses wunderbare Buch wird noch viele Andere bereichern, die erstaunt erkennen werden, wie viel „68 in der Provinz“ nicht nur Geschichte, sondern auch in unserer Gegenwart noch zu spüren ist.

*(Andreas Ruppert)*

*Wigbert Benz: Hans-Joachim Riecke, NS-Staatsekretär. Vom Hungerplaner vor, zum „Welternährer“ nach 1945. Berlin: Wissenschaftlicher Verlag, 2014. – 127 S., 19,00 €*

In Lippe wurde der ehemalige Staatsminister Hans-Joachim Riecke lange mit Respekt betrachtet. Nun hat sich der Historiker Wigbert Benz seiner Biographie angenommen und sie angemessen in ihre Zeit eingeordnet – ihre Lektüre sei dringend empfohlen, denn sie zeichnet, durch reiches Quellenmaterial belegt, ein deutlich anderes, durchaus komplexes Bild dieses Mannes. Riecke, 1899 in Dresden als Sohn eines Hauptmanns geboren, stand immer rechts außen, als Soldat, als Freikorpsmann und als sehr früher National-

sozialist. In der NS-Zeit zeigte er sich als ein Karrierist mit hoher fachlicher Kompetenz und einem großen Talent für Verwaltungsaufgaben. Ohne solche Männer hätte das Regime nicht funktioniert: Er war intelligent, strebsam und völlig skrupellos. Riecke war ein typischer Vertreter jener Männer der „zweiten Reihe“, die in Wirklichkeit die Fäden in der Hand hielten und Macht ausübten. Es ist wichtig, den Blick auf diese zweite Reihe zu werfen, denn ohne ihre Effizienz wären auch die Verbrechen nicht möglich gewesen. Benz zeichnet Riecke dabei nicht als Monstrum, sondern versucht, ihm gerecht zu werden. Eine wichtige Quelle sind dabei die „Erinnerungen“, die Riecke insgesamt dem Bundesarchiv und die Lippe betreffenden Teile auch dem Landesarchiv NRW Abt. Ostwestfalen-Lippe in Detmold zur Verfügung gestellt hatte.

Riecke hat fast drei Jahre als „Staatsminister“ in Lippe gewirkt. Im Mai 1933 löste er im Auftrag von Dr. Alfred Meyer, dem Gauleiter des Gaus Westfalen-Nord und Reichsstatthalter für Lippe, das 1919 geschaffene, aus drei Personen bestehende Landespräsidium ab. Deutlich wurde nun sein Talent, sich schnell in neue Aufgaben einzuarbeiten. Über Land und Leute ließ er sich von seinem Stellvertreter Adolf Wedderwille informieren, dem Kreisleiter des NS-Kreises Detmold und „starken Mann“ der lippischen NSDAP. Riecke war in Lippe kein „Scharfmacher“, nur eine Beteiligung an der Ermordung des sozialdemokratischen Redakteurs Felix Fechenbach wurde ihm später angelastet. Strafrechtlich war der Vorwurf nicht haltbar, und ein Mordauftrag hätte auch nicht Rieckes Art entsprochen. Sein Weg war anders: Er hatte Fechenbachs Überstellung in das KZ Dachau verfügt, im Wissen, dass dies einem Todesurteil gleich kam. Aber Riecke wäre es dann nicht gewesen, wie er es nie gewesen war.

Doch war Lippe Riecke zuletzt zu klein, sein Karriereanspruch ging weiter. So siedelte der gelernte Landwirt Anfang 1936 in das Reichs- und Preußische Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft nach Berlin über. Auch hier war er ein Mann der zweiten Reihe, hielt aber hinter den Spitzen Walter Darré und Herbert Backe die Fäden in der Hand und wurde zum wichtigen Verbindungsmann zu anderen Ministerien. Riecke erwies sich auch hier als klug, effizient, aber nicht offen machtlüstern, gleichzeitig blieb er auf eine gewisse Eigenständigkeit bedacht.

Im August 1939 kehrte Riecke kurzfristig nach Detmold zurück, als Offizier des in Detmold garnisonierenden II. Bataillons des Infanterieregiments Nr. 18. Mit dieser Einheit nahm er am Frankreichfeldzug teil und schwärmte noch in seinen Erinnerungen vom guten Leben des als Charmeur getarnten Besatzungsoffiziers. Schamgefühl war seine Sache sicher nicht. Kurz vor Beginn des Angriffs auf die Sowjetunion bekam Riecke eine neue Aufgabe als Kriegs- bzw. Militärverwaltungschef in der von Göring geleiteten Vierjahresplanbehörde. Er leitete hier die Abteilung Landwirtschaft im Wirtschaftsstab Ost – ein deutlicher Karriereprung. Benz zeigt, wie Riecke hier eine Schlüsselstellung bekommen hatte: als Vertrauter Görings, als Vertrauter des Staatssekretärs Backe und als Kandidat der Wehrmacht, die einen Offizier mit Fronterfahrung in dieser Position gewünscht hatte. Riecke habe, so Benz, „im Schnittpunkt der Interessen von Vierjahresplan, Ernährungsministerium und Wehrmachtführung“ gestanden. Bei Riecke, der darüber hinaus auch eine parallele Leitungsfunktion im Ostministerium Alfred Rosenbergs einnahm, liefen die Planungsfäden während des Krieges zusammen. Im Zuge der Entmachtung des Ministers Darré zugunsten Herbert Backes wurde Riecke als sein Vertreter de facto ab 1942, offiziell im Juli 1944 zum Staatssekretär befördert.

Rieckes Planungen für die besetzten Gebiete der Sowjetunion orientierten sich an der Aufgabe, die Ernährung sowohl der Wehrmacht als auch der Zivilbevölkerung in der Heimat mit Lieferungen aus den eroberten Gebieten zu gewährleisten. Dabei galt die Reihenfolge: Ein Teil der Ernte für die Aussaat, ein anderer Teil für die Truppe, ein weiterer Teil für die Sicherung der „Heimatfront“ – der Rest blieb der einheimischen Bevölkerung, soweit sie in der landwirtschaftlichen Produktion noch benötigt wurde. Dieser Verteilungsschlüssel hätte zum Hungertod von Millionen Menschen in Russland und in der Ukraine geführt, wie

er von Göring, Backe und der Wehrmachtführung einkalkuliert und von Riecke als unvermeidbar gebilligt wurde. Ein ethisches Problem sah er darin nicht.

Gleichzeitig zeichnete Riecke verantwortlich für eine radikale Reduzierung der Lebensmittelversorgung der deutschen Juden. Sein Erlass vom 18. September 1942 stellte die Zuteilung von Fleisch, Milch und Eiern an die noch wenigen im Reich lebenden Juden ein, die Zuteilungen für Kinder wurden gekürzt, Sendungen aus dem Ausland mit den Zuteilungen verrechnet. Später sollte er darauf verweisen, dass er damit „Schlimmeres“ habe verhindern wollen – ein in der Nachkriegszeit beliebtes Argumentationsmuster.

Nach der Niederlage des Regimes war Riecke durchaus gefährdet. Seine Ausflucht, dass allein andere für den geplanten Hungertod in der Sowjetunion verantwortlich gewesen seien, war ebenso unglaubwürdig wie seine Flucht vor der Verantwortung für die Hungerrationen der deutschen Juden. Auch die zahlreich beigebrachten Persilscheine können nicht überzeugen. Zum Widerstandskämpfer hat sich Riecke nicht gemacht, aber doch darauf hingewiesen, dass er in den letzten Monaten des Krieges mit Albert Speer zusammen die Befehle zur Zerstörung Deutschlands unterlaufen habe. Eine „Resistenz“ avant la lettre!

Ihm drohte zuerst die Auslieferung an die Sowjetunion, dann ein Verfahren im Rahmen der Nürnberger Nachfolgeprozesse – bis der Kalte Krieg zum „Burgfrieden“ in der westdeutschen Gesellschaft führte und davongekommene NS-Täter die ersten beiden Jahrzehnte der Bundesrepublik belasten durften, ohne je angemessen zur Rechenschaft gezogen zu werden.

Eine neue Karriere im öffentlichen Dienst blieb Riecke – anders als etwa dem Lipper Heinrich Hunke, dem ehemaligen Gauwirtschaftsberater des Gaus Berlin – zwar in der Bundesrepublik verwehrt, aber die Privatwirtschaft nahm ihn mit offenen Armen auf, zumal mit der Hamburger Firma Alfred Toepfer, die ihn einstellte, alte Seilschaften zum Tragen kamen. Die Anpassung an die neuen Verhältnisse bot ihm keine Schwierigkeiten. Wie immer lebte er gut, war materiell bestens versorgt und genoss „als Topmanager eines bedeutenden europäischen Agrarunternehmens“ (Benz) hohes Ansehen. Als Fachmann gab er sogar Ratschläge für eine Verbesserung der Ernährung der Weltbevölkerung – Wigbert Benz hat das schon im Untertitel seiner Biographie deutlich gemacht.

Zweifel an seinen früheren Entscheidungen haben Riecke sicher nicht geplagt. Was ihn jedoch offensichtlich umtrieb, war die Furcht, vor der Geschichte als völlig unbedeutend dazustehen. Dem sollten die „Erinnerungen“ entgegengesetzt werden. Benz weist darauf hin, dass Riecke sich darin penibel vor Aussagen gehütet habe, die zu unglaubwürdig geklungen hätten. Er vermeide Widersprüche zu seinen Nachkriegsaussagen und schreibe nicht direkt die Unwahrheit, lüge aber durch „Verschweigen, Marginalisieren und kontrafaktische Wertungen“. Zuletzt zog Riecke darin die Bilanz seines Handelns und schrieb: „Ich bin's zufrieden!“ Das ist ein dann doch monströses Fazit eines Mannes, der bereit war, über Millionen Leichen zu gehen.

*(Andreas Ruppert)*

*Bärbel Meurer, Max und Marianne Weber und ihre Beziehung zu Oerlinghausen. Herausgegeben vom Marianne Weber Institut e.V., Bielefeld: Aisthesis Verlag, 2013 – 96 Seiten, 9,80 €*

Entstanden 2013 aus ihrer drei Jahre zuvor veröffentlichten Arbeit über Marianne Weber<sup>1</sup> (geborene Schnitger) zeichnet die Autorin Bärbel Meurer nun ein Bild der Beziehungen des berühmten Paares zu Oerlinghausen. Strukturiert ist die kleine Abhandlung wie folgt: Kindheit und Jugend, die Ehezeit und schließlich das Leben Marianne Webers bis zu ihrem Tod 1954. Die berühmteste Tochter der lippischen Kleinstadt Oerlinghausen steht seit rund zwei Jahrzehnten im Blickfeld des 1993 gegründeten Marianne-Weber-Institutes. Dieses gab auch den Anstoß, die Darstellung der Beziehung des Paares zur Bergstadt zu vertiefen. Bärbel Meurer versucht anhand zahlreicher persönlicher Zeugnisse Mariannes und Max Webers, ein atmosphärisch dichtes Bild zu zeichnen. Dabei durchleuchtet sie immer auch die komplexen Familienstrukturen der Familien Weber und Schnitger. Das idyllische Oerlinghausen erscheint dabei als ruhiger Pol im Leben des Paares, aber auch als Dorf fernab vom gesellschaftlichen Leben, von Bildung und Kultur – also mit einer ebenso anziehenden wie abschreckenden Wirkung, die den beiden sehr wohl bewusst war.

Dieses Bild setzt sich bereits nach wenigen Seiten beim Leser fest, wiederholt sich und wird verfestigt über die folgenden Passagen. Anzumerken und zu bemängeln ist, dass die Autorin ein wenig die Distanz zu ihrer „Heldin“ verloren hat. Zu unkritisch übernimmt sie deren Einschätzungen und Ausführungen. Gerade diese mangelnde Distanz mag auch Ursache dafür sein, dass Meurer die Ehe als glücklich bezeichnet, die sexuellen Eskapaden Max Webers und das psychische Leid der Ehefrau dabei komplett ausblendend. Dieses wird der Persönlichkeit Marianne Webers in ihrer Vielschichtigkeit nicht gerecht. Außerdem sind einzelne Details die dörfliche und spätere städtische Entwicklung Oerlinghausens betreffend nicht korrekt oder entsprechen nicht dem Stand der Forschung. Dass die abgebildeten Postkarten nicht einmal mit ungefähren Jahresangaben gekennzeichnet sind, ist bedauerlich. Man mag über den einen oder anderen Fehler, z.B. die Zuordnung des Bürgermeisters August Reuter zur Sozialdemokratie, hinwegsehen. Dies alles aber verdichtet sich zum Eindruck, den das schmale Büchlein beim Rezensenten hinterließ, nämlich ein wenig mit der „heißen Nadel“ gestrickt worden zu sein.

*(Jürgen Hartmann)*

## **Impressum**

Rosenland. Zeitschrift für lippische Geschichte.

Herausgeber und Redaktion:

Jürgen Hartmann (Rheine) und Dr. Andreas Ruppert (Paderborn).

V.i.S.d.P.: Jürgen Hartmann, Barbarastraße 36 c, D-48429 Rheine.

URL: [www.rosenland-lippe.de](http://www.rosenland-lippe.de)

Anfragen, Beiträge etc. an: [rosenland-lippe@web.de](mailto:rosenland-lippe@web.de)

Erscheinungsweise: ca. 2 Ausgaben / Jahr.

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich im April 2016.

Redaktionsschluss: 30. März 2016.

<sup>1</sup> Bärbel Meurer, Marianne Weber. Leben und Werk, Tübingen 2010.